





L. pract.

Kah

129 lm











# Die Staatsverträge und Vereinbarungen

des  
Deutschen Reichs

und des Grossherzogtums Baden

mit ausländischen Staaten

zum Zwecke der Rechtshilfe in gerichtlichen Angelegenheiten mit den  
einschlägigen Vollzugsverordnungen des Reichskanzleramtes etc.

(Konsularverträge ausgeschlossen)

mit erläuternden Noten

bearbeitet

von

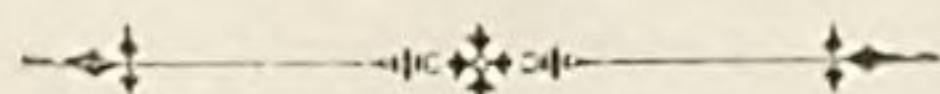
**K. K a h,**

Grossh. Bad. Oberamtsrichter in Heidelberg, Ritter I. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen.

---

Nebst einem Anhange enthaltend:

- 1) Die badische Verordnung vom 15. Februar 1888 inbetreff der im Auslande zu erledigenden Ersuchschreiben der Justizbehörden, soweit solche nicht die Festnahme und Auslieferung verfolgter Personen bezwecken;
- 2) ein Verzeichnis der Gerichtsbehörden der in den im österreichischen Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder;
- 3) das Verzeichnis derjenigen obersten Verwaltungsbehörden in Deutschland und in Österreich-Ungarn, deren Urkunden einer Beglaubigung nicht bedürfen;
- 4) ein Verzeichnis der schweizerischen Gerichtsbehörden;
- 5) das Muster für Urteilsauszüge aus den Straferkenntnissen an die Heimatsbehörde des Verurteilten.



**Frankfurt a. M. und Lahr.**

Druck und Verlag von Moritz Schauenburg.

1889.







# Staatsverträge und Vereinbarungen.<sup>\*)</sup>

## I. Amerika.

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

Staatsvertrag zwischen dem Grossherzogtum Baden und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 30. Jan. 1857. (Reg.-Blatt 1857 Nr. XV.)

#### Art. I.

Man ist dahin übereingekommen, dass Baden und die Vereinigten Staaten auf gegenseitige Requisitionen, welche respektive sie selbst oder ihre Gesandten, Beamten oder Behörden erlassen, alle Individuen der Justiz ausliefern sollen, welche beschuldigt des Verbrechens des Mordes oder eines Angriffs in mörderischer Absicht oder des Seeraubs oder der Brandstiftung oder des Raubes oder der Fälschung oder der Verfertigung oder Verbreitung falschen Geldes, sei es gemünztes oder Papiergeld, oder des Defekts oder der Unterschlagung öffentlicher Gelder, innerhalb der Gerichtsbarkeit eines der beiden Teile begangen zu haben, in dem Gebiete des andern Teils eine Zuflucht suchen oder dort aufgefunden werden; mit der Beschränkung jedoch, dass dies

---

<sup>\*)</sup> Die von einzelnen Bundesstaaten vor Gründung des Deutschen Reiches mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge und getroffenen Vereinbarungen haben, falls nicht das Reich selbst solche Verträge abgeschlossen hat, bezw. auch keine Verträge des frühern Norddeutschen Bundes vorliegen, fortdauernde Gültigkeit.

In Baden entscheidet über die auf bestehende Staatsverträge gestützten Auslieferungsbegehren das Justizministerium. Dasselbe erhebt erforderlichen Falls eine Äusserung der Rats- und Anklagekammer und der Staatsanwaltschaft. In allen Fällen ist der Auszuliefernde zuvor mit seinen etwaigen Einwendungen zu hören. Besteht mit dem betreffenden fremden Staate kein Vertrag, so bleibt besondere höchste Entschliessung vorbehalten. (V.-O. v. 18. Juni 1875, Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 226.)

Das Staatsministerium vermittelt die diplomatische Korrespondenz.

Das Grossh. Justizministerium hat zur Verhütung von Schwierigkeiten, die sich bei Auslieferungsanträgen ergeben haben, unterm 4. Mai 1881 Nr. 5943 bezüglich der Stellung derselben an nicht deutsche Staaten sowohl in materieller Beziehung als auch hinsichtlich der zu beobachtenden Formen folgende allgemeine Anordnung erlassen:

1) In materieller Beziehung ist darauf zu achten, dass die nach dem betreffenden Staatsvertrag zur Begründung eines Auslieferungsgesuchs erforderlichen Thatumstände und gesetzlichen Voraussetzungen vollständig angeführt sind, namentlich die Art und Schwere der dem Auszuliefernden zur Last gelegten That mit Angabe der Zeit der Verübung (da Verjährung die Auslieferung ausschliesst), der Staatsangehörigkeit des Auszuliefernden (da eigene Angehörige nicht ausgeliefert werden) und ferner die auf diesen Thatbestand anwendbaren strafgesetzlichen und



nur auf solche Beweise für die Strafbarkeit geschehen soll, welche nach den Gesetzen des Orts, wo der Flüchtling oder das so beschuldigte Individuum aufgefunden wird, dessen Verhaftung und Stellung vor Gericht rechtfertigen würden, wenn das Verbrechen oder Vergehen dort begangen wäre, und die respektiven Richter und andern Behörden der beiden Regierungen sollen Macht, Befugnis und Autorität haben, auf eidlich erhärtete Angabe einen Befehl zur Verhaftung des Flüchtlings oder so beschuldigten Individuums zu erlassen, damit er vor die gedachten Richter oder andern Behörden zu dem Zwecke gestellt werde, dass der Beweis für die Strafbarkeit geführt und in Erwägung gezogen werden kann, und wenn bei dieser Vernehmung der Beweis für ausreichend zur Aufrechterhaltung der Beschuldigung erkannt wird, so soll es die Pflicht des prüfenden Richters oder der Behörde sein, selbigen für die betreffende exekutive Behörde festzustellen, damit ein Befehl zur Auslieferung eines solchen Flüchtlings erlassen werden könne. Die Kosten einer solchen Verhaftung und Auslieferung sollen von dem Teil getragen und erstattet werden, welcher die Requisition erlässt und den Flüchtling in Empfang nimmt.

Der Inhalt dieses Artikels darf keine solche ausdehnende Auslegung erhalten, dass er auf Verbrechen politischer Natur anwendbar wäre.

#### Art. II.

Keiner der kontrahierenden Teile soll gehalten sein, in Gemässheit der Bestimmungen dieser Übereinkunft seine eigenen Bürger oder Unterthanen auszuliefern.

#### Art. III.

Wenn ein Individuum, das eines der in dieser Übereinkunft aufgezählten Verbrechen angeklagt ist, ein neues Verbrechen in dem Gebiete des Staates begangen haben sollte, wo es eine Zuflucht gesucht hat oder aufgefunden wird, so soll ein solches Individuum nicht eher in Gemässheit der Bestimmungen dieser Übereinkunft ausgeliefert werden, als bis dasselbe vor Gericht gestellt worden sein und die auf ein solches neues Verbrechen gesetzte Strafe erlitten haben oder freigesprochen sein wird.

---

prozessualen Bestimmungen. In letzterer Richtung empfiehlt es sich — ausgenommen bei den an die Schweiz zu richtenden Auslieferungsbegehren — die strafgesetzlichen (nicht aber die strafprozessualen) Bestimmungen, auf welche in den betreffenden Urkunden Bezug genommen ist, nicht bloss zu citieren, sondern wörtlich in den Text der Urkunde oder in eine derselben beigefügte Note aufzunehmen.

2) In formeller Beziehung ist auf die Niederschreibung und die Ausfertigung der für ausländische Regierungen oder Behörden bestimmten Urkunden und sonstigen Aktenstücke, Auszüge aus Strafurteilen und dergleichen thunlichste Sorgfalt zu verwenden.

Insbesondere sind dergleichen Schriftstücke stets auf weissem Papier, für überseeische Länder auf Postpapier, niederzuschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen.

Sie sollen nichts enthalten, was nicht für die ausländische Behörde bestimmt ist. Es erscheint deshalb unzulässig, die betreffenden Urkunden auf nicht zur Mitteilung bestimmte Aktenstücke, namentlich auf die Transmissorialerlasse des Grossh. Staatsministeriums niederzuschreiben oder nicht zur Mitteilung bestimmte Zwischenverfügungen auf dieselben zu setzen. Demnach sind auch die auf ein zur Mitteilung bestimmtes Protokoll ergehenden Beschlüsse nicht auf diesem selbst niederzuschreiben, es ist vielmehr dem Protokoll lediglich die Beurkundung beizufügen, dass die Aufnahme desselben von dem unterzeichneten Beamten der Wahrheit gemäss stattgefunden habe.



## Art. IV.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll bis zum 1. Januar Eintausend Acht-hundert und Sechzig (1860) in Kraft bleiben und wenn kein Teil dem andern sechs Monate vorher Mitteilung von seiner Absicht macht, dieselbe dann aufzuheben, so soll sie ferner in Kraft bleiben bis zu dem Ablauf von zwölf Monaten, nachdem einer der hohen kontrahierenden Teile dem andern von einer solchen Absicht Kenntnis gegeben hat; wobei jeder der hohen kontrahierenden Teile sich das Recht vorbehält, dem andern eine solche Mitteilung zu jeder Zeit nach dem Ablauf des gedachten ersten Januar Eintausend Acht-hundert und Sechzig (1860) zugehen zu lassen.

## 2) Verfahren bei gerichtlichen Requisitionen nach den Vereinigten Staaten, insbesondere bei Verfolgung und Auslieferung flüchtiger Verbrecher.

Bekanntmachung des Grossh. Ministeriums des Grossh. Hauses der Justiz und des Auswärtigen vom 30. Dez. 1872. (Ges.- u. V.-O.-Bl. 1873 S. 7.)

Nach Mitteilung des Kaiserl. Deutschen Generalkonsulats in New-York gehen demselben vielfach Requisitionen behufs Verfolgung flüchtiger Verbrecher zu, aus welchen hervorgeht, dass den requirierenden Behörden die formellen und materiellen Erfordernisse nicht bekannt sind, welche bei Abfassung solcher Ersuchschreiben beobachtet werden müssen. Um die zweckmässige Einrichtung derartiger Ersuchen sicherzustellen, werden die Grossh. Gerichtsbehörden angewiesen, in allen Fällen, nicht nur wo es sich um Verfolgung und Auslieferung eines in das Gebiet der Vereinigten Staaten geflüchteten Verbrechers handelt, sondern auch wo überhaupt der Vollzug gerichtlicher Ersuchen im Gebiete der Vereinigten Staaten herbeizuführen ist, regelmässig die diesseitige Vermittlung unter Vorlage der betreffenden Aktenstücke nachzusuchen.

Der Antrag hierauf kann in dringenden Fällen auf telegraphischem Wege anher gerichtet werden, und nur dann, wenn auch von der geringen hiedurch veranlassten Verzögerung noch unwiederbringlicher Nachteil zu besorgen wäre, könnte das Ersuchen ganz ausnahmsweise und, soweit es sich nicht um Einleitung einer Auslieferung handelt, unmittelbar an die Kaiserl. Deutsche Gesandtschaft in Washington oder an das Kaiserl. Deutsche Generalkonsulat in New-York gestellt werden; doch ist hievon jeweils sofort unter Anschluss einer Abschrift des betreffenden Telegramms hierher Anzeige zu erstatten.

Mit Rücksicht auf das zur Erledigung gerichtlicher Ersuchen in den Vereinigten Staaten eintretende Verfahren ist bei Stellung derselben nachstehendes zu beobachten:

1) Die Verfolgung und Verhaftung der Person eines nach den Vereinigten Staaten geflüchteten Verbrechers ist nur dann zu betreiben, wenn durch das ihm zur Last liegende Verbrechen nach dem Staatsvertrag v. 30. Januar 1857 (Regierungsblatt Nr. XV.) der Anspruch auf Auslieferung begründet wird.

Wenn eine Auslieferung vertragsmässig nicht statthaft ist, so könnte eine Beschlagnahme der im Besitz des Flüchtigen befindlichen Gelder und Effekten nur im Wege des Civilprozesses erwirkt und zum Austrag gebracht, eine Vermittelung des Kaiserlichen Generalkonsulats in New-York daher nur



in der Weise eintreten, dass das Konsulat die Sache durch einen Anwalt im Namen des Beschädigten führen liesse. Eine hierauf gerichtete Requisition muss daher, auch wenn sie auf telegraphischem Wege befördert wird, ausser den übrigen Erfordernissen den vollständigen Namen des Beschädigten (vergl. Ziff. 5 Abs. 1) und die Erklärung enthalten, dass die Schadloshaltung des in Amerika zu bestellenden Anwalts für Kautionen, Prozesskosten etc. (welche regelmässig zu sehr namhaften Beträgen erwachsen) sichergestellt sei.

2) Anträge auf Verfolgung eines Verbrechers in Amerika sind überhaupt nur dann zu stellen, wenn einiger Anhalt dafür vorhanden ist, dass der Verfolgte sich wirklich nach Amerika gewendet hat. Requisitionen, welche darauf gerichtet sind, in Amerika auf den etwaigen Ankömmling zu fahnden, sind unzweckmässig, weil eine ausreichende Überwachung der dortigen Häfen nicht ausführbar ist. Mehr Erfolg lässt sich in solchem Falle von einer aufmerksamen Beobachtung der Einschiffungshäfen erwarten, wodurch nicht selten eine demnächst weiter zu verfolgende Spur entdeckt wird.

Anträge auf Verfolgung eines Verbrechers, welche von diesseitigen Polizeibehörden ausgehen oder unmittelbar an amerikanische Polizei- oder Gerichtsbehörden ergehen, finden in Amerika keine Berücksichtigung.

3) Nach Artikel 1 des Auslieferungsvertrags hat in Fällen der Auslieferung die Behörde des requirierten Staates zu prüfen, ob die beigebrachten Beweise zur Aufrechthaltung der Beschuldigung hinreichen. Zu diesem Behufe sind Abschriften sämtlicher Beweisverhandlungen, namentlich der Zeugenvernehmung erforderlich, welche in der Art zu beglaubigen sind, dass in der Beglaubigungsformel mit ausdrücklichen Worten die Übereinstimmung mit den in der besonders zu bezeichnenden Untersuchung aufgenommenen Originalprotokollen und die Zuständigkeit des handelnden Richters bestätigt wird. Diese Beglaubigung ist entweder jedem einzelnen Aktenstücke beizusetzen oder es sind diese letztern bei einer gemeinsamen Beglaubigung sämtlich einzeln und ausdrücklich in der Beglaubigungsformel zu erwähnen. Ausserdem ist die Ausfertigung eines Haftbefehls erforderlich, welcher die Bemerkung enthalten muss, dass die Originalzeugenvernehmung demselben zu Grunde liegt und dass die Untersuchung im Einklange mit den Landesgesetzen geführt ist. Sämtliche Urkunden sollen durch Schnur und Siegel verbunden und es müssen die Beglaubigungen und der Haftbefehl von dem nämlichen richterlichen Beamten mit Vor- und Familiennamen und unter Beifügung des Dienstcharakters vollzogen sein.

Unbeeidigte Zeugenaussagen sind nicht nur nicht geeignet, vor amerikanischen Gerichten zur Unterstützung des Beweises zu dienen, sondern werden besser fortgelassen, weil sie bei den Verhandlungen in Amerika leicht Anhaltspunkte zu Erinnerungen gegen die Vollständigkeit des erbrachten Schuldbeweises bieten. Ebenso sind Vernehmungsprotokolle unbeeidigter Zeugen, welche auf einen später abgelegten Eid hin nachträglich in besonderem Protokoll bestätigt werden, der Beanstandung ausgesetzt und empfiehlt sich in solchen Fällen, die Aussage des Zeugen nach der Beeidigung nochmals zu Protokoll zu nehmen. Auch können die eidlichen Zeugenvernehmungen nicht durch diensteidliche Erklärungen ersetzt werden.



Selbstverständlich muss in den mitzuteilenden Aktenstücken die Person des Verfolgten, der Thatbestand des Verbrechens, die auf die That anwendbare Bestimmung des Strafgesetzes und die gedrohte Strafe bezeichnet und der Nachweis erbracht sein, dass die That nach dem Staatsvertrag den Anspruch auf Auslieferung begründe.

4) Die Erbringung der unter Ziffer 3 bezeichneten Aktenstücke ist nicht sofort zur ersten Einleitung der Verfolgung erforderlich und es kann bei deren Ausfertigung nur bei der Zusammenstellung eines in formeller und materieller Beziehung thunlichst vollständigen Anschuldigungsbeweises mit um so grösserer Sorgfalt verfahren werden, wenn eine vorläufige Verfolgung eingeleitet ist.

5) Ein Antrag auf solche vorläufige Verfolgung muss enthalten:

Vor- und Zuname des Flüchtigen, dessen Stand, dessen Personbeschreibung, Heimatsort nebst Amtsbezirk oder Kreis und Staatsangehörigkeit, namentlich insoweit, dass dadurch feststeht, dass der Verfolgte nicht Bürger der Vereinigten Staaten ist, das Verbrechen, dessen er beschuldigt ist, mit so specieller Bezeichnung des Thatbestandes, dass sich beurteilen lässt, ob das Verbrechen unter den Auslieferungsvertrag fällt, Ort und Zeit der verübten That, Vor- und Zunamen des beschädigten Teils; ist dies eine Behörde, so ist sie genauer zu bezeichnen, bei einer Firma sind die Namen der Inhaber anzugeben. Wenn irgend thunlich, ist das Schiff, welches der Flüchtige zur Überfahrt benutzt hat, oder doch Ort und Zeit der Einschiffung oder in Ermangelung dieser Notizen jeder andere Umstand anzugeben, aus welchem sich eine Mutmassung hinsichtlich der zur Überfahrt nach Amerika benutzten Gelegenheit ergeben kann.

Sind Identitätszeugen in Amerika bekannt und dort leicht herbeizuschaffen, so ist die Angabe ihres Namens und ihrer Adresse von Wichtigkeit.

Es ist sorgfältig darauf zu achten, dass der berichtlich oder telegraphisch hierher zu richtende Antrag auf vorläufige Einleitung der Verfolgung den hier aufgeführten Erfordernissen entspreche.

6) Für den Fall, dass ganz ausnahmsweise ein Ersuchen vom Gerichte unmittelbar an die Deutsche Gesandtschaft in Washington oder an das Deutsche Generalkonsulat in New-York gerichtet werden sollte, so ist noch ferner zu beachten, dass die Unterschrift des Telegramms Vor- und Familiennamen des requirierenden Beamten und dessen Amtscharakter enthalte.

Wenn es darauf ankommt, dem Verfolgten die mitgenommenen Gelder und Effekten abzunehmen, so sind die betreffenden Anträge, namentlich wo bedeutende Werte in Frage kommen, nicht in der Hauptdepesche, sondern besonders zu telegraphieren, auch anzugeben, ob die Verfolgung des Flüchtigen eingestellt werden kann, wenn es gelungen ist, der entwendeten Wertgegenstände habhaft zu werden.

7) Wenn die Erledigung einer nach Amerika gerichteten Requisition entbehrlich wird, sei es wegen anderweiter Festnahme des Flüchtigen, sei es wegen Aufgeben der Verfolgung oder aus einem andern Grunde, so ist sofort hierher Anzeige zu erstatten, damit die Gesandtschaft beziehungsweise das Generalkonsulat in Amerika im Interesse der Kostenersparung auf telegraphischem Wege hievon benachrichtigt werden könne.



## II. Belgien.

### 1) Auslieferung flüchtiger Verbrecher.

Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Belgien vom 24. Dezember 1874.  
(Reichsges.-Bl. 1875 Nr. 9.)

#### Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgeführten strafbaren, im Gebiete des ersuchenden Staates begangenen und daselbst strafbaren Handlungen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind, nämlich:

- 1) wegen Totschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindsmordes;
- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) wegen Aussetzung eines Kindes unter sieben Jahren oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hilfloser Lage;
- 4) wegen Raubes oder Verheimlichung eines Kindes unter sieben Jahren, wegen Entführung, Unterdrückung, Verwechslung oder Unterschlebung eines Kindes;
- 5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;
- 6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;
- 7) wegen Eindringens in eine fremde Wohnung, insofern sich eine Privatperson derselben \*) schuldig macht und die Handlung nach der Gesetzgebung beider Teile strafbar ist;
- 8) wegen Bedrohung eines andern mit einem als Verbrechen strafbaren Angriffe auf die Person oder das Eigentum;
- 9) wegen unbefugter Bildung einer Bande in der Absicht, Personen oder Eigentum anzugreifen;
- 10) wegen mehrfacher Ehe;
- 11) wegen Notzucht;
- 12) wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen in den von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedrohten Fällen;
- 13) wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder andern Geschlechts unter vierzehn Jahren, sowie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen;
- 14) wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts;

---

\*) Druckfehler — soll heissen: desselben (Bekanntmachung v. 29. Dezember 1878, Reichsges.-Bl. 1879 Nr. 1.)



15) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unbeschränkten Gebrauchs eines Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge gehabt hat;

16) wegen Diebstahls, Raubes und Erpressung;

17) wegen Unterschlagung und Untreue in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht sind;

18) wegen Betrugs in denjenigen Fällen, in welchen derselbe nach der Gesetzgebung beider Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist;

19) wegen betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;

20) wegen Meineids;

21) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedroht sind;

22) wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

23) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

24) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

25) wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel;

26) wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und in Umlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld;

27) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate, oder unter Autorität des Staates, von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

28) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

29) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

30) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

31) wegen folgender strafbaren Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes;

vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes;



Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehr als einem Dritteile der Schiffsmannschaft verübt ist;

32) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger, gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

Wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;

33) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, öffentlichen Denkmälern oder öffentlich ausgestellten Kunstgegenständen; von baulichen Anlagen, Lebensmitteln, Waren oder andern beweglichen Sachen; von Feldfrüchten, Pflanzen aller Art, Bäumen oder Pfropfreisern, von landwirtschaftlichen Gerätschaften, von Haus- oder andern Tieren, — in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;

34) wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eines der in dem gegenwärtigen Verträge vorgesehenen Verbrechen oder Vergehen erlangt worden sind, wofern diese Handlung nach der Gesetzgebung der beiden vertragsschliessenden Teile strafbar ist.

Es kann indessen, wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebietes des ersuchenden Teils begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben, ausserhalb seines Gebietes begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

#### Art. 2.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der im Art. 1 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

#### Art. 3.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reiches an die belgische Regierung und vonseiten dieser kein Belgier an eine Regierung des Deutschen Reiches ausgeliefert werden.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Belgier, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reiches reklamierte Person in Belgien, die seitens der belgischen Re-



gierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reiches wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reiches reklamierte Person in Belgien, die seitens der belgischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reiches wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung oder vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgehoben \*) werden.

#### Art. 5.

Wenn eine reklamierte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden, und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Teile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

#### Art. 6.

Die Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages finden auf solche Personen, die sich irgend eines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen eines der in Art. 1 und 2 aufgeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Vergehen, noch als mit einem solchen in Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlages, Mordes oder Giftmordes bildet.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten Handlung des Strafrichters oder der erfolgten Verurteilung nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 8.

Die Auslieferung eines der in Art. 1 und 2 aufgeführten strafbaren Handlungen Beschuldigten soll bewilligt werden, auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses oder auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts auf Versetzung in den Anklagestand oder Eröffnung des Hauptver-

\*) Druckfehler — soll heissen: aufgeschoben (Bekanntmachung v. 29. Dezember 1878 Reichsges.-Bl. 1879 Nr. 1.)



fahrens, oder auf Grund einer von dem zuständigen Richter erlassenen Verfügung, in welcher die Verweisung des Beschuldigten vor den erkennenden Richter ausdrücklich angeordnet wird, oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines andern von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und worin der Thatbestand, sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angegeben ist, — insofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt.

Die Anträge auf Auslieferung erfolgen im diplomatischen Wege. Der Schriftwechsel und die Verhandlungen können jedoch je nach den Umständen des einzelnen Falles unmittelbar zwischen der bei der Auslieferung beteiligten Regierung des Deutschen Reiches und dem Königreich Belgien stattfinden.

#### Art. 9.

Der wegen einer \*) in Art. 1 und 2 aufgezählten strafbaren Handlungen Verfolgte darf in dringenden Fällen vorläufig festgenommen werden gegen Beibringung eines Haftbefehls, welcher von dem Untersuchungsrichter desjenigen Ortes, an welchem der Verfolgte sich befindet, auf Grund einer amtlichen Mitteilung der zuständigen Behörde des die Auslieferung betreibenden Staates erlassen ist. \*\*)

---

\*) Druckfehler — soll heissen: wegen einer der (Bekanntmachung v. 29. Dezember 1878, Reichsges.-Bl. 1879 Nr. 1.)

\*\*) Es kann hiernach das Ersuchen um Erlassung des vorläufigen Haftbefehls von dem verfolgenden Gerichte unmittelbar an die K. Belgische Gerichtsbehörde, in deren Bezirk der Verfolgte sich aufhält, gerichtet werden. In Gemässheit der bei Abschluss des Vertrags stattgehabten Verhandlungen werden die Grossh. Gerichtsbehörden jedoch angewiesen, sich dieses direkten Weges nur ausnahmsweise und in sehr dringenden Fällen zu bedienen, insbesondere, wenn es sich um flüchtige Verbrecher handelt, die ihren Weg durch Belgien nehmen; dagegen in der Regel den Antrag auf Veranlassung der vorläufigen Verhaftung an das diesseitige Ministerium zu richten.

Zur Begründung dieses Antrags, welcher in geeigneten Fällen auf telegraphischem Wege hierher einbefördert werden kann, ist die Bezeichnung der Person des Verfolgten, soweit thunlich unter Beifügung einer Personalbeschreibung, die Bezeichnung der demselben zur Last gelegten That mit der im Vertrag dafür gebrauchten Ausdrucksweise, sowie die Angabe erforderlich, dass ein Verhaftsbefehl gegen Verfolgten erlassen sei. (Verordg. d. Minist. d. Grossh. Hauses, der Justiz u. des Auswärtigen v. 16. Juni 1875, Ges.- u. V.-O.-Bl. Nr. XX.)

Durch eine weitere Verfügung des Ministeriums v. 11. Febr. 1879 Nr. 1952 wurde für den Fall des Begehrens um vorläufige Festnahme nach Art. 9 die genaue Beobachtung der in dieser Verordnung gegebenen Vorschriften eindringlich in Erinnerung gebracht und dabei weiter angeordnet:

»Demgemäss sind derartige Anträge durch die Gerichte und zwar in der Regel auf diplomatischem Wege mittelst eines nunmehr an Gr. Staatsministerium zu erstattenden, geeigneten Falls telegraphischen Berichts zu stellen.

Dagegen ist sich des direkten Weges nur ausnahmsweise und in sehr dringenden Fällen, insbesondere dann zu bedienen, wenn es sich um flüchtige Verbrecher handelt, die ihren Weg durch Belgien nehmen.

Desfallsige direkte Gesuche sind nicht an die belgischen Polizeibehörden, vielmehr an den betreffenden procureur du roi oder zu Brüssel an den administrateur de la sûreté publique in der in jener Verordnung vorgeschriebenen Form unter Bezeichnung des dem Verfolgten zur Last gelegten nach Art. 1 des Staatsvertrages die Auslieferung rechtfertigenden Verbrechens oder Vergehens zu richten.«



In diesem Falle muss der vorläufig Festgenommene wieder auf freien Fuss gesetzt werden, wenn ihm nicht binnen 15 Tagen nach seiner Verhaftung eines der im Artikel 8 des gegenwärtigen Vertrages aufgeführten gerichtlichen Dokumente mitgeteilt worden ist.

Die Frist beträgt drei Wochen, wenn die Auslieferung im Namen eines derjenigen zum Deutschen Reiche gehörigen Staaten, welche nicht an Belgien grenzen, oder umgekehrt im Namen Belgiens aus einem der genannten Staaten beantragt ist.

#### Art. 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitze des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, dem ersuchenden Staate mit übergeben werden, und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung Auszuliefernder durch ihr Landesgebiet auf Grund einfacher Beibringung eines der im Artikel 8 dieses Vertrages näher bezeichneten gerichtlichen Dokumente, in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in dem gegenwärtigen Vertrage inbegriffen ist und nicht unter die Bestimmungen der vorangehenden Artikel 6 und 7 fällt.

#### Art. 12.

Die vertragenden Teile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden und seinem Transporte bis zur Grenze erwachsen, willigen vielmehr gegenseitig darin, diese Kosten selbst zu tragen.

#### Art. 13.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen und Vergehen gehören, einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche sich im Gebiete des andern Teils aufhalten oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrages kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstand hat, welche nach den Ge-



setzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist, oder wenn es sich um rein fiskalische Vergehen handelt.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

#### Art. 14.

Wenn in einer Strafsache, welche nicht politische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstand hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen notwendig ist, so wird die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge sich aufhält, ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten. In diesem Falle werden ihm die Kosten der Reise, welche von seinem derzeitigen Aufenthaltsorte zu berechnen sind, sowie die Kosten des Aufenthaltes nach den Tarifsätzen und den Reglements des Landes bewilligt, wo die Vernehmung stattfinden soll; auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnortes der Gesamtbetrag oder ein Teil der Reisekosten vorgeschossen werden; diese Kosten werden demnächst von der bei der Vernehmung interessierten Regierung zurückerstattet.

In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung, in welcher er als Zeuge erscheinen soll, bilden, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hiebei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

#### Art. 15.

Wenn in einer Strafsache, welche nicht politische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstand hat, die Mitteilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden des andern Landes sind, für notwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem Wege gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Rücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.

#### Art. 16.

Die vertragenden Teile machen sich verbindlich, sich gegenseitig die Straferkenntnisse wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichten des einen Landes gegen Angehörige des andern Landes ergehen. Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen\*) und zwar

\*) Es ist dies somit eine vertragsmässige Verpflichtung.

Die Auszüge sind nach dem im Anhange abgedruckten Muster dem Grossh. Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen. Verordg. v. 22. Okt. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 496).



durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils an die Regierung desjenigen Staates, welchem der Verurteilte angehört.

#### Art. 17.

Der gegenwärtige Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der vertragenden Teile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten.

Von diesem Zeitpunkte ab verlieren der früher zwischen dem Norddeutschen Bund und Belgien abgeschlossene Vertrag über die Auslieferung von Verbrechern, sowie die andern zwischen Staaten des Deutschen Reiches und Belgien abgeschlossenen Auslieferungsverträge ihre Gültigkeit.\*)

Der gegenwärtige Vertrag kann von jedem der beiden vertragenden Teile aufgekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Aufkündigung noch sechs Monate lang in Kraft.

### 2) Armenrecht.

Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und Belgien vom 18. Oktober 1878.

(Reichsges.-Bl. 1879 S. 316.)

Deutsche werden in Belgien und Belgier werden in Deutschland unter denselben Bedingungen und gesetzlichen Voraussetzungen zum Armenrechte zugelassen, wie die Angehörigen des betreffenden Landes, in welchem der betreffende Prozess anhängig ist.

Das Armutszeugnis ist dem Ausländer, welcher zum Armenrechte zugelassen werden will, in allen Fällen von der Behörde seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes auszustellen.

Hält der Ausländer sich nicht in dem Lande auf, in welchem er das Armenrecht nachsucht, so muss das Armutszeugnis von einem diplomatischen Agenten desjenigen Landes, in dessen Gebiet das Zeugnis vorgelegt werden soll, beglaubigt werden.

Hält er sich dagegen in dem Lande auf, in welchem er seinen Antrag stellt, so können ausserdem noch bei den Behörden seines Heimatlandes Erkundigungen über ihn eingezogen werden.

Sind Deutsche in Belgien oder Belgier in Deutschland zum Armenrechte verstattet, so sind sie hiermit von Rechts wegen auch von jeder Sicherheitsstellung oder Hinterlegung befreit, welche unter irgend einer Benennung von Ausländern wegen ihrer Eigenschaft als solche bei Prozessen gegen Inländer nach der Gesetzgebung des Landes, in welchem der Prozess geführt wird, gefordert werden könnte.

### 3) Aktiengesellschaften.

Nach einer zwischen Deutschland und Belgien getroffenen Vereinbarung sind deutsche Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder

---

\*) Damit trat auch der zwischen Baden und Belgien über denselben Gegenstand abgeschlossene Staatsvertrag v. 3. Nov. 1869 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 557) und die Vollzugsverordnung v. 21. Dez. 1869 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 568) ausser Wirksamkeit.



finanzielle Gesellschaften, wenn sie nach dem am Orte ihres Domizils geltenden Gesetzen errichtet und als zu Recht bestehend zugelassen sind, befugt, innerhalb des Königreichs Belgien das Recht des Auftretens vor Gericht auszuüben.

Hiebei haben sie sich jedoch den belgischen Gesetzen zu unterwerfen. \*)

### III. Brasilien.

#### Auslieferung von Verbrechern.

Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Brasilien vom 17. September 1877.  
(Reichsges.-Bl. 1878 Nr. 30.)

##### Artikel 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich zur gegenseitigen Auslieferung aller derjenigen Personen, welche sich im Gebiete des andern Teiles in den durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages vorgesehenen Fällen wegen eines der nachstehend aufgeführten Verbrechen oder Vergehen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in den Anklagezustand versetzt sind oder gegen welche ein Haftbefehl seitens der zuständigen Behörde ergangen ist.

Diese Verbrechen und Vergehen sind:

- 1) Totschlag und Mord, einschliesslich des Kindermordes;
- 2) mehrfache Ehe, Entführung, Notzucht und vorsätzliche Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) Unterschlebung, Verwechselung, Raub, oder Verheimlichung eines Kindes oder Verlassung desselben in hilfloser Lage;
- 4) Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen in den von der Gesetzgebung beider Teile vorgesehenen Fällen;
- 5) rechtswidrige und vorsätzliche Beraubung der natürlichen Freiheit eines Menschen;
- 6) vorsätzliche Verletzung oder Misshandlung, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit, dauernde Arbeitsunfähigkeit, schwere Störung der Gesundheit für mehr als einen Monat, Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Gliedes oder Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge hat;
- 7) jede Handlung, welche nach der brasilianischen Gesetzgebung als „roubo“ und nach der deutschen Gesetzgebung als Raub oder als Diebstahl, wenn derselbe in einem Gebäude oder umschlossenen Raume mittelst Gewalt an Sachen oder mittelst Anwendung falscher Schlüssel verübt worden, strafbar ist;
- 8) Erpressung und Betrug in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider Länder als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind; betrügerlicher Bankerott;
- 9) Meineid in Strafsachen, Verleitung von Zeugen zum Meineide;

---

\*) Bekanntmachung des Reichskanzleramtes v. 7. Dez. 1873 (Centralbl. für das Deutsche Reich S. 380).



10) Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden, sowie wissentlicher Gebrauch falscher oder gefälschter Urkunden oder telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht, oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

11) Fälschung oder Verfälschung von Siegeln, Stempeln oder Stempelzeichen in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wissentlicher Gebrauch falscher oder gefälschter Siegel, Stempel oder Stempelzeichen;

12) Nachmachen oder Verändern von Geld, betrügerisches Inumlaufsetzen oder Ausgeben von nachgemachtem oder verfälschtem Gelde;

Nachmachen oder Verfälschen von Rententiteln oder Schuldverschreibungen, welche vom Staate ausgegeben sind, von Titeln, Aktien oder Billets, welche unter Autorität des Staates von Banken oder Gesellschaften ausgegeben sind; Inumlaufsetzen oder Gebrauch solcher gefälschter Titel und Wertpapiere;

13) vorsätzliche und rechtswidrige Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

14) vorsätzliche Brandstiftung;

15) Unterschlagung und Untreue in den von der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedrohten Fällen;

16) Erpressung seitens öffentlicher Beamten und Bestechung öffentlicher Beamten zum Zweck einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

17) folgende strafbare Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

Vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes;

Vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes;

Nötigung des Schiffsführers oder eines andern Vorgesetzten zur Vornahme oder zur Unterlassung einer dienstlichen Verrichtung durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt oder durch Verweigerung der Dienste, sowie Widerstand durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt gegen den Schiffsführer oder einen andern Vorgesetzten, oder thätlicher Angriff gegen dieselben, sofern die Handlung von mehreren Schiff sleuten auf Verabredung gemeinschaftlich begangen ist;

jede sonstige Handlung, welche nach den brasilianischen Gesetzen als Piraterie strafbar ist, sofern sie auch nach den Gesetzen des Deutschen Reiches mit Strafe bedroht ist;

18) vorsätzliche und rechtswidrige Beschädigung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

19) Versuch einer der unter Ziff. 1 und 12 des gegenwärtigen Artikels aufgeführten strafbaren Handlungen.

**Einziger Paragraph.** Wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebietes des ersuchenden Teiles begangen worden ist, kann diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung desjenigen Staates wegen desselben ausserhalb seines Gebietes begangenen Verbrechens oder Vergehens eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.



## Art. 2.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reiches an die brasilianische Regierung, vonseiten dieser kein Brasilianer an eine Regierung des Deutschen Reiches ausgeliefert werden.

Jedoch verpflichten sich die hohen vertragenden Teile, ihre respektiven Angehörigen, welche irgend eines der im Artikel 1 aufgeführten Verbrechen oder Vergehen begangen haben, in Untersuchung ziehen und vor Gericht stellen zu lassen, wenn die Gesetzgebung des ersuchten Landes wegen eines solchen Verbrechens oder Vergehens, welches seine Angehörigen ausserhalb seines Gebietes begangen haben, das Strafverfahren zulässt.

Der Antrag soll auf diplomatischem Wege gestellt werden und soll begleitet sein von der Aufnahme des Thatbestandes (*corpus delicti*), allen Beweisstücken, den Schriftstücken jeder Art und den nötigen Mitteilungen, indem die Behörden des ersuchenden Landes so zu verfahren haben, als wenn sie selbst die Schuld festzustellen hätten. In diesem Falle werden alle Schriftstücke kostenfrei ausgestellt.

## Art. 3.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher, noch ein Brasilianer, so kann die Regierung, welche die Auslieferung zu gewähren hat, von dem gestellten Auslieferungsantrage die Regierung des Landes, welchem der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn letztere den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl dem Staate ausliefern, in dessen Gebiet das Verbrechen oder Vergehen begangen ist, oder demjenigen, dessen Unterthan derselbe ist.

## Art. 4.

Wenn die reklamierte Person, deren Auslieferung von einem der hohen vertragenden Teile nachgesucht wird, gleichzeitig von einer oder mehreren andern Regierungen wegen Verbrechen oder Vergehen, welche der Beschuldigte in ihren respektiven Gebieten begangen hat, reklamiert wird, so ist folgendes zu beobachten:

Ist der Verfolgte Unterthan eines der hohen vertragenden Teile, so geschieht die Auslieferung an diesen; andernfalls erhält die Regierung den Vorzug, welche zuerst die Auslieferung nachgesucht hat.

## Art. 5.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die seitens einer der Regierungen des Deutschen Reiches oder seitens der brasilianischen Regierung reklamierte Person bereits wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in dem Lande der ersuchten Regierung in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt oder freigesprochen worden oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist. Wenn die besagte Person wegen einer andern strafbaren Handlung in Unter-



suchung ist, soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung der Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie verhängten Strafe aufgeschoben werden.

#### Art. 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden auf politische Verbrechen oder Vergehen oder mit ihnen in Verbindung stehende Handlungen keine Anwendung.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Verbrechen oder Vergehen, noch als mit einem solchen in Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlags oder Mordes bildet.

Die Person, welche wegen eines der im Artikel 1 aufgeführten Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen in Zusammenhang steht, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden. Auch darf sie nicht zur Untersuchung gezogen oder verurteilt werden wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten Handlung des Strafrichters oder der erfolgten Verurteilung der Verfolgte mittelst der Verjährung nach den Gesetzen des Landes, in welchem er zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, von der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung befreit ist.

#### Art. 8.

Die Auslieferung soll bewilligt werden, wenn auch dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten, welche die reklamierte Person gegen Privatpersonen eingegangen ist, verhindert wird; letztere können jedoch ihre Rechte vor den zuständigen Behörden geltend machen.

#### Art. 9.

Die Anträge auf Auslieferung seitens einer der beiden Regierungen an die andere erfolgen durch Vermittelung des respektiven diplomatischen Agenten und soll die Auslieferung bewilligt werden auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses oder eines Beschlusses über die Versetzung in den Anklagestand, eines Haftbefehls in derjenigen Form, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung nachsuchenden Staates vorschreibt, oder irgend eines andern Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und ebenfalls die Art und Schwere der verfolgten That, ihre Strafbarkeit, sowie die Nationalität der reklamierten Person angiebt. Die gerichtlichen Schriftstücke, welche in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Artikel beigebracht werden, sollen in Urschrift oder beglaubigter



Abschrift von den zuständigen Behörden des die Auslieferung nachsuchenden Staates ausgefertigt sein.

Ihr Inhalt soll vollen Glauben haben.

Der Auslieferungsantrag soll begleitet sein von einem Signalement der reklamierten Person und allen andern zur Feststellung ihrer Identität dienenden Angaben, sowie auch einer Abschrift der auf das begangene Verbrechen oder Vergehen anwendbaren strafgesetzlichen Bestimmung.

Der Schriftwechsel und die Verhandlungen, welche durch den Auslieferungsantrag veranlasst werden, können je nach den Umständen des einzelnen Falles unmittelbar zwischen den bei der Auslieferung beteiligten Regierungen des Deutschen Reiches und Brasilien stattfinden.

#### Art. 10.

In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jede der respektiven Regierungen unter Berufung auf das Vorhandensein eines Strafurteils, eines Beschlusses auf Versetzung in den Anklagestand oder eines Haftbefehls in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege die Verhaftung des Angeschuldigten oder Verurteilten beantragen und erwirken unter der Bedingung, dass das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, binnen möglichst kurzer Frist, welche die Dauer von neunzig Tagen nicht überschreiten darf, beigebracht wird.

#### Art. 11.

Die entfremdeten Gegenstände, die zur Verübung des Verbrechens oder Vergehens benutzten Geräte und Werkzeuge und die zum Beweise desselben dienlichen Gegenstände, welche bei der reklamierten Person mit Beschlag belegt worden sind, sollen gleichzeitig mit der Auslieferung ausgefolgt werden, und dieses auch dann, wenn die Auslieferung, nachdem sie zugestanden worden ist, infolge des Todes oder der Flucht des Schuldigen nicht sollte stattfinden können.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach Schluss des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei wieder ausgehändigt werden.

#### Art. 12.

Sobald die Auslieferung der reklamierten Person bewilligt ist, hat der Transport derselben unter Begleitung von Agenten der ersuchten Regierung zu geschehen und gehen die Ausgaben auf Rechnung der ersuchenden Regierung von dem Augenblick an, wo der Verbrecher an Bord gebracht ist.

#### Art. 13.

Die Kosten, welche aus der Festnahme, dem Unterhalte und Transporte der Personen, deren Auslieferung bewilligt worden, sowie aus der Deponierung und dem Transporte, der nach den Bestimmungen des vorstehenden Artikels auszufolgenden oder zu überliefernden Gegenstände erwachsen, sollen jedem der beiden hohen vertragenden Teile innerhalb der Grenzen ihrer respektiven Gebiete zur Last fallen.



## Art. 14.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen oder Vergehen gehören, einer der hohen vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche sich in dem Gebiete des andern Teils aufhalten, oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird zu diesem Zwecke ein Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll Folge gegeben werden.

Die Ausführung des Antrages kann verweigert werden, wenn das Verfahren gegen einen Angehörigen des ersuchten Staates gerichtet ist, der seitens der Behörde, von welcher das Ersuchschreiben ausgeht, noch nicht verhaftet worden ist, oder wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstande hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an den das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist.

Die vertragenden Regierungen verzichten auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt.

## Art. 15.

Wenn in einer Strafsache, welche nicht politische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen für unumgänglich erachtet werden sollte, so wird die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge sich aufhält, ihm die zu diesem Zweck seitens der andern Regierung an ihn gerichtete Aufforderung mitteilen. Wenn die requirierten Zeugen sich zu der Reise verstehen, so werden die respektiven Regierungen in gemeinsamer Verständigung die Entschädigung festsetzen, welche der interessierte Staat ihnen für Reise- und Aufenthaltskosten, wie auch für den persönlichen Nachteil und Zeitverlust zu gewähren hat.

Diese Zeugen werden in keinem Falle wegen einer vor der an sie ergangenen Vorladung begangenen strafbaren Handlung weder während ihres Aufenthaltes an dem Orte, wo sie vernommen werden sollen, noch während der Hin- und Rückreise in Haft genommen oder belästigt werden.

## Art. 16.

Wenn es in einer Strafsache, welche nicht politische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, notwendig werden sollte, den Angeschuldigten mit in dem andern Lande verhafteten Schuldigen zu konfrontieren oder Beweisstücke oder gerichtliche Urkunden zu erhalten, welche das andere Land besitzt, so soll das Ersuchen auf diplomatischem Wege gestellt werden.

Es soll dem Ersuchen stattgegeben werden, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, jedoch unter der Bedingung, dass die reklamierten Personen und Dokumente in möglichst kurzer Zeit an ihr Land zurückgesandt werden.

Die Kosten, welche aus der Überführung der oben erwähnten Personen



und Gegenstände von einem Staate zum andern erwachsen, sollen von der Regierung bezahlt werden, welche den Antrag gestellt hat.

#### Art. 17.

Die vertragenden Teile machen sich verbindlich, sich gegenseitig die Straferkenntnisse wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichten des einen Landes gegen Angehörige des andern Landes ergehen. Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen und zwar durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils an die Regierung des Landes, welchem der Verurteilte angehört.

#### Art. 18.

Der gegenwärtige Vertrag soll in Kraft bestehen von dem Tage seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der hohen vertragenden Teile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung bis zu dem Zeitpunkte, wo einer dieser Teile dem andern seine Absicht ankündigt, ihn ausser Kraft treten zu lassen, er bleibt alsdann jedoch noch sechs Monate nach dem Tage solcher Aufkündigung in Kraft.

### IV. Costa-Rica.

#### Zutritt zu den Gerichten.

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Freistaate Costa-Rica vom 18. Mai 1875 (Reichsges.-Bl. 1877 S. 13).

#### Art. V.

Den Angehörigen des einen und des andern der vertragenden Teile soll in beiden Ländern der vollständigste Schutz und immerwährende Schutz ihrer Personen und ihres Eigentums zuteil werden. Sie werden freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zwecke können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen. Auch sollen sie die Befugnis haben, bei den Beschlüssen und Urteilssprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie beteiligt sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen gestatten.

Endlich werden sie in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vorteile geniessen, wie die eigenen Angehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letztern auferlegt sind oder sein werden.

### V. Dominikanische Republik.

#### Zutritt zu den Gerichten.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Dominikanischen Republik vom 30. Januar 1885 (Reichsges.-Bl. 1886 S. 3).

#### Art. VI.

Die Deutschen sollen in der Dominikanischen Republik und die Dominikaner in Deutschland freien Zutritt zu allen Gerichten behufs Verfolgung und



Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen sich der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände bedienen. Auch sollen sie die Befugnis haben, in jedem Prozessverfahren, bei welchem sie beteiligt sind, den Zeugenvernehmungen und Verhandlungen, sowie den Beschlüssen und Urteilssprüchen der Gerichte beizuwohnen, sofern nach den Gesetzen des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen zugelassen ist.

Sie werden im übrigen hinsichtlich des Prozessverfahrens die nämlichen Rechte wie die Inländer genießen und denselben gesetzlichen Ordnungen und Bedingungen wie diese unterworfen sein.

## VI. England.

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

- 1) Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Grossbritannien v. 14. Mai 1872.  
(Reichsges.-Bl. Nr. 21.)

#### Art. I.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich, einander diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer auf dem Gebiete des einen Teiles begangenen strafbaren Handlung beschuldigt oder verurteilt sind und in dem Gebiete des andern Teiles aufgefunden werden, sofern die in dem gegenwärtigen Verträge angegebenen Fälle und Voraussetzungen vorhanden sind.

#### Art. II.

Die strafbaren Handlungen, wegen deren die Auslieferung zu gewähren ist, sind folgende:

- 1) Mord, Mordversuch.
- 2) Totschlag.
- 3) Nachmachen oder Verfälschen von Metallgeld, Verausgabung oder Inverkehrbringen nachgemachten oder verfälschten Metallgeldes.
- 4) Nachmachen oder Verfälschen von Papiergeld, Banknoten oder andern Wertpapieren, Fälschung oder Verfälschung anderer öffentlicher oder Privaturkunden, ingleichen Verausgabung oder Inverkehrbringen oder wissentliches Gebrauchen solcher nachgemachten oder gefälschten Papiere.
- 5) Diebstahl und Unterschlagung.
- 6) Erlangung von Geld oder andern Sachen durch Vorspiegelungen.
- 7) Strafbarer Bankerott, unter welchen Begriff alle diejenigen strafbaren Handlungen fallen, die nach den bezüglichlichen Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuchs gerichtlich geahndet werden.
- 8) Untreue seitens eines Verwalters und Beauftragten, Bankiers, Agenten, Prokuristen, Vormundes oder Kurators, Vorstandes, Mitgliedes oder Beamten irgend einer Gesellschaft, soweit dieselbe nach den bestehenden Gesetzen mit Strafe bedroht ist.
- 9) Notzucht.
- 10) Entführung.
- 11) Kinderraub.



12) Einbrechen und Eindringen in ein Wohnhaus oder dazu gehöriges Nebengebäude mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, zur Tages- (house-breaking) oder Nachtzeit (burglary).

13) Vorsätzliche Brandstiftung.

14) Raub mit Gewaltthätigkeiten.

15) Erpressung.

16) Vorsätzliche Versenkung oder Zerstörung eines Schiffes zur See oder Versuch dieses Verbrechens.

17) Angriffe auf Personen an Bord eines Schiffes auf hoher See in der Absicht, zu töten oder eine schwere Körperversletzung zu verüben.

18) Widerstand mit Thätlichkeiten (revolt) gegen den Schiffsführer an Bord eines Schiffes auf hoher See, wenn dieser von zwei oder mehreren Personen verübt wird, oder Verschwörung zu einem solchen Widerstande.

Die Auslieferung findet auch wegen Teilnahme wegen einer der vorbezeichneten strafbaren Handlungen statt, sofern diese nach der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

### Art. III.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die Regierung des Vereinigten Königreichs und vonseiten dieser kein englischer Unterthan an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert werden.

### Art. IV.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs verfolgte Person im Vereinigten Königreich oder die seitens der Regierung des Vereinigten Königreichs verfolgte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung, wegen der die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs verfolgte Person im Vereinigten Königreich oder wenn die seitens der Regierung des Vereinigten Königreichs verfolgte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeten Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

### Art. V.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erfolgten Verurteilung nach den Gesetzen des ersuchten Staats Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

### Art. VI.

Ein flüchtiger Verbrecher soll nicht ausgeliefert werden, wenn die strafbare Handlung, wegen deren seine Auslieferung verlangt wird, einen politischen



Charakter an sich trägt, oder wenn er beweisen kann, dass der Antrag auf seine Auslieferung in Wirklichkeit mit der Absicht gestellt worden ist, ihn wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen.

#### Art. VII.

Die ausgelieferte Person darf in dem Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, keinenfalls wegen einer andern strafbaren Handlung oder auf Grund anderer Thatsachen als derjenigen, wegen deren die Auslieferung erfolgt ist, in Haft gehalten oder in Untersuchung gezogen werden.

Auf strafbare Handlungen, welche nach erfolgter Auslieferung erfolgt sind, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

#### Art. VIII.

Die Anträge auf Auslieferung sollen durch die diplomatischen Agenten der hohen vertragenden Teile gestellt werden.

Mit dem Antrage auf Auslieferung eines Beschuldigten müssen ein Haftbefehl, welcher von der zuständigen Behörde des die Auslieferung begehrenden Staates erlassen ist, und solche Beweise beigebracht werden, welche nach den Gesetzen des Ortes, wo der Beschuldigte aufgefunden wird, dessen Verhaftung rechtfertigen würden, wenn die strafbare Handlung dort begangen wäre.

Betrifft der Antrag eine bereits verurteilte Person, so muss das Strafurteil beigebracht werden, welches von dem zuständigen Gerichte des die Auslieferung begehrenden Staates gegen den Verurteilten erlassen ist.

Auf Strafurteile, welche von Ungehorsams wegen (*in contumaciam*) erlassen sind, kann der Auslieferungsantrag nicht gegründet werden.

#### Art. IX.

Wenn das Auslieferungsgesuch nach den vorstehenden Bestimmungen begründet ist, so sollen die zuständigen Behörden des ersuchten Staates zur Festnahme des Flüchtlings schreiten.

Der Ergriffene wird sodann vor den dazu gesetzlich berufenen richterlichen Beamten gebracht, welcher ihn ebenso zu verhören und den Straffall vorläufig zu untersuchen hat, als wenn die Ergreifung wegen einer im Inlande begangenen strafbaren Handlung erfolgt wäre.

#### Art. X.

Die Auslieferung erfolgt nicht vor Ablauf von 15 Tagen seit der Ergreifung und nur dann, wenn die Beweise für genügend befunden worden sind, um nach den Gesetzen des ersuchten Staates entweder die Verweisung des Ergriffenen zur Hauptuntersuchung zu rechtfertigen, falls die strafbare Handlung im Gebiet dieses Staates begangen wäre, oder darzuthun, dass der Ergriffene mit der von den Gerichten des ersuchenden Staates verurteilten Person identisch ist.

#### Art. XI.

Die Behörden des ersuchten Staates haben bei der Prüfung, welche ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen obliegt, den beeidigten Zeugenaussagen,



welche in dem andern Staate zu Protokoll genommen sind, ingleichen den Abschriften solcher Originalzeugenaussagen, und ebenso den Haftbefehlen und Strafurteilen volle Beweiskraft beizulegen, vorausgesetzt, dass diese Schriftstücke durch einen Richter, eine obrigkeitliche Person oder einen andern Beamten dieses Staates unterzeichnet oder bescheinigt und durch einen beeidigten Zeugen oder durch Beidruckung des Amtssiegels des Justiz- oder eines andern Staatsministers beglaubigt sind.

#### Art. XII.

Wenn die zur Auslieferung genügenden Beweise nicht binnen 2 Monaten von dem Tage der Ergreifung des Flüchtlings an beigebracht werden, so ist der Ergriffene auf freien Fuss zu setzen.

#### Art. XIII.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Ergreifung im Besitze des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, bei Vollziehung der Auslieferung mit übergeben werden und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen kann.

#### Art. XIV.

Die hohen vertragenden Teile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalt des Auszuliefernden und seinem Transport bis zur Einschiffung erwachsen, in Anspruch zu nehmen, willigen vielmehr gegenseitig darin, diese Kosten selbst zu tragen.

#### Art. XV.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags sollen auf die Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer Grossbritannischen Majestät Anwendung finden.

Der Antrag auf Auslieferung eines flüchtigen Verbrechers, welcher in einer dieser Kolonien oder auswärtigen Besitzungen Zuflucht gefunden hat, soll an den Statthalter oder die oberste Behörde dieser Kolonie oder Besitzung durch den obersten Konsularbeamten des Deutschen Reichs in dieser Kolonie oder Besitzung gerichtet werden.

Über solche Anträge soll der gedachte Statthalter oder die gedachte oberste Behörde soviel als möglich nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags befinden, jedoch soll denselben freistehen, entweder die Auslieferung zu bewilligen oder über den Fall an die Regierung zu berichten.

Ihrer Grossbritannischen Majestät soll es jedoch freistehen, in den britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen über die Auslieferung deutscher Verbrecher, welche innerhalb dieser Kolonien und auswärtigen Besitzungen Zuflucht gefunden haben, auf möglichst gleicher Grundlage mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags besondere Anordnungen zu treffen. Anträge, betreffend die Auslieferung von Verbrechern, welche aus einer Kolonie oder auswärtigen Besitzung Ihrer Grossbritannischen Majestät geflüchtet sind,



sollen nach den Bestimmungen der vorstehenden Artikel des gegenwärtigen Vertrags behandelt werden.

#### Art. XVI.

Der gegenwärtige Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der hohen vertragenden Teile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten. Der Vertrag kann von jedem der beiden hohen vertragenden Teile aufgekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Aufkündigung noch sechs Monate in Kraft.

### 2) Vorschriften des Reichskanzleramts, welche von den Deutschen Behörden zu beobachten sind, wenn sie auf Grund des Auslieferungsvertrages mit Grossbritannien v. 14. Mai 1872 eine Auslieferung nachsuchen.

(Centralblatt für das Deutsche Reich 1874 Nr. 12 S. 101.)\*)

Bei Aufnahme der Zeugenaussagen ist darauf Bedacht zu nehmen, dass Namen, Wohnort, Wohnung, Beruf oder Stand des Zeugen aus der Aussage hervorgehen und jeder Zeuge seine Aussage am Schlusse derselben unterschreibe.

Den Zeugenaussagen ist die folgende oder eine gleichbedeutende Überschrift vorzuschicken.

Zeugenvernehmung, welche am . . . . 18 . . . vor mir dem Unterzeichneten a) . . . . zu b) . . . . in der Untersuchungssache wider den, zuletzt in . . . . c) stattgefunden hat, welcher angeklagt ist, am . . . . d) das Verbrechen de<sup>r</sup> . . . . e) begangen zu haben.

Am Schlusse hat sodann der Richter oder sonstige Beamte unter der letzten Zeugenaussage folgende Bescheinigung zu setzen und mit seinem Namen, Amtscharakter und Titel zu unterzeichnen:

„Die Zeugen A. B. C. D. u. s. w. haben vorstehende Aussagen vor mir in . . . f) erklärt und eidlich bekräftigt.“

Demnächst ist eine genaue Abschrift der Zeugenaussagen herzustellen und am Ende der Abschrift hat der Richter oder sonstige Beamte folgende Bescheinigung zu setzen:

„Ich bescheinige hiemit, dass das Vorstehende eine richtige Abschrift der Zeugenaussagen des A. B. C. D. u. s. w. ist, auf Grund deren am . . . . g) ein Haftbefehl wider den . . . . h) erlassen worden ist,

\*) Auch unterm 8. April 1874 in dem Bad. Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 140 bekannt gemacht.

Die zur Stellung des Auslieferungsantrags notwendigen Schriftstücke behufs der Beglaubigung und Weiterbeförderung an die Kaiserl. Deutsche Botschaft in London sind hiernach an das Grossh. Staatsministerium einzusenden.

a) Name des Richters oder der zuständigen Behörde.

b) Ort der Zeugenvernehmung.

c) Name und letzter Wohnort des Angeschuldigten.

d) Tag, an welchem das Verbrechen begangen sein soll.

e) Angabe, welcher Art das Verbrechen gewesen ist, in Gemässheit der Bestimmung des Auslieferungsvertrags.

f) Ort, wo die Zeugenvernehmung stattgefunden hat.

g) Datum des Haftbefehls.

h) Name des Angeklagten.



welcher angeschuldigt worden ist, am . . . . i) zu . . . . i) . . . . in i) das Verbrechen de<sup>e</sup> . . . . k) begangen zu haben.

Am . . . . 187

(Unterschrift und amtlicher Charakter.)

Der Haftbefehl des Angeklagten muss Namen und letztbekannten Aufenthaltsort desselben, das Verbrechen, dessen er angeschuldigt ist, in dem Wortlaute des Auslieferungsvertrages und die Zeit und den Ort angeben, wo und wann das Verbrechen begangen sein soll.

Dieser Befehl muss, wenn thunlich, von demselben Richter oder Beamten erlassen werden, vor welchem die Zeugenvernehmungen stattgefunden haben.

Ein Duplikat dieses Haftbefehls ist der beglaubigten Abschrift der Zeugenaussagen beizufügen.

Die Abschrift der Zeugenaussagen und das Duplikat des Haftbefehls muss von dem Justizminister oder einem andern Minister desjenigen Staates, in welchem das Verbrechen begangen und der Haftbefehl erlassen worden ist, unter Siegel und Unterschrift beglaubigt werden.

Die Abschrift der Zeugenaussagen und das Duplikat des Haftbefehls müssen an den Kaiserlich deutschen Botschafter in London gesandt werden, welcher dieselben mit dem Auslieferungsantrage an den englischen Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten gelangen lassen wird.

Wird in den Zeugenaussagen auf Überführungsstücke, z. B. auf gefälschte Urkunden, Bezug genommen, so sind Kopien derselben den beglaubigten Zeugenaussagen beizufügen. Die Mitsendung der Originalstücke findet nicht statt, ausser wenn dies besonders verlangt wird.

Das Original des Haftbefehls ist auf besonderes Verlangen nachzusenden.

Der Beibringung der vorbezeichneten Schriftstücke bedarf es nicht, wenn die Auslieferung auf Grund eines rechtskräftigen (nicht in contumaciam erlassenen) Strafurteils nachgesucht wird. Es genügt alsdann die Vorlegung des mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehenen Strafurteils. Diese Bescheinigung muss von dem Justizminister oder einem andern Minister desjenigen Staates, in welchem das Verbrechen begangen worden ist, unter Siegel und Unterschrift beglaubigt werden. Im übrigen sind die vorstehend in Bezug auf Haftbefehle gegebenen Vorschriften zu beachten.

Bestreitet der Festgenommene seine Identität mit der verfolgten Person, so kann, falls der Beweis nicht auf andere Weise zu führen ist, es notwendig werden, dass irgend jemand, welcher imstande ist, den Angeklagten bei eidlicher Vernehmung zu identifizieren, nach England gesendet wird. \*)

### 3) Aktiengesellschaften.

Nach einer zwischen Deutschland und Grossbritannien getroffenen Vereinbarung sind deutsche Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften, wenn sie nach den am Orte ihres Domizils

i) Zeit und Ort des begangenen Verbrechens.

k) Angabe des Verbrechens.

\*) Das Reichskanzleramt veröffentlichte, dass, wenn es in dringenden Fällen wünschenswert erscheint, dass eine vorläufige Festnahme stattfinde, um in der Zwischenzeit einen



geltenden Gesetzen errichtet und als zu Recht bestehend zugelassen sind, befugt, innerhalb Grossbritanniens das Recht des Auftretens vor Gericht auszuüben.

Hierbei haben sie sich jedoch den in Grossbritannien geltenden Gesetzen und Gewohnheiten zu unterwerfen.

Bekanntmachung v. 18. April 1874. (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 143.)

## VII. Frankreich.\*)

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

1) Staatsvertrag zwischen dem Grossherzogtum Baden und Frankreich v. 27. Juni 1844.  
(Reg.-Bl. Nr. XXII.)

#### Art. I.

Wenn badische oder französische Unterthanen, die in ihrem Heimatstaate wegen eines der nachstehend aufgeführten Verbrechen in Untersuchung ge-

dem Vertrage vom 14. Mai 1872 gemäss begründeten Antrag stellen zu können, neben den in dieser Bekanntmachung gedachten Vorschriften noch folgende

#### Anleitung

zu beobachten ist:

1) Das Ersuchen, die vorläufige Festnahme einer Person herbeizuführen, deren Auslieferung auf Grund des Auslieferungsvertrags vom 14. Mai 1872 beantragt werden soll, ist unter Angabe der dem Verfolgten zur Last gelegten strafbaren Handlung und mit thunlichst genauer Beschreibung seiner Person an diejenige Kaiserl. deutsche Konsulatsbehörde im Vereinigten Königreich zu richten in deren Bezirk der Verfolgte vermutet wird.

2) Von dem gestellten Ersuchen (Ziff. 2 Seite 27) ist das Kaiserl. deutsche Generalkonsulat zu London gleichzeitig, und wenn das Ersuchen telegraphisch erfolgte, ebenfalls auf telegraphischem Wege in Kenntnis zu setzen.

3) An das Kaiserl. deutsche Generalkonsulat zu London ist der Antrag dann ausschliesslich zu richten, wenn Spuren des Verfolgten fehlen, oder über dessen Aufenthalt an einem bestimmten Orte im Vereinigten Königreiche Nachrichten nicht vorliegen. Selbstverständlich sind in diesem Falle in der Requisition etwaige Anhaltspunkte, welche zur Ermittlung des Verfolgten dienen können, mitzuteilen.

4) Zur Berücksichtigung geeignet sind in allen Fällen nur Anträge, welche von den zuständigen (Gerichts- oder Polizei- resp. Dienst-) Behörden ausgehen.

5) Nach Eingang der Benachrichtigung darüber, dass die Ergreifung und Festnahme der verfolgten Person stattgefunden hat, sind die zur Begründung des Auslieferungsantrags vertragsmässig in der Nr. XII. des Centralblattes für das Deutsche Reich von 1874 S. 101 abgedruckten Bekanntmachung (d. i. die Bekanntmachung unter Ziff. 2) näher bezeichneten Schriftstücke in Abschriften, deren Übereinstimmung mit den Originalien durch die requirierende Behörde zu bescheinigen ist, unverzüglich an das Kaiserl. deutsche Generalkonsulat in London zu senden, um dem letztern zur Aufrechthaltung der vorläufigen Festnahme zu dienen.

6) Gleichzeitig oder baldthunlichst darauf ist eine zweite beglaubigte Abschrift der sub 5 erwähnten Schriftstücke, welche zur Begründung des diplomatischen Auslieferungsantrags bestimmt sind, den vorgesetzten Behörden mit der Bitte um thunlichst beschleunigte Weiterbeförderung im Instanzenzuge einzureichen.

Bekanntmachung v. 16. Juli 1875 (Ges.- u. V.-O.-Bl. Nr. XXII.)

Das Grossh. Ministerium ordnete dabei an, dass derartige Anträge auf Herbeiführung einer vorläufigen Verhaftung von den Grossh. Gerichtsbehörden, abgesehen von ganz dringenden Fällen, nicht unmittelbar an die deutschen Konsulate in England, sondern regelmässig und, wenn nötig, auf diplomatischem Wege an das Grossh. Ministerium (jetzt Staatsministerium) zu richten sind, welchem auch die notwendigen beiden Ausfertigungen der zur Begründung des Auslieferungsantrages dienenden Schriftstücke (Ziff. 5 und 6 dieser Anleitung) vorzulegen sind.

\*) Fortdauernd in Geltung.

Der Art. 18 der Zusatzkonvention zu dem am 10. Mai 1871 zu Frankfurt abgeschlossenen Friedensvertrage bestimmt nämlich:

»Abgesehen von . . . . sind die hohen vertragenden Teile übereingekommen, die



nommen oder verurteilt sind, in dem andern Staate, und zwar Badner in den Königlich französischen Staaten und Franzosen im Grossherzogtum Baden, betreten werden, so sollen dieselben auf das von einer der beiden Regierungen auf diplomatischem Wege gestellte Ansuchen an die betreffenden Behörden ihrer Heimat gegenseitig ausgeliefert werden:

- 1) Mord, Vergiftung, Verwandtenmord, Kindsmord, Tötung, Notzucht oder andere gewaltsame Verletzungen der Sittlichkeit;
- 2) Brandstiftung;
- 3) Fälschung von öffentlichen Urkunden, von Handelspapieren oder von Privaturkunden, Fertigung falscher Bankzettel und Staatspapiere, Diebstahl, Rechnersuntreue, insofern diese Handlungen nach der Strafgesetzgebung des Landes, in welches der Angeschuldigte geflohen ist, den Charakter von Verbrechen an sich tragen, so dass sie mit peinlicher Strafe bedroht sind;
- 4) Münzfälschung und Ausgeben falscher Münzen;
- 5) Meineid und falsches Zeugnis;
- 6) Boshafte Zahlungsflüchtigkeit.

#### Art. II.

Die Gegenstände, welche im Besitze der Angeschuldigten gefunden werden oder deren man sich in dem einen Lande, als von einem in dem andern verübten Diebstahle herrührend oder als zum Beweise eines Verbrechens dienlich, bemächtigt, sollen zugleich mit dem Verbrecher ausgeliefert werden.

#### Art. III.

Wenn Personen, die weder Baden noch Frankreich angehören, nach Verübung eines der in Art. I aufgezählten Verbrechen aus dem einen Lande in das andere entfliehen, so soll ihre Auslieferung in allen Fällen zugestanden werden, wo die Regierung des Staates, dem sie angehören, ihre Zustimmung hiezu gegeben hat.

#### Art. IV.

Zur Begründung des Auslieferungsbegehrens muss der gegen den Angeschuldigten erlassene Verhaftsbefehl oder irgend eine andere Urkunde vorgelegt werden, welche mindestens gleiche Kraft wie dieser hat, und aus welcher sowohl die Natur und Schwere des Verbrechens, als die hierauf anwendbare gesetzliche Strafbestimmung zu ersehen ist.

#### Art. V.

Wenn der Angeschuldigte, dessen Auslieferung begehrt wird, in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, wegen dort begangener Verbrechen oder Vergehen in Untersuchung gezogen oder verurteilt ist, so kann die Auslieferung erst dann erfolgen, wenn er etwa durch Urteil freigesprochen oder im Falle der Verurteilung die gegen ihn erkannte Strafe vollzogen ist.

---

verschiedenen Verträge und Konventionen wieder in Kraft zu setzen, welche vor dem Kriege zwischen den deutschen Staaten und Frankreich bestanden haben etc.« (Reichsges.-Bl. 1872 Nr. 3.)



## Art. VI.

Politische Verbrechen oder Vergehen sind von gegenwärtiger Übereinkunft ausgenommen. Es wird ausdrücklich bedungen, dass der Angeschuldigte, dessen Auslieferung zugestanden worden, in keinem Falle wegen eines vor der Auslieferung begangenen politischen Vergehens oder wegen einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung in Untersuchung genommen oder bestraft werden soll.

## Art. VII.

Die Auslieferung findet nicht statt, wenn nach den Gesetzen des Landes, wohin der Angeschuldigte sich geflüchtet hat, seit der Verübung des Verbrechens, der letzten gerichtlichen Handlung oder der Verurteilung die strafrechtliche Verfolgung oder die deshalb erkannte Strafe verjährt ist.

## Art. VIII.

Jeder der beiden Staaten übernimmt in Beziehung auf diejenigen Personen, deren Auslieferung von ihm zugestanden wird, die Kosten ihrer Verhaftung, ihrer Gefangenhaltung und ihrer Verbringung an die Grenze.

## Art. IX.

Gegenwärtige Übereinkunft ist auf fünf Jahre abgeschlossen und bleibt fünf weitere Jahre in Kraft, wenn sechs Monate vor Ablauf des ersten Zeitraums keine der beiden Regierungen ihren Rücktritt erklärt, und so fort von fünf zu fünf Jahren.

2) Nachtrag hiezu vom 16. November 1854. (Reg.-Bl. 1854 Nr. LIV.)

Die Grossh. badische und die Kaiserl. französische Regierung haben sich im Interesse erhöhter Rechtssicherheit dahin geeinigt, unter die Verbrechen, wegen welcher nach dem Staatsvertrage vom 27. Juni 1844 die Auslieferung gegenseitig zugestanden ist, weiter aufzunehmen:

a) jede an einem Kinde unter 11 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts vollendete oder versuchte Verführung zum Beischlafe oder zu andern unzüchtigen Handlungen, auch wenn keine Gewalt angewendet wurde;

b) die Unterschlagung, wenn die That unter solchen Umständen verübt wurde, dass sie nach der Gesetzgebung beider Länder den Charakter eines Verbrechens an sich trägt.

3) Nachtrag hiezu vom 20. April 1868. (Reg.-Bl. 1868 Nr. XXXVI.)

a) Jede Regierung verpflichtet sich, Personen auszuliefern, welche von den Gerichten des andern Landes wegen vollendeter oder versuchter (wenn auch nicht gewaltsamer) Verführung von noch nicht 13 Jahre alten Kindern des einen oder des andern Geschlechts zum Beischlafe oder zu sonstigen unzüchtigen Handlungen verfolgt werden.

b) Eine Person, welche im Grossherzogtum oder in Frankreich wegen einer in den zwischen beiden Ländern bestehenden Auslieferungsverträgen nebst der gegenwärtigen Erklärung vorgesehenen Handlung verfolgt wird, soll auf Vorlage eines von der zuständigen Behörde erlassenen und auf diplomatischem Wege übermittelten Verhaftsbefehls vorläufig festgenommen werden.



c) Die vorläufige Verhaftung soll auch auf Grund einer durch die Post oder den Telegraphen übermittelten Benachrichtigung über das Vorhandensein eines Verhaftsbefehls bewirkt werden, jedoch unter der Bedingung, dass diese Benachrichtigung regelmässig auf diplomatischem Wege dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten desjenigen Landes behändigt werde, in dessen Gebiet der Angeschuldigte sich geflüchtet hat.

d) Die Verhaftung kann auch auf ein unmittelbar von einer richterlichen oder Verwaltungsbehörde des einen Staates an eine solche Behörde des andern Landes gerichtetes Gesuch verfügt werden.

e) Die vorläufige Verhaftung wird in den Formen und nach den Vorschriften der Gesetzgebung des darum angegangenen Staates angeordnet; sie wird wieder aufgehoben, wenn die Regierung nicht innerhalb 14 Tagen von dem Augenblick der Verhaftung an gerechnet auf ordnungsmässige Weise in den Besitz eines Gesuchs um Auslieferung des Festgenommenen gelangt ist.

4) Weiterer Nachtrag hiezu vom 15. Mai 1868. (Bad. Centr.-V.-O.-Bl. Nr. IX.)

Zum Vollzug des zwischen Baden und Frankreich bestehenden Staatsvertrags v. 27. Juni 1844 (R.-B. Nr. 22) mit Nachträgen hiezu v. 16. Nov. 1854 (R.-B. Nr. 54) u. v. 20. April 1868 (R.-B. Nr. 36) wird unter Aufhebung der früheren diesseitigen Verordnung v. 25. Oktober 1844, sowie der weiteren schriftlichen Verfügungen v. 10. September 1853 und v. 11. März 1854 hiermit verordnet:

### § 1.

Wenn die Auslieferung eines flüchtigen Angeschuldigten von Frankreich begehrt werden soll, hat das Untersuchungsgericht zunächst einen Verhaftsbefehl (Vorführungsbefehl) gegen denselben nach Vorschrift der Strafprozessordnung zu erlassen, in welchem insbesondere auch die auf das verübte Verbrechen anwendbaren Strafbestimmungen aufzuführen sind.

### § 2.

Der nach § 1 erlassene Verhaftsbefehl wird sodann in feierlicher Ausfertigung dem Justizministerium mit dem Gesuch um Betreibung der Auslieferung vorgelegt. Dabei ist eine möglichst genaue Beschreibung der Person des Angeschuldigten, seiner wahrscheinlichen Kleidung und der vermutlich in seinem Besitz befindlichen Gegenstände anzuschliessen, sowie auch, wenn thunlich, anzugeben, an welchen Ort sich der Flüchtige zunächst begeben habe und welches wohl das Ziel seiner Reise sei.

### § 3.

In dringenden Fällen sind die Gerichte ermächtigt, sich unter Berufung auf einen nach § 1 erlassenen Verhaftsbefehl unmittelbar brieflich oder telegraphisch an die Badische Gesandtschaft in Paris zu wenden \*) und dieselbe um Veranlassung der einstweiligen Verhaftung des Flüchtigen zu ersuchen.

\*) Es wird jetzt auch in dieser Sache die Kaiserlich deutsche Gesandtschaft in Paris an die Stelle der aufgehobenen Badischen Gesandtschaft getreten sein.



Nur bei ganz besondern Umständen darf ein solches Gesuch auch unmittelbar an eine Kaiserlich französische Behörde (insbesondere einen Staatsanwalt oder Polizeikommissär) gerichtet werden. Soll die Verhaftung in Havre vorgenommen werden, so kann in Fällen dieser Art auch der dortige Grossh. badische Konsul \*) um Veranlassung derselben angegangen werden.

Über solche unmittelbare Gesuche ist übrigens jeweils unverzüglich unter Anschluss des Verhaftsbefehls (§ 1) nach Massgabe von § 2 dem Justizministerium Bericht zu erstatten.

#### § 4.

Handelt es sich um ein Auslieferungsbegehren bezüglich eines bereits Verurteilten, so tritt an die Stelle des Verhaftsbefehls (§ 1) das erlassene Strafurteil.

Die Vorlage an das Justizministerium hat dabei durch das Gericht zu geschehen, welches das Urteil fällte.

#### § 5.

Von französischer Seite gestellte Auslieferungsbegehren werden nach Massgabe der allgemeinen Verordnung v. 31. März 1866 (Centr.-V.-Bl. Nr. 7) behandelt.\*\*)

Nimmt eine badische Gerichts- oder Polizeibehörde auf Grund eines ausnahmsweise unmittelbar an sie gelangten Ansuchens einer französischen Behörde eine Verhaftung vor, so ist hievon alsbald dem Justizministerium Anzeige zu erstatten.

### **2) Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich über die wechselseitige Vollstreckbarkeit der Urteile in bürgerlichen Rechtssachen, sowie die Zustellung gerichtlicher Akte und Ersuchschreiben**

**vom 16. April 1846. \*\*\*)**

(R.-Bl. Nr. XXIV.)

#### Art. 1.

Urteile, welche von den zuständigen Gerichten des einen Staates in bürgerlichen Rechtssachen, mit Einschluss der Handelssachen, erlassen sind, begründen in dem andern Staate ein richterliches Unterpfand und werden überdies, nachdem sie die Rechtskraft beschritten haben, vollziehbar, vorausgesetzt, dass die Beteiligten den im Art. 3 enthaltenen Bestimmungen genügen. \*\*\*\*)

\*) Jetzt das Kaiserlich deutsche Konsulat.

Die Landeskonsulate sind aufgehoben. Vergl. Art. 56 der Reichsverfassung.

\*\*) Diese Verordnung ist aufgehoben. Ersetzt durch die allgemeine Verordnung vom 18. Juni 1875 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 226). S. Note \*) zu Eingang des Buchs (Staatsverträge).

\*\*\*) Fortdauernd in Geltung. — S. Note \*\*) Seite 29.

\*\*\*\*) Das Deutsche Reich hat bisher mit auswärtigen Staaten keine Verträge über gegenseitige Vollstreckung von Urteilen abgeschlossen.

»Die Bestimmungen der Staatsverträge einzelner Bundesstaaten mit ausserdeutschen Staaten bleiben selbstverständlich aufrecht erhalten.« Motive zu den §§ 612, 613 des Entwurfs der Pr.-O. Seite 403, §§ 660, 661 d. Ges.)

Es erscheint dadurch jedenfalls die Gegenseitigkeit verbürgt (§ 661 Ziff. 5 d. Pr.-O.).

Kah, Staatsverträge u. Vereinbarungen.



## Art. 2.

Als vom zuständigen Gerichte erlassen werden die Urteile von beiden Seiten alsdann gegenseitig anerkannt, wenn die Zuständigkeit des urteilenden Gerichts darauf beruht:

1) dass der Beklagte im Bezirke desselben seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte, oder wenn es:

---

Darüber, ob die Bestimmungen solcher Staatsverträge einzelner Bundesstaaten auch gegenüber der Vorschrift der §§ 660 und 661 d. Proz.-O. aufrecht erhalten bleiben, sodass, wenn in solchen die Vollstreckung auf einfache Requisition ohne besondere Vollstreckungsklage oder doch unter minder strengeren Voraussetzungen zugesagt ist, es dabei sein Bewenden hat, gehen die Ansichten auseinander.

Bejaht wird die Frage unter Bezug auf obige Stelle der Motive (S. 403 und S. 448 der Protokolle der Justizkommission des Reichstages) von Böhme (Oberlandesgerichtsrat), Handbuch des Rechtshilfeverfahrens etc. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten S. 177 Note 35 und Seuffert Civilprozessordnung (I. Aufl.) Note 9 z. §§ 660 und 661.

Verneint: v. Wilmowski u. Levy, Civilprozessordnung (IV. Aufl.) S. 836; Francke, Oberlandesgerichtsrat in Breslau (in ausführlicher Begründung in der Zeitschr. f. deutsch. Civilprozess von Busch Bd. VIII. S. 65).

Letzterer führt dort aus: »Aber auch hinsichtlich solcher Staatsverträge, mögen sie nun vor oder nach dem 1. Okt. 1879 und für einen ganzen Bundesstaat oder nur für irgend einen Teil eines solchen geschlossen sein, darf man niemals vergessen, dass Reichsrecht Landrecht bricht, einerlei wie letzteres entstand, insbesondere ob es unmittelbar durch Gesetz oder nur mittelbar durch Staatsvertrag entstand. Solche Staatsverträge können daher den §§ 660 und 661 der Pr.-O. in keiner Beziehung irgend welchen Abbruch thun; sie sind vielmehr ungültig, soweit sie mit denselben in Widerspruch stehen.«

Sodann ferner Seite 67: »Auch wo solche Staatsverträge in Betracht kommen, muss also zugleich allen Vorschriften der §§ 660, 661 genügt sein, damit Vollstreckung stattfinden kann, einerlei ob die Staatsverträge etwa minderes fordern als jene. Insbesondere muss jetzt z. B. in Baden, welches am 16. April 1846 mit Frankreich einen Vollstreckungsvertrag abgeschlossen hat, die Vollstreckung eines französischen Urteils im Wege der Klage des § 660 und bei dem Gerichte des § 660 beantragt werden, obgleich jener Vertrag ein einfaches Gesuch und schriftlichen Bescheid genügen lässt und hiezu, je nachdem das Urteil bei einem Obergericht oder einem Untergericht erging, dasjenige Obergericht oder Untergericht für zuständig erklärt, in dessen Bezirk der Verurteilte wohnt oder die Sache gelegen ist.«

In gleichem Sinne äusserte sich Direktor v. Amsberg (Bevollmächtigter des Bundesrates) in der Justizkommission auf eine Bemerkung des Abg. Pfaffenroth, ob, wenn ein deutsches Gericht von einem ausländischen requiriert werde, einen deutschen Schuldner zu pfänden, die ersuchende Behörde verpflichtet sei, den Nachweis der gemäss Nr. 4 (§ 611 des Entwurfs, jetzt § 661) erforderlichen Zustellung dem ersuchten Gerichte zu führen: »Ein solcher Fall könne nicht vorkommen, da stets ein Vollstreckungsurteil erwirkt werden müsse, was nicht im Wege der Requisition, sondern durch Klage zu geschehen habe.« Protokoll S. 446.

Wenn nun Direktor v. Amsberg bei der Beratung der Ziff. 5 (des § 611 des Entw.) in der Justizkommission weiter erklärte: »Staatsverträge, durch welche die Gegenseitigkeit verbürgt sein könne, sind nicht nur die vom Deutschen Reich, sondern auch die von den Einzelstaaten abgeschlossenen. Diese sind, solange sie bestehen, unbedingt zu respektieren« (Protokoll S. 448), so ist nicht zu übersehen, dass bei ersterer Erklärung gerade die Frage, auf welchen die Zwangsvollstreckung zu erwirken ist, speziell Gegenstand der Verhandlung in der Justizkommission war, während die letztere Beratung lediglich die allgemeine Frage der Gegenseitigkeit zum Gegenstand hatte. Es liegt somit kein Widerspruch in den beiden Erklärungen des Vertreters des Bundesrats. Vielmehr erscheint aus dem ganzen Zusammenhange der Beratung hervorzugehen, dass der Entwurf und die Justizkommission die Absicht hatten, die Staatsverträge einzelner Bundesstaaten nur insoweit aufrecht zu erhalten, als sie Bestimmungen enthalten, welche nicht mit den Vorschriften der Prozessordnung im Widerspruch stehen, also z. B. wegen der Verbürgung der Gegenseitigkeit etc.



- 2) als Gericht der gelegenen Sache erkannte, oder
- 3) als das Gericht, in dessen Bezirke eine Erbschaft eröffnet ist, oder
- 4) als Gericht des Bezirks, in welchem eine Gesellschaft ihre Niederlassung hat, bei Streitigkeiten der Gesellschafter unter sich, oder Klagen Dritter gegen die Gesellschaft; endlich
- 5) als das Gericht des Ortes, welches die Parteien zum Wohnsitze für den Vollzug eines Vertrags erwählt haben.

#### Art. 3.

Diejenige Partei, zu deren Gunsten ein Urteil ergangen ist, hat, wenn sie sich desselben in dem andern Staate zum Beweise rechtskräftiger Entscheidung oder zur Zwangsvollstreckung auf das in dem andern Staate befindliche Vermögen bedienen will, eine beglaubigte Fertigung des Urteils nebst Urkunde über die geschehene Eröffnung und ein Zeugnis der Gerichtskanzlei über die Rechtskraft desselben — wenn sie aber die Eintragung des richterlichen Unterpfandrechts erwerben will, nur eine beglaubigte Fertigung des Urteils und ein Zeugnis über dessen Eröffnung vorzulegen.

Das Urteil bedarf jedoch zu seiner Vollziehung eines Beisatzbefehls, welchen, je nachdem dasselbe von einem Ober- oder Untergerichte erging, auf Vorlage der genannten Urkunden dasjenige Ober- oder Untergericht erteilt, in dessen Bezirk die Partei, gegen welche das Urteil erging, ihren Wohnsitz hat oder die Sache gelegen ist. \*)

#### Art. 4.

Beide kontrahierenden Staaten verpflichten sich ferner, Zustellungen, Ladungen und Ersuchschreiben um Vornahme gerichtlicher Handlungen in Kriminal- und Civilsachen durch ihre Behörden vollziehen zu lassen, soweit die Gesetze des Landes, an dessen Behörde das Ansuchen gestellt wird, nicht entgegenstehen, auch auf Verlangen Bescheinigung über die geschehene Zustellung zu erheben und mitzuteilen. \*\*)

---

\*) Der Vollzug der von badischen Gerichten in bürgerlichen Rechtssachen erlassenen Urteile kann in Frankreich (und umgekehrt) nicht durch Vermittelung der diesseitigen Behörde bewirkt werden, sondern es ist den Parteien überlassen, den Vollzug nach Art. 3 des Staatsvertrags durch einen Bevollmächtigten an Ort und Stelle zu betreiben.

Justizminist. v. 10. Okt. 1851 (R.-Bl. S. 668).

\*\*) Die Verhandlungen über die Auslegung des Art. 4 des Staatsvertrages haben ergeben, dass die französische Regierung sich auf Grund dieser Vertragsbestimmung nicht für verpflichtet hält, förmliche Zustellungen gerichtlicher Urkunden auf Ersuchen badischer Gerichte durch huissiers vornehmen zu lassen. Der Grundsatz der Gegenseitigkeit lässt nicht zu, dass Zustellungsersuchen französischer Gerichte im Inlande eine Folge gegeben werde, welche für Ersuchen inländischer Gerichte in Frankreich nicht zu erlangen ist.

Im Einverständnis mit Grossh. Staatsministerium wird angeordnet:

1) Die den Amtsgerichten künftig seitens des Grossh. Staatsministeriums zur weiteren Ausfolgung zukommenden Fertigungen französischer Gerichte sind unter Benützung des den Amtsgerichten mit dem Auftrage des Grossh. Staatsministeriums zugleich zugehenden Formulars an den Amtsgerichtssitzen durch den Gerichtsdieners, an andern Orten durch die Ortsdiener unter Vermittlung der Bürgermeister den im Formulare als Empfänger bezeichneten Personen behändigen zu lassen.

Die geschehene Ausfolgung ist durch den Diener auf dem Formulare unter Angabe des Namens der Person, welcher die Urkunde übergeben wurde, unterschriftlich zu bescheinigen.



## Art. 5.

Die Ersuchschreiben werden auf diplomatischem Wege befördert.

## Art. 6.

Für die Besorgung der Zustellungen und Ersuchschreiben sollen gegenseitig keine Kosten und kein Porto berechnet werden. \*)

## Art. 7.

Gegenwärtige Übereinkunft ist auf fünf Jahre abgeschlossen und bleibt fünf weitere Jahre in Kraft, wenn sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums keine der beiden Regierungen ihren Rücktritt erklärt und so fort von fünf zu fünf Jahren.

### 3) Mitteilung von Straferkenntnissen an die Heimatsbehörden der Verurteilten.

Bekanntmachung des Gr. Justizministeriums v. 21. März 1861 (Centr.-V.-O.-Bl. S. 8).

Nachdem zwischen der Grossh. badischen und der Kaiserl. französischen Regierung eine Vereinbarung über wechselseitige Mitteilung der von den Gerichten des einen Staates gegen Angehörige des andern Staates erlassenen Strafurteile getroffen worden ist, werden die Grossh. Amtsgerichte hiemit angewiesen:

von jedem verurteilenden Straferkenntnisse, welches von irgend einem Grossh. Gerichte auf eine von ihnen geführte Untersuchung gegen einen französischen Staatsangehörigen erlassen worden ist, sogleich, nachdem dasselbe rechtskräftig geworden, einen beglaubigten Auszug dem Grossh. Ministerium des Grossh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten \*\*) zur Weiterbeförderung an die Kaiserl. französische Regierung vorzulegen. \*\*\*)

2) Bei Annahmeverweigerung oder sonstiger Unausführbarkeit der persönlichen Behändigung hat ein Vermerk hierüber an die Stelle der Bescheinigung zu treten.

3) Die Unterschrift des Ortsdieners ist durch den Bürgermeister, die des letztern sowie die des Gerichtsdieners durch das Amtsgericht zu beglaubigen. Hierauf ist die Bescheinigung Gr. Staatsministerium vorzulegen.

4) Hinsichtlich der Gebühr des Gerichtsdieners findet § 27 Abs. 2, hinsichtlich derjenigen des Ortsdieners § 27 Abs. 1 der Landesherrl. Verordnung v. 17. Juli 1879, die Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher und die Besorgung von Zustellungen betr., Anwendung.

5) Die Generalverfügung v. 18. Mai 1863 Nr. 2936 tritt ausser Kraft.

Das oben angegebene Verfahren ist auch bei der Behändigung der den Gr. Amtsgerichten seitens des Gr. Staatsministeriums zukommenden Fertigungen sonstiger (nicht französischer) ausländischer Gerichte, bei welchen eine förmliche Zustellung von Gr. Staatsministerium nicht ausdrücklich begehrt wird, einzuhalten. Justizminist. v. 16. Okt. 1884 Nr. 17331.

\*) Nach der Bekanntmachung des Justizministeriums vom 23. November 1854 (R.-Bl. Nr. LII.) soll nach der mit der Kaiserl. französ. Regierung getroffenen Übereinkunft dieser Artikel künftig so ausgelegt werden, dass er sich auf Kosten jeder Art ohne Ausnahme, seien es Geschäftsgebühren oder bare Auslagen beziehe.

Die diesseitigen Gerichtsbehörden wurden deshalb angewiesen, für den Vollzug von Ersuchschreiben, welche nach Massgabe des Staatsvertrags vom 16. April 1846 an sie gelangen, künftig keinerlei Kostenforderung an die requirierende Behörde zu stellen.

\*\*) Jetzt an das Grossh. Staatsministerium:

\*\*\*) Durch Verordnung v. 22. Okt. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 496) wurde die Beobachtung dieser vertragsmässigen Verpflichtung in Erinnerung gebracht. Dabei wurde das im Anhang abgedruckte neue Muster bekannt gegeben, deren man sich bei Fertigung der Auszüge zu bedienen hat.



Die von französischen Gerichten gegen badische Staatsangehörige erlassenen Strafurteile, welche den Grossh. Amtsgerichten durch Vermittelung des genannten Grossh. Ministeriums zugehen, sind in den dortigen Registraturen gehörig aufzubewahren, auch nach Massgabe der diesseitigen Verfügung v. 21. Oktober 1858 (Centr.-V.-O.-Bl. Nr. 2) zur Kenntnis der Heimatsbehörden zu bringen.

#### 4) Armenrecht.

Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich vom 20. Febr. 1880.

(Reichsges.-Bl. 1881 S. 81.)

##### Art. 1.

Deutsche werden in Frankreich und Franzosen werden in Deutschland unter denselben Bedingungen und gesetzlichen Voraussetzungen zugelassen, wie die Angehörigen des betreffenden Landes, in welchem die Bewilligung des Armenrechts nachgesucht wird.

##### Art. 2.

Das Armutszeugnis ist dem Ausländer, welcher zum Armenrecht zugelassen werden will, in allen Fällen von der Behörde seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes auszustellen.

Hält der Antragsteller sich nicht in dem Lande auf, in welchem er das Armenrecht nachsucht, so muss das Armutszeugnis von einem diplomatischen Agenten desjenigen Landes, in dessen Gebiet das Zeugnis vorgelegt werden soll, beglaubigt werden.

Hält er sich dagegen in dem Lande auf, in welchem er seinen Antrag stellt, so können ausserdem auch bei den Behörden seines Heimatlandes Erkundigungen über ihn eingezogen werden.

##### Art. 3.

Sind Deutsche in Frankreich oder Franzosen in Deutschland zum Armenrecht verstattet, so sind sie hiermit von Rechts wegen auch von jeder Sicherheitsleistung oder Hinterlegung befreit, welche unter irgend einer Benennung von Ausländern wegen ihrer Eigenschaft als solche bei Prozessen gegen Inländer nach der Gesetzgebung des Landes, in welchem der Prozess geführt wird, gefordert werden könnte.

### VII. Griechenland.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Griechenland vom 9. Juli 1884.

(Reichsges.-Bl. 1885 S. 23.)

#### 1) Zutritt zu den Gerichten.

##### Art. 3.

Die Deutschen in Griechenland und die Griechen in Deutschland sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte; sie sollen in dieser Hinsicht dieselben Rechte und Befreiungen wie



die Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetzgebung zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Agenten zu bedienen.

## 2) Aktiengesellschaften.

### Art. 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der hohen Vertragschliessenden Teile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des andern Teiles alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

## VIII. Hawaiische Inseln.

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich der Hawaiischen Inseln vom  $\frac{25. \text{ März}}{19. \text{ September}}$  1879.  
(Reichsges.-Bl. 1880 S. 121.)

### Art. II.

Die Angehörigen und Bürger der beiden hohen vertragenden Teile sollen überall in den beiderseitigen Gebieten vollen und vollkommenen Schutz für ihre Person und ihr Eigentum geniessen. Sie sollen freien und leichten Zutritt zu den gesetzlich bestehenden Gerichtshöfen haben, um ihre Rechtsansprüche verfolgen und verteidigen zu können; sie sollen auch das Recht haben, Sachwalter, Anwälte oder Agenten zu wählen und sich derselben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechtsansprüche vor solchen Gerichtshöfen zu bedienen, und sie sollen in dieser Beziehung dieselben Rechte und Vorteile geniessen wie die eingeborenen Angehörigen und Bürger etc.

## IX. Italien.

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

Staatsvertrag zwischen Deutschland und Italien vom 31. Oktober 1871.  
(Reichsges.-Bl. S. 446.)

### Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich, durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche von den Behörden eines der beiden vertragenden Teile wegen einer der nachstehend aufgezählten Handlungen, sei es als Urheber oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen sind und im Gebiete des andern Teils sich aufhalten:

- 1) wegen Totschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindermordes;
- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) wegen Aussetzung oder vorsätzlicher Verlassung eines Kindes;



4) wegen Raubs, Unterdrückung, Verwechselung oder Unterschlebung eines Kindes;

5) wegen Entführung eines Menschen;

6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, sei es, dass sich eine Privatperson oder ein öffentlicher Beamter derselben schuldig macht;

7) wegen mehrfacher Ehe;

8) wegen Notzucht;

9) wegen Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechtes in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe durch die Landesgesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist;

10) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine unheilbare oder voraussichtlich unheilbare Krankheit oder Entstellung oder den Verlust des unbeschränkten Gebrauchs eines Organs, oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge gehabt hat;

11) wegen Diebstahls, sofern er unter erschwerenden Umständen erfolgt ist (schwerer Diebstahl), oder sofern der Wert des gestohlenen Gegenstandes 1000 Franken übersteigt; wegen Raubs und Erpressung;

12) wegen Unterschlagung in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe von der Landesgesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist, und wegen Betrugs, sofern der Wert des Gegenstandes des Verbrechens oder Vergehens 1000 Franken übersteigt;

13) wegen betrüglichen Bankrotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;

14) wegen Meineides;

15) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers;

16) wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

17) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen und wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischen Depeschen;

18) wegen Falschmünzerei, insbesondere wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, und wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verändertem Metall- oder Papiergelde;

19) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

20) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

21) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

22) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke einer Verletzung ihrer Amtspflicht;



23) wegen folgender strafbaren Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen;

vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes;

vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes;

Widerstand gegen den Schiffsführer seitens mehr als eines Drittels der Schiffsmannschaft in denjenigen Fällen, in welchen derselbe von der Landesgesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist;

24) wegen gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten; wegen jeder vorsätzlichen Handlung, durch welche den auf der Eisenbahn reisenden oder beim Betrieb derselben angestellten Personen eine Körperverletzung erwachsen ist oder erwachsen kann.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der von 1 bis 24 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Landesgesetzgebung der vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

#### Art. 2.

Jedoch soll vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs kein Deutscher an die italienische Regierung und von dieser kein Italiener an eine der deutschen Regierungen ausgeliefert werden.

Wenn nach den Gesetzen desjenigen Staates, welchem der Beschuldigte angehört, Anlass vorhanden sein sollte, ihn wegen der in Frage stehenden Handlung zu verfolgen, so soll der andere Staat die Erhebungen und Schriftstücke, die zur Feststellung des Thatbestandes dienenden Gegenstände und jede andere für das Strafverfahren erforderliche Urkunde oder Aufklärung mitteilen. Wenn die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Italiener ist oder wenn das Verbrechen oder Vergehen ausserhalb des Gebietes der vertragenden Teile von einer Person begangen ist, welche demjenigen Staate nicht angehört, von welchem die Auslieferung begehrt wird, so kann dieser Staat von dem gestellten Antrage, im erstern Falle diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, im letztern Falle diejenige Regierung, auf deren Gebiete das Verbrechen oder Vergehen begangen ist, in Kenntnis setzen, und wenn eine dieser Regierungen ihrerseits die Auslieferung des Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder andern Regierung ausliefern.

Wenn die seitens eines der vertragenden Teile reklamierte Person gleichzeitig seitens einer oder mehrerer anderer Regierungen reklamiert wird, so soll dieselbe derjenigen ausgeliefert werden, welche die Auslieferung auf Grund des schwereren Verbrechens oder Vergehens beantragt. Für den Fall, dass alle Verbrechen oder Vergehen gleich schwer sein sollten, soll die betreffende Person derjenigen Regierung ausgeliefert werden, deren Antrag von früherem Datum ist.

#### Art. 3.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die seitens der deutschen Regierungen reklamierte Person in Italien oder die seitens der italienischen Regierung reklamierte Person in einem der deutschen Staaten wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Unter-



suchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden ist oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die seitens der deutschen Regierungen reklamierte Person in Italien oder die seitens der italienischen Regierung reklamierte Person in einem der deutschen Staaten wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

#### Art. 4.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags finden auf politische Verbrechen und Vergehen keine Anwendung.

Die Person, welche wegen eines der im Art. 1 aufgeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung gewährt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung von ihr verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhange steht, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden.

Ebensowenig kann eine solche Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen oder bestraft werden, es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder freigesprochen worden ist, versäumt habe, vor Ablauf einer Frist von drei Monaten das Land zu verlassen, oder dass sie aufs neue dorthin komme.

#### Art. 5.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erfolgten Verurteilung nach den Gesetzen des Landes, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 6.

Die Auslieferung soll stets zugestanden werden, selbst wenn der Angeeschuldigte dadurch gehindert wird, übernommene Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen zu erfüllen. Letztere können indes ihre Ansprüche bei den zuständigen Gerichtsbehörden geltend machen.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll bewilligt werden auf den von einer der beiden Regierungen an die andere im diplomatischen Wege gestellten Antrag \*) und nach

---

\*) Die vertragenden Teile haben als Nachtrag zu dem Staatsvertrage in einem Protokoll vom 31. Okt. 1871 (Reichsges.-Bl. S. 458) festgestellt: »Es ist nicht notwendig, dass die Korrespondenzen und Verhandlungen, welche die Auslieferungsanträge nötig machen werden, zwischen der deutschen Reichsregierung und Italien stattfinden, sie können im Gegenteil, je nach den Umständen jedes einzelnen Falles, auch direkt zwischen Italien und den Regierungen stattfinden, welche zum Deutschen Reiche gehören und bei der Auslieferung interessiert sind, sei es, dass der Antrag von ihnen ausgehe oder an sie gerichtet sei.«



Beibringung eines Strafurteils oder eines Beschlusses über Versetzung in den Anklagestand, eines Haftbefehls oder eines andern Akts, welcher die gleiche Wirkung hat und ebenfalls die Art und Schwere der verfolgten That, sowie die auf dieselbe anwendbare strafgesetzliche Bestimmung angiebt.

Diese Aktenstücke sollen im Original oder in beglaubigter Ausfertigung eines Gerichtshofs oder einer andern zuständigen Behörde des die Auslieferung beantragenden Landes mitgeteilt werden.

Gleichzeitig sollen, soweit dies möglich ist, das Signalement der reklamierten Person und alle andern zur Feststellung ihrer Identität geeigneten Angaben beigebracht werden.

#### Art. 8.

In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jede der beiden Regierungen unter Berufung auf das Vorhandensein eines Strafurteils, eines Beschlusses auf Versetzung in den Anklagestand oder eines Haftbefehls, in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die Verhaftung des Verurteilten oder Angeschuldigten beantragen und erwirken\*) unter der Bedingung, dass das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, binnen einer Frist von zwanzig Tagen nach der Verhaftung beigebracht wird.

#### Art. 9.

Die entwendeten oder im Besitze des Verurteilten oder Angeschuldigten vorgefundenen Gegenstände, die Gerätschaften und Werkzeuge, deren er sich zur Verübung seines Verbrechens oder Vergehens bedient hat, sowie alle andern Beweisstücke sollen gleichzeitig mit der Auslieferung des verhafteten Individuums ausgefolgt werden. Dies soll selbst dann geschehen, wenn die Auslieferung, nachdem sie zugestanden worden ist, infolge des Todes oder der Flucht des Schuldigen nicht sollte stattfinden können. Diese Ausfolgung wird sich auch auf alle Gegenstände der gedachten Art erstrecken, welche von dem Angeschuldigten in dem Lande, in welches er sich geflüchtet hat, versteckt oder hinterlegt worden sind und die daselbst später aufgefunden werden. Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach Schluss des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei wieder ausgehändigt werden.

#### Art. 10.

Liefert eine dritte Regierung ein Individuum aus, so gestatten die vertragenden Teile die Durchführung des Auszuliefernden durch ihr Landesgebiet oder den Transport des Auszuliefernden auf ihren Fahrzeugen und Dienstschiffen, sofern das betreffende Individuum nicht dem um die Gewährung der

---

\*) Mit Erlass des Gr. Minist. d. Gr. Hauses u. der Justiz v. 20. Dez. 1870 wurden die Gr. Amtsgerichte angewiesen, von jeder in ihrem Bezirke erfolgenden Verhaftung eines auf Grund dieses Staatsvertrags einer an Italien auszuliefernden Person behufs der Beschleunigung der Vorbereitung der Auslieferung jeweils unmittelbar an das Auswärtige Amt des Deutschen Reichs in Berlin auf telegraphischem Wege Nachricht zu erteilen, vorbehaltlich jedoch der diesseitigen Entscheidung über das Auslieferungsgesuch in Gemässheit der Verordnung v. 18. Juni 1875 Ges.-Bl. S. 226.

S. d. Note \*) zu Eingang des Buches (Staatsverträge).



Durchführung angegangenen Staate angehört. In diesem Falle bedarf es nur eines einfachen Antrages auf diplomatischem Wege seitens derjenigen Regierung, welche die Auslieferung verlangt hat und der Beibringung der nötigen Beweisstücke dafür, dass es sich nicht um ein politisches oder ein militärisches Vergehen handelt. Die Durchführung findet auf dem kürzesten Wege unter Begleitung von Agenten des requirierten Landes und auf Kosten der reklamierenden Regierung statt.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile verzichten auf die Erstattung derjenigen Kosten, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden oder aus dessen Transport bis zur Grenze des requirierten Teils erwachsen. Sie wollen vielmehr diese Kosten gegenseitig selbst tragen.

#### Art. 12.

Wenn im Laufe eines nichtpolitischen Strafverfahrens einer der vertragenden Staaten im Gebiete des andern vertragenden Teils die Vernehmung von Zeugen oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachtet, so wird zu diesem Zwecke ein Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege\*) übersandt und es soll demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, stattgegeben werden; die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn das Verfahren gegen einen von der requirierenden Behörde noch nicht verhafteten Angehörigen des requirierten Staates gerichtet ist, oder wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstande hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht gerichtlich strafbar ist. Die beteiligten Regierungen entsagen jedem Ansprüche auf Erstattung der aus der Ausführung der Requisition entstehenden Kosten soweit es sich nicht um strafgerichtliche, kommerzielle oder medizinische Gutachten Sachverständiger handelt.

#### Art. 13.

Wenn in einer nichtpolitischen Untersuchungssache das persönliche Erscheinen eines Zeugen notwendig ist, so soll die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge wohnt, denselben auffordern, der Vorladung, welche die andere Regierung an ihn gerichtet hat, Folge zu leisten.

Stimmt der Zeuge zu, so werden ihm die Kosten der Reise und des Aufenthalts nach seiner Wahl entweder nach den Tarifsätzen und Reglement des Landes, wo die Vernehmung stattfinden soll, oder nach denjenigen des requirierten Staates bewilligt werden; auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnorts der Gesamtbetrag oder ein Teil der

---

\*) Das Gr. Ministerium des Gr. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen brachte die Beobachtung des diplomatischen Weges den Gerichtsbehörden mit der Weisung in Erinnerung, in Befolgung dieser vertragsmässigen Bestimmung ihre an königl. italienische Gerichte gerichteten gerichtlichen Schreiben zur weitem Beförderung an das Ministerium (jetzt Staatsministerium) vorzulegen.

V.-O. v. 13. Febr. 1873 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 35).

Dabei wurde zugleich auf das allgemeine Übereinkommen zwischen Baden und Italien v. 11. Febr. 1868 inbetreff des Vollzugs von Ersuchschreiben und Zustellung gerichtlicher Fertigungen in bürgerlichen Rechtssachen hingewiesen.

Siehe unten unter Ziff. 3. Seite 48.



Reisekosten vorgeschossen werden; diese Kosten werden demnächst von der dabei interessierten Regierung zurückerstattet. In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung bilden, worin er als Zeuge erscheinen soll, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

#### Art. 14.

Wenn es bei einer Untersuchung, welche in einem der beiden vertragenden Staaten geführt wird, notwendig werden sollte, den Angeschuldigten mit in dem andern Lande verhafteten Schuldigen zu konfrontieren, oder Beweisstücke oder gerichtliche Urkunden, welche letzterem Staate gehören, vorzulegen, so soll ein Gesuch dieser Art auf diplomatischem Wege gestellt werden und es soll demselben, sofern nicht etwa aussergewöhnliche Bedenken dagegen obwalten, stets entsprochen werden, unter der Bedingung jedoch, dass sobald als möglich die Verhafteten zurückgeliefert und die obigen Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die Kosten des Transports der oben erwähnten Individuen und Gegenstände von einem Staate zum andern werden von derjenigen Regierung getragen, welche den bezüglichen Antrag gestellt hat.

#### Art. 15.

Die beiden vertragenden Regierungen verpflichten sich, einander wechselseitig die Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichtshöfen des einen Staates gegen Angehörige des andern ausgesprochen werden. \*) Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils an die Regierung desjenigen Landes, welchem der Verurteilte angehört. Jede der vertragenden Regierungen wird zu diesem Zwecke an die zuständigen Behörden die entsprechenden Anweisungen erlassen.

#### Art. 16.

Der gegenwärtige Vertrag ist auf fünf Jahre, vom 1. Januar 1872 an gerechnet, abgeschlossen.

Von dem Zeitpunkte seiner Geltung ab verlieren die früher zwischen den einzelnen Staaten des Deutschen Reichs und Italien abgeschlossenen Verträge über die Auslieferung von Verbrechern ihre Gültigkeit. \*\*)

Wenn von keinem der vertragenden Teile sechs Monate vor dem 1. Januar 1877 die Absicht, diesen Vertrag ausser Kraft zu setzen, angezeigt wird, so soll derselbe für fünf weitere Jahre in Geltung bleiben und so ferner von fünf zu fünf Jahren.

\*) Es ist dies somit eine vertragsmässige Verpflichtung.

Die Auszüge sind nach dem im Anhang abgedruckten Muster dem Grossh. Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen. Verordn. v. 22. Okt. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 496.)

\*\*) Damit ist auch der zwischen Baden und Italien unterm 30. März 1867 (R.-Bl. S. 203) abgeschlossene Auslieferungsvertrag aufgehoben.



## 2) Durchtransport der auf Grund des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrages vom 31. Okt. 1871 Ausgewiesenen durch schweizerisches Gebiet.

Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reiche und Italien einerseits und der Schweiz anderseits vom 25. Juli 1873 (Centr.-Bl. f. d. deutsche Reich 1873 S. 271, Bad. Ges.- u. V.-O.-Bl. 1873 S. 159.)\*)

### Art. 1.

Diejenigen Individuen, welche aus dem Deutschen Reiche nach Italien ausgeliefert werden, sind, nach vorhergegangener Anzeige der schweizerischen Polizei in Basel, Schaffhausen, Romanshorn oder Rorschach zu übergeben. Dieselbe wird ihren Transport übernehmen und sie an die italienische Präfektur in Como oder an die Douane auf dem Berge Splügen oder an die Station der Königl. Carabiniers resp. die Douane in Cannobio abliefern. \*\*)

Umgekehrt sind diejenigen Individuen, welche von Italien an das Deutsche Reich ausgeliefert werden, nach vorhergegangener Anzeige der Grenzpolizei des Kantons Tessin in Chiasso resp. Magedino oder der Grenzpolizei des Kantons Graubünden im Dorfe Splügen zu übergeben. Die schweizerische Polizei wird ihren Transport übernehmen und sie entweder an die deutsche Polizeibehörden

---

\*) Mit dieser Verkündung der Übereinkunft hat das Gr. Minist. d. Gr. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen gleichzeitig unterm 26. August 1873 zur Nachachtung bekannt gemacht:

Für die von Deutschland nach Italien bestimmten Transporte sind nach Massgabe der dem Übereinkommen beigegebenen doppelten Formulare die erforderlichen Transportbefehle in deutscher und französischer Sprache auszufertigen.

Die Ausfertigung der Transportbefehle nach diesen Formularen hat jeweils durch dasjenige Amtsgericht zu geschehen, welches die Ablieferung eines von Deutschland nach Italien auszuliefernden Verbrechers an die schweizerische Behörde vermittelt. Diese letztere ist von der bevorstehenden Ablieferung zu benachrichtigen, sofern dies nicht ausweislich der mit dem Eingelieferten eingehenden Papiere durch eine andere Behörde bereits geschehen ist.

Beim Eintreffen eines aus Italien nach Deutschland bestimmten Transports ist zu prüfen, ob das Verfahren den Vorschriften der Übereinkunft entspricht; ist dies der Fall, so sind die nach Formular B bezeichneten Kosten zur Zahlung anzuweisen und nach Massgabe der diesseitigen Verordnung vom 13. Juni d. J. (Ges.- u. V.-O.-Bl. 1873 S. 67) zu behandeln, auch ist die Weiterbeförderung des Ausgelieferten an die im Transportbefehle bezeichnete Gerichtsbehörde sofort einzuleiten.

Sofern sich Anstände gegen die Übernahme erheben, welche nicht sofort, oder entweder durch telegraphische Korrespondenz mit den betreffenden Behörden oder dem diesseitigen Ministerium gehoben werden können, so ist die Annahme des Transports zu verweigern und gleichzeitig Anzeige hierher zu erstatten.

\*\*) Auf Grund einer zwischen dem Deutschen Reiche und Italien getroffenen Vereinbarung wurde angeordnet, dass die von Grossh. Gerichtsbehörden nach Italien auszuliefernden Verbrecher jeweils nach denjenigen der durch die Übereinkunft v. 25. Juli v. J. festgesetzten Übergangsstationen zu befördern sind, welche von den Königl. italienischen Behörden in jedem einzelnen Falle bezeichnet werden.

Der Transport eines Verbrechers nach Italien ist daher jedesmal bis zum Eintreffen einer Erklärung über die Übergabestation auszusetzen.

Es ist zwar in Aussicht genommen, dass diese Erklärung jeweils mit thunlichster Beschleunigung mitgeteilt werde, sofern jedoch die Bezeichnung der Übergabestation im einzelnen Falle nicht rechtzeitig erfolgt und zu besorgen ist, dass infolge dessen die Ablieferung eines Verbrechers verzögert werde, so ist hiervon und wenn nötig auf telegraphischem Wege hierher Anzeige zu erstatten. Gr. Minist. d. Gr. Hauses v. 19. Nov. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 588.)



in St. Ludwig, Friedrichshafen resp. Lindau oder an die Gerichtsbehörden (Amtsgerichte) in Lörrach, Waldshut resp. Konstanz abliefern.

Indes soll es sowohl der Regierung, welche die Auslieferung bewilligt, als derjenigen, welche sie verlangt hat, freistehen, die von dem schweizerischen Beamten transportierten Verbrecher durch einen ihrer Beamten begleiten zu lassen.

Art. 2.

Mit dem auszuliefernden Individuum haben die deutschen resp. italienischen Behörden der schweizerischen Polizei zugleich einen nach dem einen oder andern der angeschlossenen beiden Formulare A \*) ausgefertigten

|                                                   |                                                   |                                                       |                                   |                                                     |  |
|---------------------------------------------------|---------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------------------|--|
| *)                                                |                                                   | Formular A.                                           |                                   | Formulaire A.                                       |  |
|                                                   |                                                   | Deutsches Reich.                                      |                                   | Empire Allemand.                                    |  |
| Staat . . . . .                                   |                                                   | Etat . . . . .                                        |                                   | Etat . . . . .                                      |  |
| Kreis . . . . . Stadt . . . . . Behörde . . . . . |                                                   | Cercle . . . . . Ville . . . . . Autorité . . . . .   |                                   | Cercle . . . . . Ville . . . . . Autorité . . . . . |  |
| Transportbefehl.                                  |                                                   | Ordre de transport.                                   |                                   | Ordre de transport.                                 |  |
| Signalement:                                      |                                                   | Signalement:                                          |                                   | Signalement:                                        |  |
| Alter                                             | Der . . . . .                                     | Age                                                   | Le nommé . . . . .                | Le nommé . . . . .                                  |  |
| Grösse                                            | . . . . . aus . . . . .                           | Taille                                                | de . . . . .                      | de . . . . .                                        |  |
| Statur                                            | welcher von dem Königlich                         | Corpulence                                            | qui est condamné ou accusé        | qui est condamné ou accusé                          |  |
| Gesichtsform                                      | italienischen . . . . . zu . . . . .              | Visage                                                | par le . . . . . du               | par le . . . . . du                                 |  |
| Gesichtsfarbe                                     | wegen des Verbrechens oder                        | Teint                                                 | Royaume d'Italie de . . . . .     | Royaume d'Italie de . . . . .                       |  |
| Haare                                             | Vergehens d . . . . .                             | Cheveux                                               | . . . . . pour (crime ou          | . . . . . pour (crime ou                            |  |
| Stirn                                             | verurteilt oder angeklagt ist,                    | Front                                                 | délit) de . . . . . sera livré    | délit) de . . . . . sera livré                      |  |
| Augenbrauen                                       | soll an die gedachte Behörde                      | Sourcils                                              | à la dite autorité.               | à la dite autorité.                                 |  |
| Augen                                             | abgeliefert werden. Derselbe                      | Yeux                                                  | Les autorités respectives sont    | Les autorités respectives sont                      |  |
| Nase                                              | ist der schweizerischen Polizei                   | Nez                                                   | priées de prendre les mesures     | priées de prendre les mesures                       |  |
| Mund                                              | in . . . . . zu übergeben                         | Bouche                                                | nécessaires pour le transport     | nécessaires pour le transport                       |  |
| Wangen                                            | und von dieser der Königlich                      | Joues                                                 | de cet individu, qui devra être   | de cet individu, qui devra être                     |  |
| Zähne                                             | italienischen . . . . .                           | Dents                                                 | remis à la Police Suisse          | remis à la Police Suisse                            |  |
| Kinn                                              | in . . . . . abzuliefern.                         | Menton                                                | de . . . . . et                   | de . . . . . et                                     |  |
| Bart                                              | Zu diesem Behufe werden                           | Barbe                                                 | livré par celle-ci à la . . . . . | livré par celle-ci à la . . . . .                   |  |
| Besondere Kennzeichen:                            | alle beteiligte Behörden um                       | Signes particuliers:                                  | . . . . . Italienne de . . . . .  | . . . . . Italienne de . . . . .                    |  |
| Kleidung:                                         | die notwendigen Vorkehrungen                      | Vêtements:                                            | . . . . . Départ. de . . . . .    | . . . . . Départ. de . . . . .                      |  |
| Haut rein und von Ungeziefer frei                 | zur Weiterbeförderung dieses Individuums ersucht. |                                                       | le . . . . . 187 .                | le . . . . . 187 .                                  |  |
| Transporteur:                                     | Abgang von . . . . .                              | Exempt de mala                                        | Signature: . . . . .              | Signature: . . . . .                                |  |
| Effekten des Arrestanten:                         | den . . <u>ten</u> . . . . . 187 .                | dies cutanées et de vermine                           |                                   |                                                     |  |
| Besondere Bemerkungen:                            | Unterschrift . . . . .                            | Conduit par l'agent:                                  |                                   |                                                     |  |
|                                                   |                                                   | Effets de l'individu extradé:                         |                                   |                                                     |  |
|                                                   |                                                   | Observations particulières:                           |                                   |                                                     |  |
|                                                   |                                                   | par exemple: précautions spéciales pour le transport. |                                   |                                                     |  |



Transportbefehl zu übergeben. In demselben muss genau das Signalement des Verbrechers, das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen er verurteilt ist oder sich in Untersuchung befindet, die Behörde, an welche er ausgeliefert werden soll, und wenn möglich die Grenzstation, wo die Ablieferung erfolgen soll, angegeben sein.

Wenn die Polizeibehörde der ausliefernden Regierung besondere Vorsichtsmassregeln hinsichtlich des Verhafteten für notwendig erachtet, so soll dies nicht bloss mündlich den schweizerischen Behörden mitgeteilt, sondern durch eine besondere Bemerkung in dem Transportbefehle zu ihrer Kenntnis gebracht werden.

Art. 3.

Alle Kosten für Transport, Unterhalt und Bewachung der auszuliefernden Individuen, sowie die Kosten für das polizeiliche Geleit, für besondere Sicherheitsmassregeln, Telegramme u. s. w. sind sogleich bei der Übergabe des Verhafteten durch den übernehmenden deutschen oder italienischen Beamten an den abliefernden schweizerischen Beamten zu erstatten.

Zu diesem Zwecke hat jede Polizeistelle eine Berechnung der ihr erwachsenden Kosten nach dem einen oder andern der angeschlossenen Formulare B \*) in den Transportbefehl einzutragen, welcher sodann mit dem Auszuliefernden quittiert zu übergeben ist.

Die beteiligten Kantone werden auch ihrerseits sogleich bei der Übergabe der Verbrecher die durch deren Transport verursachten Kosten liquidieren.

Art. 4.

Die Durchführung durch das schweizerische Gebiet soll in keinem Falle gestattet sein für Angehörige der Schweiz, noch für die wegen politischer Handlungen verfolgten Personen, welches auch ihr Heimatsland sei.

Formular B.

L i q u i d a t i o n  
der durch den Transport des . . . . . aus . . . . .  
den schweizerischen Behörden erwachsenen Kosten und Auslagen.

| Gegenstand der Kosten<br>und Auslagen. | Zeit der<br>Bestreitung. | Kostenbeträge. | Empfangsbestätigung. |
|----------------------------------------|--------------------------|----------------|----------------------|
|                                        |                          |                |                      |

Formulaire B.

L i q u i d a t i o n  
des frais et débours occasionnés aux autorités suisses par  
le transport du nommé . . . . . de . . . . .

| Objets des frais et<br>débours. | Epoque du<br>déboursement. | Montant des frais<br>et débours. | Quittance. |
|---------------------------------|----------------------------|----------------------------------|------------|
|                                 |                            |                                  |            |



## Art. 5.

Wenn ein Transportierter an der Grenze von der deutschen oder italienischen Behörde aus irgend einem Grunde nicht angenommen wird, so ist derselbe an diejenige Grenzbehörde zurückzuliefern, von welcher der Transportbefehl übergeben worden ist; und es sind alsdann die Behörden des betreffenden Staates verpflichtet, dieses Individuum den schweizerischen Beamten wieder abzunehmen und denselben alle Kosten für Hin- und Rücktransport zu vergüten.

### 3) Übereinkunft des Grossherzogtums Baden mit Italien über den Vollzug von Ersuchschreiben und Zustellung gerichtlicher Fertigung in bürgerlichen Rechtssachen vom 23. Januar 1868.

Die beiderseitigen Staaten verpflichten sich, Zustellungen, Ladungen und Ersuchschreiben um Vornahme gerichtlicher Handlungen in bürgerlichen Rechtssachen durch ihre Behörden vollziehen zu lassen, soweit die Gesetze des Landes, an dessen Behörden das Ansuchen gestellt wird, nicht entgegenstehen.

Auf Verlangen werden gegenseitig Bescheinigungen über den Vollzug der Zustellungen oder Ladungen mitgeteilt.

Diese Verfügungen und Ersuchschreiben werden auf diplomatischem Wege befördert.

Für die Besorgung der Zustellungen, Ladungen und Ersuchschreiben sollen gegenseitig keine Kosten, seien es Geschäftsgebühren oder Auslagen, berechnet werden.

Bekanntmachung d. Gr. Minist. des Gr. Hauses u. der auswärtigen Angelegenheiten  
v. 11. Febr. 1868 (Reg.-Bl. S. 59).

### 4) Armenrecht.

Das Reichskanzleramt brachte unterm 1. Oktober 1879 zur öffentlichen Kenntnis, dass die nach § 106 der deutschen Civilprozessordnung und nach § 419 der deutschen Strafprozessordnung für Bewilligung des Armenrechts an Italiener erforderliche Gegenseitigkeit durch die italienische Gesetzgebung verbürgt ist.

Reichsges.-Bl. 1879 S. 312.

### 5) Aktiengesellschaften.

Nach einer zwischen Deutschland und Italien getroffenen Vereinbarung sind deutsche Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften, wenn sie nach den im Orte ihres Domizils geltenden Gesetzen errichtet und als zu Recht bestehend zugelassen sind, befugt, innerhalb des Königreichs Italien die ihnen zustehenden Rechte, insbesondere das Recht des Auftretens vor Gericht, auszuüben.

Dabei haben sie sich jedoch den italienischen Gesetzen zu unterwerfen.

Bekanntmachung des Reichskanzleramts (Centr.-Bl. f. d. Deutsche Reich 1873 S. 288)



## 6) Zutritt zu den Gerichten.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche u. Italien v. 4. Mai 1883 (Reichsges.-Bl. S. 109.)

### Art. 3.

Die Deutschen in Italien und die Italiener in Deutschland sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer genießen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

## X. Luxemburg.

### 1) Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg vom 9. März 1876. (Reichsges.-Bl. 1876 S. 223.)

#### Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen derselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgezählten, im Gebiete des ersuchenden Staates begangenen und daselbst strafbaren Handlungen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind und im Gebiete des andern Teils sich aufhalten, nämlich:

1) wegen Totschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindesmordes;

2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;

3) wegen Aussetzung eines Kindes unter 7 Jahren oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hilfloser Lage;

4) wegen Raubs oder Verheimlichung eines Kindes unter 7 Jahren, wegen Entführung, Unterdrückung, Verwechselung und Unterschiebung eines Kindes;

5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;

6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;

7) wegen Eindringens in eine fremde Wohnung, insofern sich eine Privatperson desselben schuldig macht und die Handlung nach der Gesetzgebung beider Teile strafbar ist;

8) wegen Bedrohung eines andern mit einem als Verbrechen strafbaren Angriffe auf die Person oder das Eigentum;

9) wegen unbefugter Bildung einer Bande in der Absicht, Personen oder Eigentum anzugreifen;

10) wegen mehrfacher Ehe;

11) wegen Notzucht;

12) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder unter Drohungen in den durch die Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedrohten Fällen;



13) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder andern Geschlechts unter 14 Jahren, sowie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzuchtiger Handlungen;

14) wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts;

15) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Organs oder eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge hat;

16) wegen Diebstahls, Raubs und Erpressung;

17) wegen Unterschlagung und Untreue in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht sind;

18) wegen Betrugs in denjenigen Fällen, in welchen derselbe nach der Gesetzgebung beider Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist;

19) wegen betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;

20) wegen Meineids;

21) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedroht sind;

22) wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

23) wegen Fälschung von Urkunden, telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

24) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

25) wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Siegeln oder Marken, in der Absicht, sie als echte zu verwenden und wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Siegel oder Marken;

26) wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld;

27) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

28) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;



29) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamter;  
 30) wegen Bestechung öffentlicher Beamter zum Zweck einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

31) wegen folgender strafbarer Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes;

vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes;

Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehr denn einem Dritteile der Schiffsmannschaft verübt ist;

32) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger, gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;

33) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, öffentlichen Denkmälern oder öffentlich ausgestellten Kunstgegenständen, von baulichen Anlagen, Lebensmitteln, Waren oder andern beweglichen Sachen, von Feldfrüchten, Pflanzen aller Art, Bäumen oder Pfropfreisern, von landwirtschaftlichen Gerätschaften, von Haus- oder andern Tieren, in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;

34) wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eines der im gegenwärtigen Verträge vorgesehenen Verbrechen oder Vergehen erlangt worden sind, wofern diese Handlung nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Teile strafbar ist.

Es kann indessen, wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebietes des ersuchenden Teils begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben, ausserhalb seines Gebietes begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

## Art. 2.

Die Auslieferung soll auch wegen Versuchs einer der im Artikel 1 strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

## Art. 3.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die Luxemburgische Regierung und vonseiten dieser kein Luxemburger an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert werden.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Luxemburger,



so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Luxemburg, die seitens der luxemburgischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden, oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Luxemburg, oder wenn die seitens der luxemburgischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeten Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

#### Art. 5.

Wenn eine reklamierte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Teile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

#### Art. 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags finden auf solche Personen, die sich irgend eines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen eines der in Artikel 1 und 2 aufgeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Vergehen, noch als mit einem solchen in Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlags, des Mordes oder Giftmordes bildet.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten Handlung des Strafrichters oder der erfolgten



Verurteilung nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 8.

Die Auslieferung einer Person, welche einer der in Art. 1 und 2 aufgeführten strafbaren Handlungen beschuldigt ist, soll bewilligt werden auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses oder auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts auf Versetzung in den Anklagestand oder Eröffnung der Untersuchung oder auf Grund einer von dem zuständigen Richter erlassenen Verfügung, in welcher die Verweisung des Beschuldigten vor den erkennenden Richter ausdrücklich angeordnet wird, oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines andern Akts mit gleicher Wirkung, welcher von der zuständigen Behörde erlassen ist und die bestimmte Angabe der verfolgten That und des auf sie anwendbaren Gesetzes enthält, insofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt.

Die Anträge auf Auslieferung erfolgen im diplomatischen Wege. Der Schriftwechsel und die Verhandlungen können jedoch unmittelbar zwischen der bei der Auslieferung beteiligten Regierung des Deutschen Reichs und dem Grossherzogtum Luxemburg stattfinden.

#### Art. 9.

Der wegen einer der in Art. 1 und 2 aufgezählten strafbaren Handlungen Verfolgte oder Verurteilte darf in dringenden Fällen, insbesondere wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, vorläufig festgenommen werden gegen Beibringung eines Haftbefehls, welcher von dem Untersuchungsrichter desjenigen Ortes, an dem der Verfolgte betroffen werden kann, erlassen ist. Dies geschieht auf Grund einer von der zuständigen Behörde desjenigen Staates, welcher die Auslieferung begehrt, direkt gemachten amtlichen Mitteilung, dass ein Strafurteil, Beschluss auf Versetzung in den Anklagestand oder ein Haftbefehl gegen den Verfolgten vorhanden ist.

Diese Mitteilung kann in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege erfolgen. Hat hiernach eine vorläufige Festnahme stattgefunden, so muss der vorläufig Festgenommene wieder auf freien Fuss gesetzt werden, wenn ihm nicht binnen fünfzehn Tagen nach seiner Verhaftung eine der im Artikel 8 des gegenwärtigen Vertrages erwähnten Urkunden zugestellt wird.

Die gedachte Frist soll drei Wochen betragen, wenn die Auslieferung namens eines zum Deutschen Reiche gehörigen Staates, welcher nicht an Luxemburg grenzt, oder namens Luxemburgs bei einem solchen Staate beantragt wird.

#### Art. 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitze des Auszuliefernden finden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung der-



selben angeordnet hat, dem ersuchenden Staate übergeben werden und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung von Personen, welche an den einen Teil auszuliefern sind, durch das Landesgebiet des andern Teils auf Grund einfacher Beibringung der im Art. 8 dieses Vertrages bezeichneten gerichtlichen Dokumente in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, welche zu dem Auslieferungsantrage Anlass giebt, im gegenwärtigen Vertrage vorgesehen ist und nicht etwa unter die Bestimmungen der Art. 6 und 7 desselben fällt.

#### Art. 12.

Die vertragenden Teile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden und seinem Transporte bis zur Grenze erwachsen, willigen vielmehr gegenseitig darin, diese Kosten selbst zu tragen.

#### Art. 13.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen oder Vergehen gehören, einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche sich im Gebiete des andern Teils aufhalten oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstand hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist, oder wenn es sich um rein fiskalische Vergehen handelt.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

#### Art. 14.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstand hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen notwendig ist, so wird die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge sich aufhält, ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten. Leistet er Folge, so werden ihm die Kosten der Reise und des Aufenthaltes nach den Tarifsätzen und den Reglements des Landes, wo die Vernehmung stattfinden



soll, bewilligt, auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnorts der Gesamtbetrag oder ein Teil der Reisekosten vorgeschossen werden. Diese Kosten werden demnächst von der bei der Vernehmung interessierten Regierung zurückerstattet.

In keinem Fall darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung, in welcher er als Zeuge erscheinen soll, bilden, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

#### Art. 15.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstand hat, die Mitteilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden des andern Landes sind oder die Konfrontation der Angeschuldigten mit im andern Lande verhafteten Schuldigen für notwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem Wege gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass so bald als möglich die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt und die Verhafteten zurückgeliefert werden.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung der Beweisstücke und Urkunden und aus dem Transport der oben erwähnten Personen bis zur Grenze entstehen.

#### Art. 16.

Die vertragenden Teile machen sich verbindlich, sich gegenseitig die Strafurteile wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichten des einen Landes gegen Angehörige des anderen Landes ergehen. Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen und zwar durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils\*) an die Regierung desjenigen Staates, welchem der Verurteilte angehört.

#### Art. 17.

Der gegenwärtige Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der vertragenden Teile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten.

Von diesem Zeitpunkte ab verliert der für Elsass-Lothringen und Luxemburg unter dem 3. Juli 1872 abgeschlossene Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung flüchtiger Verbrecher, sowie der zwischen Preussen und Luxemburg bestehende Auslieferungsvertrag vom 11. März 1844 seine Gültigkeit.

---

\*) Das Muster der Auszüge ist im Anhang abgedruckt.



## 2) Armenrecht.

Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg vom 12. Juni 1879.  
(Reichsges.-Bl. S. 318.)

Deutsche werden in Luxemburg und Luxemburger werden in Deutschland unter denselben Bedingungen und gesetzlichen Voraussetzungen zum Armenrechte zugelassen wie die Angehörigen des betreffenden Landes, in welchem der Prozess anhängig ist.

Das Armutszeugnis ist dem Ausländer, welcher zum Armenrecht zugelassen werden will, in allen Fällen von der Behörde seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes auszustellen.

Hält der Ausländer sich nicht in dem Lande auf, in welchem er das Armenrecht nachsucht, so muss das Armutszeugnis von einem diplomatischen Agenten desjenigen Landes, in dessen Gebiet das Zeugnis vorgelegt werden soll, beglaubigt werden.

Hält er sich dagegen in dem Lande auf, in welchem er seinen Antrag stellt, so können ausserdem noch bei den Behörden seines Heimatlandes Erkundigungen über ihn eingezogen werden.

Sind Deutsche in Luxemburg oder Luxemburger in Deutschland zum Armenrechte verstattet, so sind sie hiermit von Rechts wegen noch von jeder Sicherheitsleistung oder Hinterlegung befreit, welche unter irgend einer Benennung von Ausländern wegen ihrer Eigenschaft als solche bei Prozessen gegen Inländer nach der Gesetzgebung des Landes, in welchem der Prozess geführt wird, gefordert werden könnte.

Die gegenwärtige Erklärung tritt hinsichtlich Preussens und Luxemburgs an Stelle der am 21. August 1822 im Haag unterzeichneten Deklaration und hinsichtlich des Grossherzogtums Hessen und Luxemburgs an Stelle der am 9. März 1826 im Haag unterzeichneten Erklärung.

## XI. Mexiko.

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Mexiko v. 5. Dezember 1882 (Reichsges.-Bl. 1883 S. 247.)\*)

### Art. 13.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Teile sollen in dem Gebiete des andern Teils für ihre Person und für ihre Güter denselben Schutz und dieselben Rechte geniessen, welche die Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden. Sie sollen freien und leichten Zutritt bei Gericht haben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte und Interessen, und sollen überhaupt in allen Angelegenheiten der Rechtspflege gleiche Rechte und Rechtsmittel und gleiche Verpflichtungen haben wie die Landesangehörigen.

---

\*) Der zwischen Deutschland und Mexiko unterm 28. August 1869 abgeschlossene Freundschafts- und Handelsvertrag ist infolge Kündigung vonseiten Mexikos mit dem 31. Dezember 1882 ausser Wirksamkeit getreten. (Centr.-Bl. f. d. Deutsche Reich 1882 S. 341.)



## XII. Niederlande.

### 1) Auslieferungsvertrag zwischen Baden und den Niederlanden vom 8. Nov. 1864. (R.-Bl. 1865 S. 25.)\*)

#### Art. 1.

Die Grossh. badische und die Königl. niederländische Regierung übernehmen die Verbindlichkeit, sich gegenseitig in den durch die nachfolgenden Artikel bezeichneten Fällen und nach den dort vorgeschriebenen Formen, mit Ausnahme ihrer eigenen Staatsangehörigen, diejenigen Personen, welche wegen eines der im Artikel 2 genannten Verbrechen oder Vergehen verurteilt, in Anklagestand versetzt oder in Untersuchung gezogen sind, jedoch nur auf Grund eines Erkenntnisses, Urteils oder Verhaftsbefehls der Gerichte des Landes, dessen Gesetze durch die That verletzt sind, auszuliefern. Unter der Bezeichnung „Staatsangehörige“ sind bei Anwendung dieser Übereinkunft diejenigen Fremden begriffen, welche nach den Gesetzen des Landes, von welchem die Auslieferung verlangt wird, dessen Staatsangehörigen gleichgestellt sind, sowie diejenigen Fremden, welche sich im Lande niedergelassen haben und mit einer Eingeborenen desselben verheiratet sind oder waren, von welcher sie ein oder mehrere im Lande geborene Kinder haben.

Diejenigen strafrechtlich verurteilten oder verfolgten Individuen, welche keinem der beiden Staaten angehören, werden der die Auslieferung nachsuchenden Regierung nur übergeben, wenn der Staat, dessen Angehörige sie sind, nach Benachrichtigung von den Auslieferungsgesuchen durch die Regierung, an welche sie gerichtet sind, sich der Auslieferung nicht widersetzt haben wird.

#### Art. 2.

Die Auslieferung soll nur statthaben in den Fällen der Verurteilung, Versetzung in den Anklagestand oder gerichtlichen Verfolgung wegen eines der folgenden Verbrechen oder Vergehen, sofern dasselbe ausserhalb des Gebietes des um die Auslieferung ersuchten Teils begangen worden ist:

- 1) Mord, Vergiftung, Verwandtenmord, Kindermord, Tötung, Notzucht;
- 2) Brandstiftung;
- 3) Schriftfälschung, mit Inbegriff der Fälschung von Bankzetteln, Papiergeld und öffentlichen Wertpapieren;
- 4) Münzfälschung durch Fertigung falscher oder Verfälschung echter Münzen und wissentlicher Verausgabung falscher Münzen;
- 5) Meineid und falsches Zeugnis;
- 6) Raub, Diebstahl unter erschwerenden Umständen, Betrug, Erpressung, Bestechung öffentlicher Beamten, Unterschlagung oder Veruntreuung vonseiten öffentlicher Hinterlegungs- oder Rechnungsbeamten;
- 7) Boshafte Zahlungsflüchtigkeit.

---

\*) Dadurch ist der frühere Auslieferungsvertrag zwischen Baden und den Niederlanden v. 8. Mai 1847 aufgehoben. — S. Artikel 14.



## Art. 3.

Die Auslieferung findet nicht statt:

1) wenn das desfallsige Ersuchen auf dasselbe Verbrechen oder Vergehen gegründet wird, wegen dessen der Auszuliefernde in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, gerichtlich verfolgt wurde oder noch verfolgt wird;

2) wenn nach den Gesetzen des um die Auslieferung ersuchten Landes die gerichtliche Verfolgung des Verbrechens oder die deshalb erkannte Strafe verjährt ist.

## Art. 4.

Wenn der Auszuliefernde wegen eines andern gegen die Gesetze des um die Auslieferung ersuchten Staates begangenen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung gezogen oder verhaftet ist, so soll seine Auslieferung verschoben werden, bis er freigesprochen oder das Verfahren gegen ihn eingestellt wird oder bis er seine Strafe erstanden hat. Wenn er sich wegen einer dem Auslieferungsersuchen vorhergegangenen Verurteilung in Schuldhaft befindet, so soll die Auslieferung gleichfalls bis zu seiner Freilassung ausgesetzt werden.

## Art. 5.

Die politischen Verbrechen oder Vergehen sind von gegenwärtiger Übereinkunft ausgeschlossen. Es wird ausdrücklich verabredet, dass das Individuum, dessen Auslieferung zugestanden worden ist, in keinem Falle wegen irgend eines der Auslieferung vorhergegangenen politischen Vergehens, noch auch wegen irgend einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung soll verfolgt oder bestraft werden können.

## Art. 6.

Das Auslieferungsbegehren wird auf diplomatischem Wege gestellt und demselben wird nur stattgegeben auf Vorlage der Urschrift oder einer förmlichen Ausfertigung des Strafurteils, des Verweisungserkenntnisses oder des in den Formen der Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Landes ausgefertigten Verhaftsbefehls, welcher das betreffende Verbrechen oder Vergehen und die darauf in Anwendung kommende Strafbestimmung bezeichnet. \*)

---

\*) Das Ministerium des Gr. Hauses und der Justiz hat unterm 11. Februar 1880 Nr. 1953 auf die genaue Nachachtung der in Art. 6 und 7 gegebenen Vorschriften aufmerksam gemacht, wonach Auslieferungsbegehren sowohl als auch Gesuche um einstweilige Festnahme auf diplomatischem Wege mittelst entsprechenden an Gr. Staatsministerium zu erstattenden Berichts zu stellen, direkte an die Königl. niederländischen Behörden gerichtete Gesuche dagegen unzulässig sind.

Den Berichten an Gr. Staatsministerium sind im Falle eines Auslieferungsbegehrens die vertragsmässig vorgeschriebenen Belege, im Falle des Gesuchs um vorläufige Festnahme die zur Habhaftwerdung des Verfolgten dienlichen Angaben, das ihm zur Last gelegte Verbrechen oder Vergehen nach der Terminologie des Auslieferungsvertrags (Art. 2) und wenn thunlich ein Personenbeschrieb beizufügen.

Zufolge eines Erlasses des Reichskanzleramtes vom 15. Nov. 1879 ist jedoch in besonders dringenden Fällen, in welchen es sich um die unverweilte vorläufige Festnahme flüchtiger Verbrecher (Art. 7) handelt, den Behörden ausnahmsweise gestattet, sich direkt, geeigneten Falls telegraphisch, mit entsprechendem Antrage an die Kaiserliche Gesandtschaft im Haag



## Art. 7.

Die beiden vertragschliessenden Regierungen können übrigens selbst vor Zustellung des Verhaftsbefehls die unmittelbare und einstweilige Verhaftung des Fremden, dessen Auslieferung begehrt ist, verlangen.

Diese einstweilige Verhaftung, welche jedoch von dem freien Ermessen abhängt, findet in den Formen und nach den Bestimmungen der Gesetzgebung des Landes statt, in welchem sie bewirkt wird.

Der Fremde wird wieder in Freiheit gesetzt, wenn binnen 14 Tagen nach erfolgter Verhaftung der förmliche Verhaftsbefehl ihm nicht eröffnet ist.

## Art. 8.

Die im Besitze des auszuliefernden Individuums vorgefundenen Gegenstände werden, wenn die zuständige Behörde des ersuchten Staates, deren Rückgabe verfügt hat, bei der Auslieferung übergeben.

## Art. 9.

Wenn im Verlaufe eines Strafverfahrens eine der beiden Regierungen die Abhör von Zeugen, welche in dem andern Staate ihren Wohnsitz haben, für geboten erachtet, so wird zu diesem Zwecke ein Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege befördert, welchem unter Beobachtung der Gesetze des Landes, in welchem die Zeugen zum Erscheinen vorgeladen werden, Folge gegeben wird.

Jedes eine Zeugeneinvernahme bezweckende Ersuchschreiben soll von einer französischen Übersetzung begleitet sein.

## Art. 10.

Wenn in einer Strafsache das persönliche Erscheinen eines Zeugen in dem andern Staate nötig ist oder gewünscht wird, so wird ihn seine Regierung veranlassen, der an ihn ergangenen Ladung Folge zu leisten. Im Falle seiner Einwilligung erhält er die in der Gebührenordnung des Staates, in welchem die Einvernahme stattfinden soll, festgesetzte Vergütung für Reise- und Aufenthaltskosten.

## Art. 11.

Wird in einer Strafsache die Gegenüberstellung von Verbrechern, welche in dem andern Staate verhaftet sind, oder die Mitteilung von Überführungsstücken oder Urkunden, welche sich im Besitze der Behörden des andern Landes befinden, für zweckmässig oder geboten erachtet, so wird dem deshalb auf diplomatischem Wege zu stellenden Ersuchen, insoweit nicht besondere Gründe entgegenstehen und unter der Bedingung der Zurücklieferung der Verbrecher und der mitgeteilten Gegenstände, Folge gegeben werden.

---

zu wenden, worauf aber sofort im übrigen die diplomatische Vermittlung des Gr. Staatsministeriums nachgesucht werden soll.

Über direkte, seitens der Königl. niederländischen Behörden gestellte Gesuche um vorläufige Festnahme und beziehungsweise Auslieferung ist andererseits gleichmässig zu verfahren und demgemäss vor dem Vollzug, geeigneten Falls telegraphisch, an das Gr. Staatsministerium zu berichten.



## Art. 12.

Jede der beiden Regierungen verzichtet auf alle Ansprüche wegen Ersatzes der Unterhaltungs-, Verbringungs- und andern Kosten, welche innerhalb der Grenzen ihres Gebietes durch die Auslieferung von Angeschuldigten oder Verurteilten sowie durch die Erledigung von Ersuchschreiben, durch die Zusage und Zurückerstattung von gegenüberzustellenden Verbrechen und durch die Übermittlung und Rückstellung von Überführungsstücken und Urkunden erwachsen können.

Die Kosten der Verbringung und der Verpflegung von Angeschuldigten oder Verurteilten durch das Gebiet der dazwischen liegenden Länder fallen demjenigen Staate zur Last, welcher die Auslieferung verlangt hat.

## Art. 13.

Durch die vorstehenden Bestimmungen wird gegenseitig die Anwendung der in beiden Ländern über den Gang der Auslieferung bestehenden oder zu erlassenden Vorschriften zugestanden.

## Art. 14.

Die gegenwärtige Übereinkunft tritt erst zwanzig Tage nach ihrer in den durch die Gesetzgebung beider Staaten vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Wirksamkeit. Mit dem Eintritt ihres Vollzugs tritt der zwischen beiden Regierungen im Haag unterm 8. Mai 1847 abgeschlossene Auslieferungsvertrag ausser Kraft und wird durch vorliegende Übereinkunft ersetzt, welche ihre Wirkung bis sechs Monate nach erfolgter Aufkündigung einer der beiden Regierungen behält.

## 2) Revidierte Rheinschiffahrtsakte.

Staatsvertrag zwischen Baden, Bayern, Frankreich, Hessen, Preussen und den Niederlanden vom 17. Okt. 1868 (Ges.- u. V.-O.-Bl. 1869 S. 184).

Die Art. 33—40 enthalten folgende hier einschlagende Bestimmungen:

## Art. 33.

Behufs gerichtlicher Verhandlung der im Art. 34 erwähnten Gegenstände sollen in geeigneten am Rhein oder in dessen Nähe belegenen Orten Rheinschiffahrtsgerichte bestehen. \*)

Die Uferregierungen werden sich von den in ihren Gebieten vorhandenen Rheinschiffahrtsgerichten und von den Veränderungen in Kenntnis setzen, welche rücksichtlich der Zahl, des Orts und des Sprengels derselben eintreten.

---

\*) Dieselben sind als auf Staatsverträgen beruhende besondere Gerichte ausdrücklich zugelassen. § 14 Ziff. 1 d. Gerichtsverfassungsgesetzes.

Rheinschiffahrtsgerichte erster Instanz (Art. 33—36) sind in Baden diejenigen Amtsgerichte, deren Bezirke an den Rhein grenzen. § 1 d. V.-O. v. 24. Juni 1879 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 313.)



## Art. 34.

Die Rheinschiffahrtsgerichte sind kompetent:

I. in Strafsachen zur Untersuchung und Bestrafung aller Zuwiderhandlungen gegen die schiffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften.

II. in Civilsachen zur Entscheidung im summarischen Prozessverfahren über Klagen:

a) wegen Zahlung der Lotsen-, Krahn-, Wage-, Hafen- und Bohlwerksgebühren und ihres Betrages;

b) wegen der von Privatpersonen vorgenommenen Hemmung des Leinpfades;

c) wegen der Beschädigungen, welche Schiffer und Flösser während ihrer Fahrt oder beim Anlanden andern verursacht haben;

d) wegen der den Eigentümern der Zugpferde beim Heraufziehen der Schiffe zur Last gelegten Beschädigungen am Grundeigentum.

## Art. 35.

In Strafsachen (Art. 34 I) ist dasjenige Rheinschiffahrtsgericht kompetent, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist; in Civilsachen dasjenige, in dessen Bezirk die Zahlung stattfinden musste (Art. 34 IIa) bzw. der Schaden zugefügt wurde. (Art. 34, II b, c, d.)

## Art. 36.

Das Verfahren bei den Rheinschiffahrtsgerichten soll ein möglichst einfaches und beschleunigtes sein. \*) — Prozesskautionen dürfen von Ausländern ihrer Nationalität wegen nicht erhoben werden.

In das Urteil sind jederzeit die Thatsachen, welche das Verfahren herbeigeführt haben, die Fragen, worauf es nach den Verhandlungen ankam, und die Entscheidungsgründe aufzunehmen.

Übrigens darf kein Schiffsführer oder Flösser wegen einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung an der Fortsetzung seiner Reise verhindert werden, sobald er die von dem Richter für den Gegenstand der Untersuchung festgesetzte Kaution geleistet hat.

## Art. 37.

Beträgt der Gegenstand der an das Gericht gestellten Anträge mehr als 50 Franken, so kann gegen das Urteil erster Instanz bei der Centralkommission (Art. 43) \*\*) oder bei dem Obergericht des Landes (Art. 38), in welchem das Urteil ergangen ist, Berufung eingelegt werden. \*\*\*)

\*) Das Verfahren richtet sich nach den Vorschriften der Gerichtsverfassung und der Prozessordnungen, soweit sich nicht aus der Rheinschiffahrtsakte Abweichungen ergeben. § 2 d. allg. V.-O.

\*\*) Dieselbe besteht aus den Bevollmächtigten der Uferregierungen und hat ihren Sitz in Mannheim. Sie tritt regelmässig im Monat August zusammen. Ausserordentliche Sitzungen finden statt, sobald eine der Uferregierungen darauf anträgt. Für die Leitung der Verhandlungen wird durch das Los ein Vorsitzender bestimmt. Demselben steht jedoch nur das einzige Vorrecht zu, dass bei Entscheidung in Appellationssachen im Falle der Stimmengleichheit seine Stimme den Ausschlag giebt.

\*\*\*) S. Art. 38.



Soll die Berufung bei der Centralkommission angebracht werden, so ist sie unter summarischer Angabe der Beschwerden und mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass die Entscheidung der Centralkommission verlangt werde, binnen 10 Tagen nach der in Gemässheit der Landesgesetze erfolgten Insinuation des Urteils erster Instanz, dem Gerichte, welches entschieden hat, anzumelden und der Gegenpartei in dem von ihr in erster Instanz erwählten Domizile oder in dessen Ermangelung gleichfalls dem Gerichte zuzustellen. In welcher Weise die Anmeldung bei dem Gerichte und die Zustellung zu erfolgen hat, bleibt der Bestimmung der Landesgesetzgebung überlassen.

Innerhalb 4 Wochen nach erfolgter Anmeldung hat der Appellant sodann die schriftliche Rechtfertigung der Appellation dem Gericht zu übergeben, welches solche dem Appellaten binnen einer ihm zu bestimmenden präklusivischen Frist zur Beantwortung zufertigt und die geschlossenen Akten an die Centralkommission in Mannheim einzusenden hat. Werden von dem Appellanten die in diesem Artikel vorgeschriebenen Formen nicht beobachtet, so wird die Appellation für nicht angebracht erachtet.

In dem Falle der Berufung an die Centralkommission kann das Gericht auf Verlangen der Gegenpartei das Urteil erster Instanz provisorisch vollstrecken bzw. vollstreckbar erklären, wobei es nach Massgabe der Landesgesetze zu bestimmen hat, ob zuvor von dem Antragsteller Kautionsleistung zu leisten sei.

#### Art. 38.

Jede Uferregierung bestimmt für ein und allemal das Obergericht,<sup>\*)</sup> bei welchem die Berufungen gegen die in ihrem Gebiete von den Rheinschiffahrtsgerichten erster Instanz gefällten Urteile angebracht werden können. Das Obergericht muss seinen Sitz in einer Stadt haben, welche am Rhein oder doch nicht allzuweit von demselben gelegen ist.

Wird die Berufung bei diesem Gerichte eingelegt, so finden die für das Verfahren in Appellationssachen geltenden Landesgesetze Anwendung.

#### Art. 39.

Bei dem richterlichen Verfahren in Rheinschiffahrtsangelegenheiten findet weder der Gebrauch von Stempelpapier noch die Anwendung von Sporteltaxen für die Richter und Gerichtsschreiber statt; die Parteien haben keine andern Kosten, als diejenigen zu tragen, welche durch Zeugen und Sachverständige und deren Vorladung, durch Insinuationen, Porto u. s. w. veranlasst und nach der für andere Streitsachen bestehenden Taxordnung erhoben werden.

#### Art. 40.

Erkenntnisse und Beschlüsse der Rheinschiffahrtsgerichte eines Uferstaates sollen in jedem andern Rheinuferstaate unter Beobachtung der in demselben vorgeschriebenen Formen vollstreckbar sein.

---

<sup>\*)</sup> d. i. für Baden das Landgericht Mannheim.

Die staatsanwaltlichen Geschäfte bei den Rheinschiffahrtsgerichten liegen den bei denselben bestellten Staatsanwaltschaften ob. § 1 der allg. V.-O.



In Bezug auf die Zustellung sollen sowohl die gedachten Erkenntnisse und Beschlüsse als Vorladungen und alle sonstigen Verfügungen in den Rheinschiffahrtsgerichten anhängigen Sachen in allen Uferstaaten so angesehen werden, als wenn sie von einer Behörde des eigenen Staates erlassen seien. \*)

Vorladungen und Zustellungen an Personen, welche in einem der Rheinuferstaaten einen bekannten Wohnsitz haben, müssen im letztern bewirkt werden.

### XIII. Österreich-Ungarn.

#### 1) Auslieferung von Verbrechern.

Beschluss der Deutschen Bundesversammlung v. 26. Jan. 1854 (R.-Bl. S. 58).\*\*)

##### Art. I.

Unter Vorbehalt fortdauernder Wirksamkeit der durch den Bundesbeschluss vom 18. August 1836 bezüglich der Auslieferung politischer Verbrecher getroffenen Anordnungen, für deren Ausführung die folgenden Artikel gleichfalls in Anwendung zu bringen sind, verpflichten sich die Bundesstaaten gegenseitig, Individuen, welche wegen anderer Verbrechen oder Vergehen (ausschliesslich der Abgabendefraudationen und der Übertretung von Polizei- und Finanzgesetzen) von einem Gerichte desjenigen Staates, in welchem oder gegen welchen das Verbrechen oder Vergehen begangen worden, verurteilt oder in Angeklagestand versetzt sind oder gegen die ein gerichtlicher Verhaftsbefehl dort erlassen ist, diesem Staate auszuliefern, vorausgesetzt, dass nach den Gesetzen des requirierten Landes die veranlassende strafbare Handlung gleichfalls als Verbrechen oder Vergehen anzusehen und die Strafe noch nicht verjährt ist.

Ausnahmen treten nur ein,

1) wenn das betreffende Individuum ein Unterthan des um die Auslieferung angegangenen Staates ist;

2) wenn wegen derselben strafbaren Handlung, welche den Auslieferungsantrag veranlasst hat, die Kompetenz der Gerichte des um die Auslieferung angegangenen Staates nach den Gesetzen desselben begründet ist;

3) wenn der Auszuliefernde in dem um die Auslieferung angegangenen Staate wegen anderer Handlungen einer Untersuchung oder Straftaft oder

---

\*) Daraus folgt, dass in der Rheinschiffahrtsangelegenheit auch mit den niederländischen Rheinschiffahrtsgerichten ein unmittelbarer Verkehr stattfindet

Vergl. F. Ziff. 32 der im Anhange abgedruckten bad. Verordn. v. 15. Febr. 1888.

\*\*) Dieser Beschluss der Deutschen Bundesversammlung wegen gegenseitiger Auslieferung gemeiner Verbrecher auf dem deutschen Bundesgebiete wurde durch eine Übereinkunft zwischen der badischen und österreichischen Regierung auch auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Kronlande des österreichischen Kaisertums ausgedehnt.

Bekanntmachung vom 11. Nov. 1854 (R.-Bl. S. 426).

Dieser Bundesbeschluss hat auch nach Auflösung des Deutschen Bundes doch immer noch die rechtliche Bedeutung einer internationalen Vereinbarung.

Nach einer weitem Vereinbarung dieser beiden Staaten soll diese Übereinkunft auch auf politische Verbrecher Anwendung finden. Bekanntmachung vom 10. März 1855 (R.-Bl. S. 78).



wegen Schulden oder sonstiger civilrechtlicher Verbindlichkeiten einem Arreste unterliegt.

#### Art. II.

Im Falle des Art. I Ziff. 3 hat die Auslieferung erst nach erfolgter Freisprechung oder erstandener Strafe bezw. nach aufgehobenem Arreste platzzugreifen.

#### Art. III.

Mit der Person sind alle Gegenstände, welche sich in deren Besitz befinden, wie auch andere, die zum Beweise der strafbaren Handlung dienen können, zu übergeben.

#### Art. IV.

Die Auslieferung erfolgt auf Ansuchen der zuständigen Gerichtsbehörde oder, wenn es sich um die Ergreifung eines entwichenen Strafgefangenen handelt, der Verwaltungsbehörde der betreffenden Strafanstalt, an die Justiz- oder Polizeibehörde des Bezirks, in welchem sich der Angeschuldigte befindet.

In dem Ansuchen ist das Verbrechen oder Vergehen, dessen das betreffende Individuum beschuldigt wird oder wegen dessen dasselbe verurteilt worden, sowie die Zeit der verübten strafbaren Handlung, im letztern Falle unter Bezeichnung des Gerichtes, welches die Verurteilung ausgesprochen hat, und des wesentlichen Inhaltes des Erkenntnisses anzugeben.

Die um die Auslieferung angegangene Behörde hat sofort die nach den Landesgesetzen erforderlichen Einleitungen zur Erwirkung der Prüfung und Bescheidung des Antrags zu treffen und es wird sodann die zugestandene Auslieferung an dem der Verhaftung zunächst liegenden Grenzorte, an dem sich eine zur Übernahme geeignete Behörde befindet, vollzogen.

#### Art. V.

Ist die Auslieferung von mehreren Staaten nachgesucht worden, so erfolgt dieselbe an den Staat, welcher das desfallsige Ansuchen zuerst gestellt hat.

#### Art. VI.

Die Kosten der Ergreifung und die des Unterhalts des verhafteten Individuums, wie der mitzuübergabenden Gegenstände werden dem ausliefernden Staate von dem Tage der Verhaftung an, in den Art. I, 3 erwähnten Fällen aber vom Tage der Freisprechung oder beendigten Straf- oder Arresthaft an bis einschliesslich dem der Auslieferung, unmittelbar nach erfolgter Übersendung der Kostenspezifikation an das die Auslieferung nachsuchende Gericht, durch letzteres erstattet.

#### Art. VII.

Der Transport solcher aus deutschen Bundesstaaten oder auch aus andern Ländern auszuliefernden Individuen wird in jenen Bundesstaaten, welche sie als Zwischengebiet berühren, unbehindert gestattet werden; übrigens unterliegt diese Verbindlichkeit zur Durchlieferung denselben Ausnahmen und Beschränkungen, welche in Art. I. Ziff. 1 bis 3 inkl. für die Verpflichtung zur Auslieferung festgesetzt sind.



## Art. VIII.

Die Verhafteten und die mit zu übergebenden Gegenstände werden auf dem Wege nach dem Bundesstaate, an welchen die Auslieferung erfolgt, ebenso gepflegt und behandelt, und es wird in gleichem Masse Vergütung hiefür geleistet, wie dies für die eigenen Unterthanen in denjenigen Staaten vorgeschrieben ist, von welchen die Auslieferung vollzogen wird oder durch welche der Transport führt.

## Art. IX.

Von der ausliefernden Behörde ist ein Transportausweis auszufertigen und mit dem Verhafteten zu übergeben. Diejenigen Staaten, durch welche der Transport führt, haben die auf ihrem Gebiete erwachsenden Kosten vorschussweise zu bezahlen, dieselben auf dem Transportausweise quittieren zu lassen und so dem nächstfolgenden Staate in Anrechnung zu bringen, welcher letztere bei der Auslieferung an die requirierende Behörde durch diese den vollen Ersatz erhält. etc. etc.

## 2) Vereinbarung zwischen der Grossh. badischen und k. k. österreichischen Regierung, die Vollstreckung der von österreichischen Gerichten in Civilrechtssachen gefällten Urteile betr.\*)

Bekanntmachung des Grossh. Justizminist. v. 26. Juni 1856 (R.-Bl. S. 224.)

Rechtskräftige Urteile, welche von den kompetenten k. k. österreichischen Gerichten in Civilrechtsfällen gefällt wurden, sind auf Ansuchen des urteilenden Richters von den Grossh. Gerichten in Vollzug zu setzen.\*\*)

Die Frage, ob das k. k. österreichische Gericht, dessen Urteil zum Vollzug gebracht werden soll, zur Entscheidung kompetent war, ist nach der k. k. österreichischen Gesetzgebung zu beurteilen und in der Regel keiner nochmaligen Prüfung zu unterziehen, sondern die Erklärung, welche das requirierende Gericht in dieser Beziehung ausdrücklich oder stillschweigend gegeben hat, als massgebend anzusehen.

Sollten sich jedoch gegen diese Erklärung erhebliche Zweifel aufdringen oder von der Partei, gegen welche das Urteil zum Vollzug kommen soll, vorgebracht werden, so sind, ohne Anordnung einer Parteiverhandlung, die Zweifel dem k. k. Gerichte, welches um die Vollstreckung ersucht hat, bekannt zu machen.

Wenn die Aufklärung, welche das letztere erteilt, als genügend erscheint, so ist die Vollstreckung zu verfügen, im entgegengesetzten Falle aber sind die

---

\*) Die Vereinbarung wurde zugleich auf die ganze Österreichisch-Ungarische Monarchie ausgedehnt.

\*\*) S. die Note \*\*\*) Seite 33 und 34 (Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich).

Es ist unmittelbarer Schriftverkehr zwischen den beiderseitigen Gerichten zulässig.

Ein Verzeichnis der österreichischen Gerichtsbehörden ist im Anhang abgedruckt.



Bedenken diesseitigem Ministerium vorzutragen und dessen Verfügung abzuwarten.

### 3) Armenrecht.

Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reiche und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie vom 9. Mai 1886 (Reichsges.-Bl. 1887 S. 120.)

#### Art. 1.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs werden in Österreich und in Ungarn und die Angehörigen Österreichs und Ungarns werden im Deutschen Reiche unter denselben Bedingungen und gesetzlichen Bedingungen zum Armenrecht zugelassen wie die Angehörigen des betreffenden Landes, in welchem die Bewilligung des Armenrechts nachgesucht wird.

#### Art. 2.

Das Armutszeugnis ist dem Ausländer, welcher zum Armenrecht zugelassen werden will, in allen Fällen von der Behörde seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes auszustellen.

Hält der Antragsteller sich nicht in dem Lande auf, in welchem er das Armenrecht nachsucht, so muss das Armutszeugnis in Gemässheit des Vertrags zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn vom 25. Februar 1880\*) beglaubigt werden.

Hält er sich dagegen in dem Lande auf, in welchem er seinen Antrag stellt, so können ausserdem auch bei den Behörden seines Heimatlandes Erkundigungen über ihn eingezogen werden.

#### Art. 3.

Sind Angehörige des Deutschen Reichs in Österreich-Ungarn oder Angehörige Österreichs beziehungsweise Ungarns im Deutschen Reiche zum Armenrecht zugelassen, so sind sie hiermit von Rechts wegen auch von jeder Sicherheitsleistung oder Hinterlegung befreit, welche unter irgend einer Benennung von Ausländern wegen ihrer Eigenschaft als solche bei Prozessen gegen Inländer nach der Gesetzgebung des Landes, in welchem der Prozess geführt wird, gefordert werden könnte.

### 4) Aktiengesellschaften.

Der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 Reichsges.-Bl. S. 123 bestimmt in Art. 19 Abs. 5:

Die in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Teils rechtlich bestehenden Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Versicherungsgesellschaften jeder Art werden in dem Gebiete des andern Teils nach Massgabe der daselbst geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zur Verfolgung ihrer Rechte bei Gericht zugelassen.

\*) Unter Ziff. 5 abgedruckt.



## 5) Beglaubigung der von öffentlichen Behörden und Beamten aus- gestellten oder beglaubigten Urkunden.

Vertrag zur Förderung der Rechtspflege zwischen dem Deutschen Reiche u. der Österreichisch-Ungarischen Monarchie v. 25. Febr. 1880 (Reichsges.-Bl. 1881 S. 4).\*)

### Art. 1.

Urkunden, welche von Civil- oder Militärgerichten in streitigen oder nicht streitigen bürgerlichen Angelegenheiten und in Strafsachen ausgestellt werden, bedürfen, wenn sie mit dem Amtssiegel versehen sind, keiner Beglaubigung.

Ausfertigungen deutscher kriegs-, stand- oder spruchgerichtlicher Erkenntnisse müssen durch das zuständige Militärgericht beglaubigt werden.

Den gerichtlichen Urkunden stehen diejenigen gleich, welche von einer der folgenden Behörden ausgestellt sind:

#### Im Deutschen Reiche:

- a) vom Disciplinarhofe und den Disciplinarkammern des Deutschen Reichs;
- b) vom Bundesamte für das Heimatswesen;
- c) vom Patentamte;
- d) vom Oberseeamte und den Seeämtern;
- e) von den Seemannsämtern;
- f) von den mit der Regulierung gutsherrlicher und bäuerlicher Verhältnisse, dem Verfahren in Auseinandersetzungen und Zusammenlegungen beauftragten General- und Spezialkommissionen, Ablösungsbehörden und Regierungsabteilungen, mit Inbegriff des Revisionskollegiums für Landeskultursachen in Berlin;
- g) von den Universitätsgerichten, Gewerbegerichten und Verwaltungsgerichten;
- h) vom Königlich preussischen Disciplinarhofe für nicht richterliche Beamte und
- i) von der Vormundschaftsbehörde in Hamburg.

#### In Österreich:

- a) vom Reichsgerichte;
- b) vom Verwaltungsgerichtshofe;
- c) vom Staatsgerichtshofe;
- d) von den bei den politischen Landesbehörden und bei dem Ministerium des Innern zur Durchführung der Grundentlastung, der Grundlastenablösung und Regulierung; dann zur Aufhebung der Propinations- und des Lehenverhältnisses bestellten Kommissionen;
- e) von den Gefällsgerichten;
- f) von den Gewerbegerichten;
- g) von den Landtafel- und Grundbuchämtern, den Depositenämtern, den

---

\*) Dieser Vertrag wurde unterm 13. Juni 1881 auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt. Reichsges.-Bl. 1881 S. 253.



als Depositenämter verwendeten Steuerämtern und andern gerichtlichen Hilfsämtern;

h) von den selbständigen Hypothekenämtern in Dalmatien.

### In Ungarn:

a) von den geistlichen Ehegerichten;

b) von den Waisenbehörden (Waisenstühlen);

c) von den Grundbuchämtern und den als Depositenämter verwendeten Steuerämtern.

### Art. 2.

Die von Notaren, Gerichtsvollziehern und andern gerichtlichen Hilfsbeamten, ferner die im Deutschen Reiche von Standesbeamten, sowie von den Hypothekenbewahrern — soweit diese nicht zu den in Art. 1 genannten Behörden gehören — ausgefertigten Urkunden bedürfen der gerichtlichen Beglaubigung.

Diese ist als erfolgt anzusehen, wenn sie die Unterschrift und das Amtssiegel eines Gerichts des Staates trägt, in welchem der Aussteller seinen amtlichen Wohnsitz hat.

Wechselproteste, welche von Notaren, Gerichtsvollziehern oder Gerichtsschreibern ausgestellt und mit deren Amtssiegel versehen sind, bedürfen keiner weitem Beglaubigung. Das gleiche gilt von den mit einem Amtssiegel versehenen Ausfertigungen der in Ungarn mit der Aufbewahrung von Privaturkunden gesetzlich betrauten Kapitel und Ordenskonvente.

### Art. 3.

Auszüge aus den Kirchenbüchern über Taufen, Trauungen oder Todesfälle, welche in Deutschland unter dem Kirchensiegel erteilt werden, bedürfen der Beglaubigung durch das für den betreffenden Sprengel zuständige Civilgericht und ausserdem einer von diesem Gerichte darüber auszustellenden Bescheinigung, dass der Aussteller des Auszuges zur Erteilung desselben befugt sei.

Werden dergleichen Auszüge von einem deutschen Militärgeistlichen ausgestellt, so ist die Beglaubigung, sowie die Bescheinigung von dem Militärgerichte zu erteilen.

In Österreich und Ungarn bedürfen die Auszüge aus den amtlichen Geburts-, Trauungs- und Sterbmatrikeln, soweit diese nicht durch eine politische Verwaltungsbehörde geführt werden, der Beglaubigung durch die zur Beaufsichtigung des Matrikenführers berufene politische Verwaltungsbehörde erster Instanz.

Wenn der Matrikenführer aber einer Militärbehörde untersteht, so ist die Beglaubigung durch das vorgesetzte Landesverteidigungs-Ministerium bzw. Kriegsministerium zu erteilen.

Die den vorstehenden Bestimmungen gemäss beglaubigten Auszüge bedürfen keiner weitem Beglaubigung.



## Art. 4.

Urkunden, welche von einer der obersten Verwaltungsbehörden des Deutschen Reichs, oder eines Deutschen Bundesstaates, oder den gemeinsamen obersten Verwaltungsbehörden der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, oder der obersten Verwaltungsbehörden Österreichs oder Ungarns, oder von einer sonstigen staatlichen oder kirchlichen höheren Verwaltungsbehörde ausgestellt oder beglaubigt sind, bedürfen keiner weitem Beglaubigung.

Die beiden vertragenden Teile werden sich die hier in Betracht kommenden Behörden, sowie die hierauf sich beziehenden Änderungen der Behörden bekannt geben. \*)

Die von einer andern als den eben aufgezählten Behörden ausgestellten oder beglaubigten Urkunden bedürfen der Beglaubigung vonseiten derjenigen unter den genannten Behörden, welcher die ausstellende Behörde untergeordnet ist.

Jedoch behält es inbetreff der Reiselegitimationen bei den bisherigen Vorschriften sein Bewenden, auch werden die Erleichterungen nicht berührt, welche durch besondere Vereinbarungen namentlich für den Handelsverkehr und für das Zollverfahren gewährt sind. Endlich ist für Urkunden, welche von den Finanzbehörden, einschliesslich der Forstämter, in den Grenzbezirken ausgestellt werden, keine weitere Beglaubigung erforderlich.

## Art. 5.

Die einer Privaturkunde von einer nach dieser Übereinkunft zuständigen Behörde beigefügte Beglaubigung bedarf keiner weitem Beglaubigung.

## Art. 6.

Von dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Vertrages an verlieren alle früher zwischen einzelnen deutschen Bundesstaaten und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Vereinbarungen, insoweit solche die Beglaubigung der von öffentlichen Behörden ausgestellten oder beglaubigten Urkunden zum Gegenstande haben, ihre Gültigkeit.

## XIV. Persien.

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Deutschland und Persien vom 11. Juni 1873 (Reichsges.-Bl. 1873 S. 351).

## Art. 12.

Zu mehrerer Sicherstellung der Angehörigen der Staaten des Deutschen Reichs in Persien sollen die Schuldverschreibungen, Wechsel und Bürgschaftsurkunden sowie alle von Unterthanen der hohen vertragenden Teile geschlossenen Verträge über Handelsgeschäfte vom Divan-Khane und in Ermangelung eines solchen von der zuständigen Ortsbehörde, und an Orten, wo ein deutscher Konsul sich befindet, auch von diesem letztern unterzeichnet werden, damit im Falle einer Streitigkeit die erforderlichen Erhebungen gepflogen und die streitigen Punkte der Gerechtigkeit gemäss entschieden werden können.

\*) Das Verzeichnis der Behörden im Anhang abgedruckt.



Demgemäss soll derjenige, welcher, ohne im Besitze derartiger beglaubigter Dokumente zu sein, gegen einen Angehörigen des Deutschen Reichs einen Rechtsstreit anhängig machen wollte und hiebei keine andern Beweise als die Aussagen eines Zeugen beizubringen vermöchte, mit seiner Klage nicht gehört werden, es sei denn, dass diese von dem besagten Deutschen als begründet anerkannt würde.

#### Art. 13.

Alle Streitigkeiten oder Zwiste und alle Prozesse, welche in Persien zwischen den Unterthanen der beiden hohen vertragenden Teile sich entspin-  
nen möchten, sollen vor den persischen Gerichten entschieden werden, aber diese Streitigkeiten und Prozesse sollen nicht anders abgeurteilt oder entschieden werden können, als in Gegenwart und mit Dazwischenkunft des deutschen Vertreters oder Konsuls oder in seinem Namen in Gegenwart des hierzu beauftragten Dolmetschers — alles dies nach den Gesetzen und dem Herkommen des Landes.

Ein Prozess, welcher durch das Urteil des zuständigen Richters einmal beendet ist, kann nicht ein zweites Mal wieder aufgenommen werden. Sollte aber die Revision des ergangenen Urteils notwendig sein, so soll sie nur geschehen mit Vorwissen des Vertreters oder des Konsuls, welchem die beteiligten Deutschen unterstellt sind, oder im Namen dieses Agenten in Gegenwart des bezüglichen Dolmetschers und nur von einem der obersten Kontroll- und Kassationshöfe, welche zu Teheran, Tauris oder Ispahan ihren Sitz haben.

In Erwidern dieser Verbindlichkeiten sollen die Unterthanen des hohen Hofes von Iran in den Staaten des Deutschen Reichs für ihre Interessen und ihre erworbenen Rechte im Falle von Streitigkeiten den vollen Schutz der Gesetze und Gerichte dieser Staaten geniessen.

#### Art. 14.

Erklärt sich ein Unterthan eines der hohen vertragenden Teile, welcher im Gebiete des andern sich befindet, für fallit oder macht er Bankrott, so soll über alle seine Güter, seine Effekten und seinen Aktiv- und Passivstand das Inventar aufgenommen werden, um danach die erforderliche Liquidation und gerechte Verteilung unter seinen Gläubigern vorzunehmen.

Wenn ein Deutscher, welcher sich in Persien aufhält oder befindet, sich für fallit erklärt, so soll das vorerwähnte Verfahren nur mit Vorwissen und Dazwischenkunft desjenigen bezüglichen Vertreters oder Konsuls stattfinden, welcher zunächst dem Aufenthaltsorte des Bankrottierers seinen Sitz hat.

Wenn ein persischer Unterthan in Deutschland fallit wird, so soll in dem Fallimentsverfahren dem persischen Vertreter oder Konsul dasselbe Recht der Dazwischenkunft zustehen, welches in ähnlichem Falle die Vertreter und Konsuln der meistbegünstigten Nation geniessen. Auf den Antrag der Gläubiger sollen die respektiven diplomatischen und konsularischen Agenten der vertragenden Mächte die erforderlichen Ermittlungen veranlassen, um festzustellen, ob der Gemeinschuldner nicht in seiner Heimat Vermögensstücke gelassen hat, welche zur Befriedigung ihrer Ansprüche dienen könnten.



## Art. 15.

Im Falle auf dem Gebiete des einen der hohen vertragenden Teile ein Unterthan des andern stirbt, soll der Nachlass unverkürzt der Familie oder den Gesellschaftern des Verstorbenen ausgeantwortet werden, wenn solche vorhanden sind. Hatte der Verstorbene weder Verwandte noch Gesellschafter, so soll sein in den Ländern der hohen vertragenden Teile vorhandener Nachlass unverkürzt der Obhut der betreffenden Agenten oder Konsuln übergeben werden, damit diese den Gesetzen und dem Herkommen ihrer Heimat entsprechend darüber verfügen.

## Art. 16.

Die Angelegenheiten der Strafgerichtsbarkeit, in welche deutsche Unterthanen in Persien und persische Unterthanen in Deutschland verwickelt werden möchten, sollen in den beiderseitigen Staaten in der Weise behandelt werden, welche hinsichtlich der meistbegünstigten Nation angenommen ist etc.

## XV. Rumänien.

Handelskonvention zwischen dem Deutschen Reiche und Rumänien vom 14. November 1877.  
(Reichsges.-Bl. 1881 S. 199.)

## Art. I.

Die Deutschen sollen in Rumänien und die Rumänen sollen in Deutschland für ihre Person und ihr Vermögen denselben Schutz und dieselbe Sicherheit geniessen wie die Inländer etc.

## XVI. Russland.

## Aktiengesellschaften.

Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Russland vom 30./18. Juli 1885.  
(Central-Bl. f. d. Deutsche Reich S. 404.)

Aktien- und sonstige Handelsgesellschaften, welche in einem der vertragsschliessenden Staaten geltenden gesetzlichen Vorschriften gemäss in gültiger Weise begründet worden sind, werden in dem andern Staate als zu Recht bestehend anerkannt und geniessen insbesondere das Recht, als Kläger oder als Beklagte vor Gericht zu stehen (Prozessfähigkeit).

## XVII. Freistaat Salvador.

Handelsvertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Zollverein und dem Freistaate Salvador vom 13. Juni 1870 (Reichsges.-Bl. 1872 S. 377.)

## Art. IV.

Die Angehörigen des einen und des andern der vertragenden Teile werden freien Zutritt zu den Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zwecke können sie unter allen Umständen



Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen. Auch sollen sie die Befugnis haben, bei den Beschlüssen und Urteilssprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie beteiligt sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen gestatten. Endlich werden sie in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vorteile genießen als die eigenen Angehörigen und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letztern auferlegt sind.

## XVIII. Schweden und Norwegen.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Königreichen Schweden und Norwegen vom 19. Januar 1878 (Reichsges.-Bl. S. 110).

### Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgezählten, im Gebiete des ersuchenden Staates begangenen, im Deutschen Reiche als Verbrechen oder Vergehen strafbaren und in Schweden oder Norwegen mit schwererer als Gefängnisstrafe bedrohten Handlungen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind, nämlich:

- 1) wegen Mordes (Kinds-mord, Elternmord, Giftmord inbegriffen) oder Versuchs desselben und wegen Totschlags;
- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht oder Versuchs derselben;
- 3) wegen Aussetzung eines Kindes oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hilfloser Lage;
- 4) wegen Raubes, Verheimlichung, Entführung, Unterdrückung, Verwechslung oder Unterschlebung eines Kindes;
- 5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;
- 6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;
- 7) wegen widerrechtlicher Nötigung eines andern durch Gewalt oder Bedrohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung;
- 8) wegen mehrfacher Ehe;
- 9) wegen Notzucht oder Versuch derselben;
- 10) wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen;
- 11) wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder andern Geschlechts unter vierzehn Jahren, sowie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen;



12) wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts;

13) wegen vorsätzlicher Verletzung oder Misshandlung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge gehabt hat;

14) wegen Raubes oder Versuchs desselben und Erpressung;

15) wegen Diebstahls;

16) wegen Betrugs, Unterschlagung oder anderer Untreue;

17) wegen betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;

18) wegen Meineids oder falschen Zeugnisses;

19) wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers sowie wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

20) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht, jemanden zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

21) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Vernichtung, Beschädigung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

22) wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln des Staates oder anderer öffentlichen Behörden, in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wegen wissentlichen Gebrauchs solcher falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel;

23) wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld;

24) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachter oder gefälschter Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

25) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

26) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

27) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke der Verletzung ihrer Amtspflicht;

28) wegen folgender strafbarer Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Schiffen:

vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes oder Versuchs derselben;

vorsätzlich bewirkte rechtswidrige Strandung eines Schiffes mit der



Folge, dass Schiffbruch oder anderer Seeschaden entsteht, oder Versuch einer derartigen strafbaren Handlung;

Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehreren Schiff sleuten auf Verabredung gemeinschaftlich geleistet ist;

29) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger, gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Kanälen, Schleussen oder anderer derartiger Wasserbauten, von Eisenbahnen oder Telegraphenanstalten, sowie wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;

30) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, Grabdenkmälern und öffentlichen Denkmälern;

31) wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eine der im gegenwärtigen Verträge vorgesehenen strafbaren Handlungen erlangt worden sind.

Es kann indessen, wenn die strafbare Handlung, wegen der ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebietes des ersuchenden Teils begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben ausserhalb seines Gebietes begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

#### Art. 2.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die schwedische oder norwegische Regierung und vonseiten dieser kein Schwede oder Norweger an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert.

#### Art. 3.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Schwede oder Norweger, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wurde, von dem gestellten Antrage die Regierung desjenigen Staates, welchem der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl entweder der Regierung des Staates, welchem der Verfolgte angehört, oder derjenigen, welche ihn zuerst reklamiert hat, ausliefern.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Schweden oder Norwegen, die seitens der schwedischen oder norwegischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.



Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Schweden oder Norwegen, oder wenn die seitens der schwedischen oder norwegischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe ausgesetzt werden.

#### Art. 5.

Wenn eine reklamierte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen hat, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden, und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Teile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

#### Art. 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags finden auf solche Personen, die sich irgend einer politischen strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen einer der in Art. 1 aufgeführten gemeinen strafbaren Handlungen ausgeliefert worden ist, darf gemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen einer von ihr vor der Auslieferung verübten politischen strafbaren Handlung, noch wegen einer Handlung, die mit einer solchen politischen Handlung im Zusammenhang steht, noch wegen einer strafbaren Handlung, welche in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden, es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen der strafbaren Handlung, welche zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder ausser Verfolgung gesetzt worden ist, versäumt habe, vor Ablauf einer Frist von drei Monaten das Land zu verlassen, oder dass sie aufs neue dorthin komme.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politische strafbare Handlung, noch als mit einer solchen in Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlags, Mordes oder Giftmordes bildet.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten Handlung des Strafrichters oder der erfolgten Verurteilung nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 8.

Die Auslieferung eines der in Art. 1 aufgeführten strafbaren Handlungen Beschuldigten oder Verurteilten soll bewilligt werden auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses oder auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts oder anderer zuständigen Behörden, auf Versetzung in den



Anklagestand oder Eröffnung des Hauptverfahrens oder auf Grund einer von dem zuständigen Richter oder einer andern zuständigen Behörde erlassenen Verfügung, in welcher die Verweisung des Beschuldigten vor den erkennenden Richter ausdrücklich angeordnet wird oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines andern von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und worin der Thatbestand sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angegeben ist, — insofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift, und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt.

Die Anträge auf Auslieferung erfolgen im diplomatischen Wege. Der Schriftwechsel und die Verhandlungen können jedoch je nach den Umständen des einzelnen Falles unmittelbar zwischen der bei der Auslieferung beteiligten Regierung des Deutschen Reichs und den Königreichen Schweden und Norwegen stattfinden.

#### Art. 9.

In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann eine jede der respektiven Regierungen unter Berufung auf das Vorhandensein eines Strafurteils, eines Beschlusses auf Versetzung in den Anklagestand oder eines Haftbefehls in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die Verhaftung des Verurteilten oder Angeschuldigten beantragen und erwirken, unter der Bedingung, dass das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, binnen einer Frist von sechs Wochen nach der Verhaftung beigebracht wird.

#### Art. 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitze des Reklamierten befinden, sollen gleichzeitig mit der Auslieferung des Verhafteten überliefert werden und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen kann.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten, und es sollen die letztern nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens den zur Empfangnahme Berechtigten kostenfrei zurückgegeben werden.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden und aus seinem Transporte wie aus dem Transporte der in Art. 10 erwähnten Gegenstände bis zur Einschiffung erwachsen, willigen vielmehr gegenseitig darin, diese Kosten selbst zu tragen.

#### Art. 12.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, die nicht politischer Art sind, einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche



sich im Gebiete des andern Teils aufhalten oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder die Handlung vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstand hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche, welche aus der Ausführung der Requisition wegen Vernehmung von Zeugen erwachsen, wogegen die Kosten wegen der Bewerkstelligung anderer Untersuchungshandlungen von dem Staate, der die Handlung beantragt hat, erstattet werden sollen.

#### Art. 13.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische strafbare Handlungen zum Gegenstand hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen notwendig ist, so wird die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge sich aufhält, ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten und werden die respektiven Regierungen über den Betrag der Erstattung\*) für Reise und Aufenthalt, welche der ersuchende Staat dem Zeugen mit Rücksicht auf die Länge der Reise und dessen Aufenthalt an dem Orte zu bewilligen hat, sowie über den Vorschuss, der dem Zeugen ausbezahlt werden soll, Übereinkunft treffen.

In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in den Staaten des einen vertragenden Teils an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor dem Richter der Staaten des andern Teils erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen, wegen früherer Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung, in welcher der Zeuge erscheinen soll, bilden, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit der Zeugen nicht an.

#### Art. 14.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische strafbare Handlungen zum Gegenstand hat, die Mitteilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden der Staaten des andern vertragenden Teils sind, für notwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem Wege gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Zurücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.

---

\*) Hier fehlen offenbar die Worte »der Kosten«.



## XIX. Schweiz.

## 1) Auslieferung von Verbrechern.

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz vom 24. Januar 1874.

(Reichsges.-Bl. S. 113.)

## Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche von den Behörden eines der vertragenden Teile wegen einer der nachstehend aufgezählten Handlungen, sei es als Urheber, Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen sind und im Gebiete des andern Teils sich aufhalten, nämlich:

- 1) wegen Totschlags und Mordes, einschliesslich des Kindermordes;
- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) wegen Aussetzung oder vorsätzlicher Verlassung eines Kindes;
- 4) wegen Raubes, Unterdrückung, Verwechslung oder Unterschlebung eines Kindes;
- 5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;
- 6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, sei es, dass sich eine Privatperson oder ein öffentlicher Beamter derselben schuldig macht;
- 7) wegen mehrfacher Ehe;
- 8) wegen Notzucht;
- 9) wegen Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe durch die Landesgesetzgebung der vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist;
- 10) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine unheilbare oder voraussichtlich unheilbare Krankheit oder Entstellung oder den Verlust des unbeschränkten Gebrauchs eines Organs, oder, ohne den Vorsatz zu töten, den Tod zur Folge gehabt hat;
- 11) wegen Diebstahls, Raubes oder Erpressung;
- 12) wegen Unterschlagung in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung der vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;
- 13) wegen Betrugs, betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung der vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;
- 14) wegen Meineides;
- 15) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers;
- 16) wegen Verleitung eines Zeugen zu falschem Zeugnis und wegen Verleitung eines Sachverständigen oder Dolmetschers zu falschem Gutachten;
- 17) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen



sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen, vorausgesetzt, dass die Absicht zu betrügen oder zu schaden obgewaltet hat;

18) wegen Falschmünzerei, insbesondere wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld und wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verändertem Metall- und Papiergelde;

19) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

20) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

21) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

22) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke der Verletzung ihrer Amtspflicht;

23) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger, gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten, wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der von 1—23 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Landesgesetzgebung der vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

## Art. 2.

Jedoch soll vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs kein Deutscher an die schweizerische Regierung und vonseiten dieser kein Schweizer an eine der deutschen Regierungen ausgeliefert werden.

Wenn nach den Gesetzen desjenigen Staates, welchem der Beschuldigte angehört, Anlass vorhanden sein sollte, ihn wegen der in Frage stehenden Handlung zu verfolgen, so soll der andere Staat die Erhebungen und Schriftstücke, die zur Feststellung des Thatbestandes dienenden Gegenstände und jede andere für das Strafverfahren erforderliche Urkunde oder Aufklärung mitteilen.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher, noch ein Schweizer, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

## Art. 3.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer deutschen Regierung reklamierte Person in der Schweiz oder die von der schweizerischen



Regierung reklamierte Person in einem der deutschen Staaten wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden ist, oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die seitens einer deutschen Regierung reklamierte Person in der Schweiz oder die seitens der schweizerischen Regierung reklamierte Person in einem der deutschen Staaten wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die strafbare Handlung, wegen deren die Auslieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich trägt oder wenn die auszuliefernde Person beweisen kann, dass der Antrag auf ihre Auslieferung in Wirklichkeit in der Absicht gestellt worden, sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen oder zu bestrafen. Die Person, welche wegen eines der in Art. 1 aufgeführten Verbrechens oder Vergehens ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, in welchem die Auslieferung gewährt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, die mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, zur Untersuchung gezogen oder bestraft oder für solche an einen dritten Staat ausgeliefert werden. Eben- sowenig kann eine solche Person wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen oder bestraft werden; es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder freigesprochen ist, versäumt habe, vor Ablauf einer Frist von drei Monaten das Land zu verlassen oder dass sie aufs neue dahin komme.

#### Art. 5.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn seit der begangenen strafbaren Handlung oder der letzten gerichtlichen Handlung im Strafverfahren oder der erfolgten Verurteilung nach den Gesetzen desjenigen Landes, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 6.

Eine an sich begründete Auslieferung soll auch dann zugestanden werden, wenn der Angeschuldigte dadurch verhindert wird, übernommene Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen zu erfüllen, und es bleibt dem dadurch benachteiligten Gläubiger überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.



## Art. 7.

Die Auslieferung soll bewilligt werden auf den im diplomatischen Wege gestellten Antrag und nach Beibringung eines Strafurteils oder eines Beschlusses über Versetzung in den Anklagestand, eines Haftbefehls oder eines andern Aktes, welcher die gleiche Wirkung hat und ebenfalls die Art und Schwere der verfolgten That, sowie die auf dieselbe anwendbare strafgesetzliche Bestimmung angiebt. Diese Aktenstücke sollen in Original oder in beglaubigter Ausfertigung eines Gerichtshofes oder einer andern zuständigen Behörde des die Auslieferung beantragenden Landes mitgeteilt werden. Gleichzeitig sollen, sofern dies möglich ist, das Signalement der reklamierten Person und alle andern zur Feststellung ihrer Identität geeigneten Angaben beigebracht werden.

## Art. 8.

In dringenden Fällen und insbesondere wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jeder der vertragenden Staaten unter Berufung auf das Vorhandensein eines Strafurteils, eines Beschlusses auf Versetzung in den Anklagestand oder eines Haftbefehls in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die vorläufige Festnahme des Verurteilten oder Angeschuldigten beantragen und erwirken, unter der Bedingung, dass das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, binnen einer Frist von zwanzig Tagen nach der Festnahme beigebracht wird. Unter der gleichen Voraussetzung und unter derselben Bedingung soll der Verfolgte in dringenden Fällen auf direktes Verlangen der zuständigen Behörde einstweilen in Verhaft genommen werden.

## Art. 9.

Die entwendeten oder im Besitze des Verurteilten oder Angeschuldigten vorgefundenen Gegenstände, die Gerätschaften und Werkzeuge, deren er sich zur Verübung seines Verbrechens oder Vergehens bedient hat, sowie alle andern Beweisstücke sollen gleichzeitig mit der Auslieferung der verhafteten Person ausgefolgt werden. Dies soll selbst dann geschehen, wenn die Auslieferung, nachdem sie zugestanden worden ist, infolge des Todes oder Flucht des Schuldigen nicht sollte stattfinden können. — Diese Ausfolgung wird sich auch auf alle Gegenstände der gedachten Art erstrecken, welche von dem Angeschuldigten in dem Lande, in welches er sich geflüchtet hat, versteckt oder hinterlegt worden sind und die daselbst später aufgefunden werden. Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach Schluss des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei wieder ausgehändigt werden.

## Art. 10.

Liefert eine dritte Regierung jemanden aus, so gestatten die vertragenden Teile die Durchführung des Auszuliefernden durch ihr Landesgebiet oder den Transport des Auszuliefernden auf ihren Fahrzeugen und Dienstschiffen, sofern die betreffende Person nicht dem um die Gewährung der Durchführung angegangenen Staate angehört. In diesem Falle bedarf es nur eines einfachen Antrags auf diplomatischem Wege seitens derjenigen Regierung, welche die



Auslieferung verlangt hat, und der Beibringung der nötigen Beweisstücke dafür, dass es sich nicht um ein politisches oder rein militärisches Vergehen handelt.

Die Durchführung findet auf dem kürzesten Wege unter der Begleitung von Agenten des requirierten Landes und auf Kosten der reklamierenden Regierung statt. \*)

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile verzichten auf die Erstattung derjenigen Kosten, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden oder aus dessen Transporte bis zur Grenze des requirierten Teils erwachsen. Sie wollen vielmehr diese Kosten gegenseitig selbst tragen.

#### Art. 12.

Wenn im Laufe eines nichtpolitischen Strafverfahrens einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen oder irgend eine andere Untersuchungshandlung in dem Gebiete des andern Teils für notwendig erachten sollte, so wird zu diesem Zwecke ein Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege oder direkt von der zuständigen Behörde des einen Landes an die zuständige Behörde des andern Landes übersandt, und es soll demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, stattgegeben werden; die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn das Verfahren gegen einen von der requirierenden Behörde noch nicht verhafteten Angehörigen des requirierten Landes gerichtet ist oder wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstande hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht gerichtlich strafbar ist.

Die beteiligten Regierungen entsagen jedem Anspruche auf Erstattung der aus der Ausführung der Requisition entstandenen Kosten, soweit es sich nicht um strafgerichtliche, kommerzielle oder medizinische Gutachten Sachverständiger handelt.

#### Art. 13.

Wenn in einer nichtpolitischen Untersuchungssache das persönliche Erscheinen eines in dem andern Lande wohnhaften Zeugen notwendig oder wünschenswert ist, so wird seine Regierung ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten. Leistet er Folge, so werden ihm die Kosten der Reise und des Aufenthalts nach seiner Wahl entweder nach den Tarifsätzen und Reglements des Landes, wo die Vernehmung stattfinden soll, oder nach denjenigen des requirierten Staats bewilligt werden; auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnorts der Gesamtbetrag oder ein Teil der Reisekosten vorgeschossen werden; diese Kosten werden demnächst von der dabei interessierten Regierung zurückerstattet. In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der

---

\*) Vergl. bezüglich des Durchtransportes durch schweizerisches Gebiet auf Grund des deutsch-italienischen Auslieferungsvertrags Italien unter Ziff. 2. S. 45.



Untersuchung bilden, worin er als Zeuge erscheinen soll, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen oder für civilrechtliche Ansprüche irgendwie belästigt werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

#### Art. 14.

Wenn es bei einer Untersuchung, welche in einem der vertragenden Staaten geführt wird, notwendig werden sollte, den Angeschuldigten mit in dem andern Lande verhafteten Schuldigen zu konfrontieren oder Beweisstücke oder gerichtliche Urkunden, welche letzterem Staate gehören, vorzulegen, so soll ein Gesuch dieser Art auf diplomatischem Wege oder im direkten Verkehr unter den zuständigen Behörden der vertragenden Teile gestellt werden, und es soll demselben, sofern nicht etwa aussergewöhnliche Bedenken dagegen obwalten, stets entsprochen werden, unter der Bedingung jedoch, dass sobald als möglich die Verhafteten zurückgeliefert und die obigen Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die Kosten des Transports der oben erwähnten Personen und Gegenstände von einem Staate zum andern werden von derjenigen Regierung getragen, welche den bezüglichen Antrag gestellt hat.

#### Art. 15.

Die vertragenden Regierungen verpflichten sich, einander wechselseitig die Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichtshöfen des einen Landes gegen Angehörige des andern ausgesprochen werden. Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils an die Regierung desjenigen Landes, welchem der Verurteilte angehört. Jede der vertragenden Regierungen wird zu diesem Zwecke an die zuständigen Behörden die entsprechenden Anweisungen erlassen. \*)

#### Art. 16.

Von dem Zeitpunkte der Geltung des gegenwärtigen Vertrags ab verlieren die früher zwischen den einzelnen Staaten des Deutschen Reichs und der Schweiz abgeschlossenen Verträge über die Auslieferung von Verbrechern ihre Gültigkeit. \*\*)

---

\*) Ist durch die Verordnung vom 22. Okt. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 496) geschehen.

Hierdurch wurden die Gerichte auf die Befolgung dieser vertragsmässigen Verpflichtung hingewiesen. Diese für die Heimatsbehörden bestimmten Auszüge sind nach dem im Anhang abgedruckten Muster den schweizerischen Behörden unmittelbar zu übersenden.

\*\*) Es hat damit nicht allein der am 29. Okt. 1864 (R.-Bl. 1865 Nr. VII) zwischen Baden und der Schweiz abgeschlossene Auslieferungsvertrag seine Gültigkeit verloren, sondern es sind auch folgende zum Vollzug desselben erlassenen Verordnungen ausser Wirksamkeit gesetzt: Vom 23. Febr. 1865 (Centralverordn.-Bl. Nr. VIII), vom 22. Mai 1865 (Centralverordn.-Bl. Nr. XVI), vom 31. Aug. 1866 (Centralverordn.-Bl. Nr. XVIII), vom 20. Jan. 1870 Ges.- u. V.-O.-Bl. Nr. V), Bekanntmachung vom 22. Okt. 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 495.)



## 2) Vereinbarung zwischen Baden und der Schweiz wegen wechselseitiger Auslieferung der Gefangenen vom 3. Mai 1869.

(Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 117.)

### I. Auslieferungen vonseiten der Schweiz an Baden.

#### A. Gerichtliche Gefangene.

Bezüglich der Auslieferung gerichtlicher Gefangener vonseiten der Schweiz an Baden sind als Übergangsstationen bestimmt:

1. für den Kanton Thurgau die Amtsgerichte Konstanz und Radolfzell;
2. für die Kantone Zürich und Schaffhausen:
  - a) wenn der Gefangene an das Amtsgericht Jestetten \*) abzuliefern ist, eben dieses Amtsgericht;
  - b) wenn der Gefangene von einem andern badischen Gerichte, sei es durch ausdrückliches Auslieferungsbegehren, sei es durch allgemeines Fahndungsausschreiben, reklamiert ist und dies durch mitzugebende Ausweispapiere nachgewiesen wird, der Gefangenewagen der badischen Bahn auf der Station Schaffhausen, wobei die Übergabe an den diesen Wagen begleitenden badischen Gendarmen erfolgt, vorausgesetzt, dass ein der Richtung des Transports entsprechender Zug gewählt wird,
  - c) in sonstigen Fällen die Amtsgerichte Jestetten \*\*) oder Waldshut, wobei übrigens für die Fahrt von Schaffhausen nach Waldshut der Gefangenewagen der badischen Bahn durch den Gefangenen sowie den mitzugebenden schweizerischen Transportbegleiter unentgeltlich benutzt werden darf;
3. für den Kanton Aargau die Amtsgerichte Waldshut und Säkingen;
4. für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land:
  - a) wenn der Gefangene an eines der Amtsgerichte Lörrach, Schopfheim oder Schönau abzuliefern ist, das Amtsgericht Lörrach,
  - b) wenn der Gefangene von einem andern badischen Gerichte in der unter 2b angegebenen Weise reklamiert ist, der Gefangenewagen der badischen Eisenbahn auf der Station Basel unter der bei 2b bezeichneten Voraussetzung,
  - c) in sonstigen Fällen das Amtsgericht Lörrach.

Dabei wird übrigens bemerkt, dass Gefangene, welche an ein nichtbadisches Gericht weiter befördert werden sollen — abgesehen von etwaigen besondern höhern Anordnungen für einzelne Fälle — nur dann zu übernehmen sind, wenn der Durchtransport durch das Grossherzogtum durch bestehende Staatsverträge zugesichert ist und den Umständen nach, namentlich als die kürzeste Route, geboten erscheint.

---

\*) Aufgehoben. Jetzt das Amtsgericht Waldshut.

\*\*) S. Note. \*)



## B. Polizeiliche Gefangene

werden vonseiten der schweizerischen Behörden jeweils an das nächste badische Bezirksamt abgeliefert.

Zu Transporten von Schaffhausen nach Waldshut oder Radolfzell und zu Transporten von Basel nach Müllheim oder Säckingen kann dabei der Gefangenenwagen der badischen Eisenbahn sowohl für den Gefangenen als den mitzugebenden schweizerischen Transportbegleiter unentgeltlich benutzt werden.

### II. Auslieferungen vonseiten Badens an die Schweiz.

Sowohl gerichtliche als polizeiliche Gefangene, welche von badischer Seite an die Schweiz abzuliefern sind, sollen jeweils der nächsten geeigneten schweizerischen Behörde (in der Regel dem Bezirksamt) zugeführt werden.

Hat die Verhaftung mehr im Innern des Grossherzogtums stattgefunden, so ist der Gefangene in der Regel zunächst an eine geeignete badische Grenzbehörde zu befördern und von dieser aus sodann an die Schweiz abzuliefern.

Soll jedoch die Ablieferung in Basel oder Schaffhausen geschehen, so kann dieselbe von jeder badischen Behörde aus vermitteltst des Eisenbahngefangenenwagens unmittelbar bewirkt werden, sofern durch vorgängigen Schriftenwechsel festgestellt ist, dass der Abzuliefernde auf dem Bahnhofe durch einen schweizerischen Sicherheitsbeamten in Empfang genommen wird.

### 3) Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz wegen unmittelbaren Geschäftsverkehrs vom 1. Dez. 1878.

Den deutschen und schweizerischen Gerichtsbehörden ist der unmittelbare Geschäftsverkehr in allen Fällen gestattet, in welchen nicht der diplomatische Verkehr durch Staatsverträge vorgeschrieben ist oder infolge besonderer Verhältnisse rätlich erscheint. \*)

Reichskanzleramt vom 1. Dez. 1878 (Centralbl. für das Deutsche Reich 1878 S. 6.)

### 4) Aktiengesellschaften.

Übereinkunft zwischen dem Norddeutschen Bunde und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 13. Mai 1869.

#### § 1.

Die innerhalb des Norddeutschen Bundes, sowie die innerhalb der Schweiz errichteten Aktiengesellschaften oder anonymen Gesellschaften werden gegenseitig als zu Recht bestehend, insbesondere als zum Auftreten vor Gericht befähigt, anerkannt, sofern die Errichtung nach den Gesetzen des Landes, wo die Gesellschaft ihr Domizil hat, gültig erfolgt ist.

Dieser Übereinkunft ist Baden beigetreten.

Bekanntmachung v. 3. Okt. 1871 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 189.)

---

\*) Damit traten gleichzeitig die über denselben Gegenstand zwischen Baden und der Schweiz unterm 20. Aug. 1857 (R.-Bl. S. 415) getroffenen Verabredungen ausser Wirksamkeit.

Das Verzeichnis der schweizerischen Gerichtsbehörden ist im Anhang abgedruckt.



## 5) Konkursachen.

Staatsvertrag zwischen Baden und einer Anzahl schweizerischer Kantone vom 20. Juni 1808.  
(R.-Bl. S. 215.)

I. In allen Fallimentsfällen werden sowohl in verpfändeten als laufenden Schulden von der privilegierten und der allgemeinen Klasse die Einwohner des Grossherzogtums Baden und derjenigen Kantone der Eidgenossenschaft, so dem gegenwärtigen Verkommnis beitreten, nach gleichen Rechten d. h. also behandelt und collocieret, dass je die Angehörigen des einen Staats den Einheimischen im andern Staat gleich, und je nach Beschaffenheit ihrer Schuldforderungen so gehalten werden sollen, wie es die Gesetze des Landes für die Einheimischen selbst vorschreiben.

II. Zwischen den Angehörigen derjenigen Staaten, für welche gegenwärtige Übereinkunft verbindlich ist, dürfen nach Ausbruch eines Falliments keine Arreste auf bewegliches Eigentum des Falliten anderst als zugunsten der ganzen Schuldenmasse gelegt werden.

III. Die gegenwärtige Konvention hat auf der einen Seite für den ganzen Umfang der Grossh. badischen Lande und auf der andern für die eidgenössischen Kantone Luzern, Uri, Unterwalden, Zürich, Zug, Bern, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt verbindliche Kraft.

IV. Gegen diejenigen Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft (Schwyz und Glarus), welche dem gegenwärtigen Verkommnis noch nicht beigetreten sind, wird die Anwendung der obbestimmten Artikel von demjenigen Zeitpunkte an stattfinden, wo sie ihren Beitritt, zu welchem sie von den konsentierenden Kantonen noch werden eingeladen werden, gegen die Grossh. badische Regierung werden erklärt haben. \*)

6) Übereinkommen zwischen Baden und dem Kanton Aargau vom  
23. Aug. 1867, die gegenseitige Vollstreckbarkeit der Urteile\*\*) und  
28. Sept.  
den Vollzug von Ersuchschreiben in bürgerlichen Rechtssachen betr.

(R.-Bl. 1867 S. 426.)

### Art. 1.

Erkenntnisse in bürgerlichen Rechtssachen, mit Einschluss der Handelsachen, welche von den zuständigen Gerichten des einen der kontrahierenden Staaten auf gegenseitige Verhandlungen oder auf Ausbleiben oder Versäumnis der Beklagten erlassen sind, werden, nachdem sie die Rechtskraft beschritten haben, auch in dem andern Staate vollziehbar, vorausgesetzt, dass die Beteiligten den in Art. 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen genügen. Den Erkenntnissen der Gerichte stehen rechtskräftige Schiedssprüche gleich.

\*) Diesem Staatsvertrage sind beigetreten: die Kantone Wallis und Neuenburg (Bekanntmachung vom 24. Febr. 1821, R.-Bl. S. 38), sodann der Kanton Glarus (Bekanntmachung vom 15. Dez. 1859, R.-Bl. S. 467).

\*\*) Vergl. Note \*\*\*\*) Seite 33 u. 34.



## Art. 2.

Die Frage der Zuständigkeit wird nach den Gesetzen desjenigen Staates geprüft und entschieden, in welchem das Erkenntnis zum Vollzuge kommen soll.

## Art. 3.

Diejenige Partei, welche auf Grund eines in dem einen Staate ergangenen Urteils oder Schiedsspruchs Zwangsvollstreckung auf das in dem andern Staate befindliche Vermögen erwirken will, hat eine beglaubigte Fertigung des Urteils oder Schiedsspruchs nebst Urkunde über die geschehene Eröffnung und ein Zeugnis der Gerichtskanzlei über die Rechtskraft vorzulegen.

## Art. 4.

Diejenige Partei, welche den Vollzug des Urteils oder Schiedsspruchs verlangt, hat die in Art. 3 bezeichneten Ausweise der zuständigen Behörde vorzulegen, welche zu prüfen hat, ob das Urteil oder der Schiedsspruch nach denselben als zuständig erlassen und rechtskräftig zu betrachten, somit der Vollzug zuzulassen sei. Diese zuständige Behörde ist im Kanton Aargau das Obergericht, im Grossherzogtum Baden das Gericht erster Instanz desjenigen Bezirkes, in welchem die belangte Partei ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hat oder die Sache gelegen ist.

## Art. 5.

Beide kontrahierende Staaten verpflichten sich ferner, Zustellungen, Ladungen und Ersuchschreiben um Vornahme gerichtlicher Handlungen in bürgerlichen Rechtssachen durch ihre Behörden vollziehen zu lassen, soweit die Gesetze des Landes, an dessen Behörde das Ansuchen gestellt wird, nicht entgegenstehen, auch auf Verlangen Bescheinigung über die geschehene Zustellung zu erheben und mitzuteilen.

## Art. 6.

Für die Besorgung der Zustellungen und Ersuchschreiben sollen gegenseitig keine Kosten und kein Porto berechnet werden. \*)

## Art. 7.

Gegenwärtige Übereinkunft ist auf fünf Jahre abgeschlossen und bleibt fünf weitere Jahre in Kraft, wenn sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums keine

---

\*) In Übereinstimmung mit dem schweizerischen Bundesrate ist die in Vollziehung dieses Übereinkommens stattfindende Korrespondenz der beiderseitigen Gerichtsbehörden nicht als reine Staatsdienstsache im Sinne des Art. 23 des deutsch-schweizerischen Postvertrages vom 11. April 1868 zu betrachten.

Es kann daher den beiderseitigen Postverwaltungen gegenüber ein Anspruch auf portofreie Beförderung jener Korrespondenz nicht erhoben werden und werden deshalb die Grossh. Gerichte angewiesen, ihre bezüglichen Ersuchschreiben frankiert, die in Erledigung von Requisitionen aargauischer Gerichte ergehenden Schreiben aber unfrankiert abzusenden, sowie darauf zu achten, dass ihnen die Ersuchschreiben der letzteren in Gemässheit der Anordnung des schweizerischen Bundesrates stets frankiert zugehen sollen. Bekanntmachung v. 9. Juli 1874 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 377).



der beiden Regierungen ihren Rücktritt erklärt, und so fort von fünf zu fünf Jahren. \*)

## XX. Serbien.

### 1) Auslieferung von Verbrechern und Requisitionen in Strafsachen.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Serbien vom 6. Januar 1883.

(Reichsges.-Bl. S. 62.)

#### Art. XXV.

Über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher und Erledigung der Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den hohen vertragschliessenden Teilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden.\*\*) Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem Deutschen Reiche in Serbien dieselben Rechte und Vergünstigungen, welche seitens Serbiens einem andern Staate durch derartige Vereinbarungen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden, insoweit zustehen, als seitens des Deutschen Reiches im einzelnen Falle für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit an Serbien zugesichert wird.

### 2) Zutritt zu den Gerichten. — Aktiengesellschaften etc.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Serbien vom 6. Januar 1883.

(Reichsges.-Bl. S. 41.)

#### Art. II.

Soweit die beiderseitigen Angehörigen wegen Verfolgung oder Verteidigung ihrer Rechte und Interessen sich an die Behörden und Gerichte des Landes zu wenden haben, sollen sie gleichfalls alle Rechte und Befreiungen der Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Teile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des andern Teils diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

## XXI. Spanien.

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Spanien vom 2. Mai 1878.

(Reichsges.-Bl. S. 213.)

#### Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen

---

\*) Diese Übereinkunft war gekündigt worden, es sind jedoch beide Teile übereingekommen, dass dieselbe gleichwohl bis zum Ablauf von sechs Monaten vom Zeitpunkte einer weitem Kündigung auch fernerhin in Geltung bleiben soll. Bekanntmachung v. 16. März 1872 (Ges.- u. V.-O.-Bl. S. 139.)

Eine weitere Kündigung ist nicht erfolgt.

\*\*) Eine solche ist bis jetzt nicht erschienen.



Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgezählten strafbaren, im Gebiete des ersuchenden Staates begangenen und daselbst strafbaren Handlungen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind und im Gebiete des andern Teils sich aufhalten, nämlich:

1) wegen Totschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindesmordes;

2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;

3) wegen Aussetzung eines Kindes unter sieben Jahren oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hilfloser Lage;

4) wegen Raubes, Verheimlichung, Entführung, Unterdrückung, Verwechslung oder Unterschiebung eines Kindes;

5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;

6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;

7) wegen Eindringens in eine fremde Wohnung, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht und die Handlung nach der Gesetzgebung beider Teile strafbar ist;

8) wegen Bedrohung mit Begehung eines Verbrechens;

9) wegen unbefugter Bildung einer Bande, in der Absicht, Personen oder Eigentum anzugreifen;

10) wegen mehrfacher Ehe;

11) wegen Notzucht;

12) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder unter Drohungen in den von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedrohten Fällen;

13) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder andern Geschlechts unter vierzehn oder unter zwölf Jahren, je nachdem auf die verfolgte That die in dem Gebiete des einen oder des andern der vertragenden Teile geltenden strafgesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, sowie wie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzuchtiger Handlungen;

14) wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts;

15) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge gehabt hat;

16) wegen Raubes und Diebstahls;

17) wegen Unterschlagung, Untreue und Erpressung in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht sind;

18) wegen Betrugs in denjenigen Fällen, in welchen derselbe nach der Gesetzgebung beider Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist;



19) wegen betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;

20) wegen Meineides;

21) wegen falschen Zeugnisses und falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedroht sind;

22) wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;

23) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

24) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beschädigung, Vernichtung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

25) wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln, in der Absicht, sie als echte zu verwenden, und wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel;

26) wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergeld;

27) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

28) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

29) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamter;

30) wegen Bestechung öffentlicher Beamter zum Zwecke einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

31) wegen folgender strafbarer Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

a) vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes,

b) vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes,

c) Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehreren Schiff sleuten auf Verabredung gemeinschaftlich geleistet ist;

32) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger, gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

Wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzuges auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;



33) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, öffentlichen Denkmälern oder öffentlich ausgestellten Kunstgegenständen; von baulichen Anlagen, Lebensmitteln, Waren oder andern beweglichen Sachen; von Feldfrüchten, Pflanzen aller Art, Bäumen oder Pfropfreisern, von landwirtschaftlichen Gerätschaften, von Haus- oder andern Tieren, — in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;

34) wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eines der im gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Verbrechen oder Vergehen erlangt worden sind, wofern diese Handlung nach der Gesetzgebung der beiden vertragschliessenden Teile strafbar ist.

Es kann indessen, wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebietes des ersuchenden Teils begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben, ausserhalb seines Gebietes begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

#### Art. 2.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der in Artikel 1 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

#### Art. 3.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die spanische Regierung und vonseiten dieser kein Spanier an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert werden.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Spanier, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Spanien, die seitens der spanischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Spanien oder wenn die seitens der spanischen Regierung reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung oder vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.



## Art. 5.

Wenn eine reklamierte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Teile überlassen, seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

## Art. 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden auf solche Personen, die sich irgend eines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen eines der in Artikel 1 und 2 angeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, welche mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden, es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens oder Vergehens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder endgültig freigesprochen ist, während dreier Monate im Lande bleibt oder nach Verlassen desselben wieder in dasselbe zurückkehrt.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Vergehen, noch als mit einem solchen im Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlags, Mordes oder Giftmordes bildet.

## Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

## Art. 8.

Die Auslieferung eines der in Art. 1 und 2 aufgeführten strafbaren Handlungen Beschuldigten soll bewilligt werden auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts auf Versetzung in den Anklagestand oder Eröffnung des Hauptverfahrens, oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines andern von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und worin der Thatbestand, sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angegeben ist, — sofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt.

Die Anträge auf Auslieferung erfolgen im diplomatischen Wege. Der Schriftwechsel und die Verhandlungen können jedoch je nach den Umständen



des einzelnen Falles unmittelbar zwischen der bei der Auslieferung beteiligten Regierung des Deutschen Reiches und der spanischen Regierung stattfinden.

#### Art. 9.

Der wegen einer der in Artikel 1 und 2 aufgezählten strafbaren Handlungen Verfolgte darf in dringenden Fällen auf Grund einer amtlichen Mitteilung der zuständigen Behörde des die Auslieferung betreibenden Staates vorläufig festgenommen werden.

#### Art. 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitze des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, dem ersuchenden Staate mitübergeben werden und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung Auszuliefernder durch ihr Landesgebiet auf Grund einfacher Beibringung eines der in Art. 8 dieses Vertrages näher bezeichneten gerichtlichen Dokumente in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in dem gegenwärtigen Vertrage inbegriffen ist und nicht unter die Bestimmungen der vorangehenden Artikel 6 und 7 fällt.

#### Art. 12.

Die vertragenden Teile verzichten darauf, die Erstattung derjenigen Kosten zu verlangen, welche ihnen aus der Festnahme und dem Unterhalte des Auszuliefernden und seinem Transporte bis zur Grenze erwachsen, willigen vielmehr gegenseitig darin, diese Kosten selbst zu tragen.

#### Art. 13.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen oder Vergehen gehören, einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche sich im Gebiete des andern Teils aufhalten, oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem Wege mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstand hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist, oder wenn es sich um rein fiskalische Vergehen handelt.



Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

#### Art. 14.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen notwendig ist, so wird die Regierung des Landes, in welchem der Zeuge sich aufhält, ihn auffordern, der an ihn ergehenden Ladung Folge zu leisten. In diesem Falle werden ihm die Kosten der Reise, welche von seinem derzeitigen Aufenthaltsorte zu berechnen sind, sowie die Kosten des Aufenthalts nach den Tarifsätzen und den Reglements des Landes bewilligt, wo die Vernehmung stattfinden soll; auch kann dem Zeugen auf seinen Antrag durch die Behörden seines Wohnorts der Gesamtbetrag oder ein Teil der Reisekosten vorgeschossen werden; diese Kosten werden demnächst von der bei der Vernehmung interessierten Regierung zurückerstattet.

In keinem Falle darf ein Zeuge, welcher infolge der in dem einen Lande an ihn ergangenen Vorladung freiwillig vor den Richtern des andern Landes erscheint, daselbst wegen früherer strafbarer Handlungen oder Verurteilungen oder unter dem Vorwande der Mitschuld an den Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung, in welcher er als Zeuge erscheinen soll, bilden, zur Untersuchung gezogen oder in Haft genommen werden. Hierbei kommt es auf die Staatsangehörigkeit des Zeugen nicht an.

#### Art. 15.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, die Mitteilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden des andern Landes sind, für notwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem Wege gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Rücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.

#### Art. 16.

Die vertragenden Teile machen sich verbindlich, sich gegenseitig die Straferkenntnisse wegen Verbrechen und Vergehen jeder Art mitzuteilen, welche von den Gerichten des einen Landes gegen Angehörige des andern Landes ergehen.

Diese Mitteilung wird auf diplomatischem Wege erfolgen und zwar durch vollständige oder auszugsweise Übersendung des ergangenen und rechtskräftig gewordenen Urteils an die Regierung desjenigen Staates, welchem der Verurteilte angehört. \*)

---

\*) Das Muster, nach welchen die Auszüge zu fertigen sind, ist im Anhang abgedruckt.



## Art. 17.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen für die auswärtigen Besitzungen Spaniens mit der Massgabe Anwendung finden, dass für dieselben die im letzten Absatze des Art. 9 vorgesehene Frist statt zwei drei Monate beträgt.

## Art. 18.

Der gegenwärtige Vertrag soll zehn Tage nach seiner in Gemässheit der durch die Gesetzgebung der vertragenden Teile vorgeschriebenen Formen erfolgten Veröffentlichung in Kraft treten. Von diesem Zeitpunkte ab verlieren die früher zwischen Staaten des Deutschen Reiches und Spanien abgeschlossenen Auslieferungsverträge ihre Gültigkeit. \*)

## 2) Zutritt zu den Gerichten. — Aktiengesellschaften.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Spanien vom 12. Juli 1883.  
(Reichsges.-Bl. S. 307.)

## Art. 3.

Die Angehörigen jedes der hohen vertragschliessenden Teile sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

## Art. 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle und finanzielle Gesellschaften, welche im Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Teile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des andern Teiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

## XXII. Uruguay.

Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem orientalischen Freistaate Uruguay vom 12. Febr. 1880. (Reichsges.-Bl. S. 287.)

## Art. 1.

Die hohen vertragenden Teile verpflichten sich durch gegenwärtigen Vertrag, sich einander in allen nach den Bestimmungen desselben zulässigen Fällen diejenigen Personen auszuliefern, welche wegen einer der nachstehend aufgezählten strafbaren, im Gebiete des ersuchenden Teils begangenen und daselbst strafbaren Handlungen, sei es als Thäter oder Teilnehmer, verurteilt oder in Anklagestand versetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind und im Gebiete des andern Teils sich aufhalten, nämlich:

1) wegen Totschlags, Mordes, Giftmordes, Elternmordes und Kindesmordes;

---

\*) Dies trifft den zwischen Baden und Spanien abgeschlossenen Auslieferungsvertrag vom 14. Dez. 1860 (R.-Bl. 1861 S. 117).



- 2) wegen vorsätzlicher Abtreibung der Leibesfrucht;
- 3) wegen Aussetzung eines Kindes unter sieben Jahren oder vorsätzlicher Verlassung eines solchen in hilfloser Lage;
- 4) wegen Raubes, Verheimlichung, Entführung, Unterdrückung, Verwechslung oder Unterschlebung eines Kindes;
- 5) wegen Entführung einer minderjährigen Person;
- 6) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beraubung der persönlichen Freiheit eines Menschen, insofern sich eine Privatperson derselben schuldig macht;
- 7) wegen Eindringens in eine fremde Wohnung, insofern sich eine Privatperson desselben schuldig macht und die Handlung nach der Gesetzgebung beider Teile strafbar ist;
- 8) wegen Bedrohung mit Begehung eines Verbrechens;
- 9) wegen unbefugter Bildung einer Bande, in der Absicht, Personen oder Eigentum anzugreifen;
- 10) wegen mehrfacher Ehe;
- 11) wegen Notzucht;
- 12) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit Gewalt oder unter Drohungen in den von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedrohten Fällen;
- 13) wegen Vornahme unzuchtiger Handlungen mit oder ohne Gewalt oder Drohungen an einer Person des einen oder andern Geschlechts unter vierzehn oder unter zwölf Jahren, je nachdem auf die verfolgte That die in dem Gebiete des einen oder des andern der vertragenden Teile geltenden strafgesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden, sowie wegen Verleitung solcher Personen zur Verübung oder Duldung unzuchtiger Handlungen;
- 14) wegen gewohnheitsmässiger Kuppelei mit minderjährigen Personen des einen oder andern Geschlechts;
- 15) wegen vorsätzlicher Misshandlung oder Verletzung eines Menschen, welche eine voraussichtlich unheilbare Krankheit oder dauernde Arbeitsunfähigkeit oder den Verlust des unumschränkten Gebrauchs eines Organs, eine schwere Verstümmelung oder den Tod, ohne den Vorsatz zu töten, zur Folge gehabt hat;
- 16) wegen Raubes und Diebstahls;
- 17) wegen Unterschlagung, Untreue und Erpressung in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider vertragenden Teile mit Strafe bedroht sind;
- 18) wegen Betrugs in denjenigen Fällen, in welchen derselbe nach der Gesetzgebung beider Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist;
- 19) wegen betrüglichen Bankerotts und betrüglicher Benachteiligung einer Konkursmasse;
- 20) wegen Meineides;
- 21) wegen falschen Zeugnisses und wegen falschen Gutachtens eines Sachverständigen oder Dolmetschers in den Fällen, in welchen diese Handlungen von der Gesetzgebung beider Teile mit Strafe bedroht sind;
- 22) wegen Verleitung eines Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetschers zum Meineide;



23) wegen Fälschung von Urkunden oder telegraphischen Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden, sowie wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Urkunden und telegraphischer Depeschen in betrügerischer Absicht oder in der Absicht, jemanden zu schaden;

24) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Beschädigung, Vernichtung oder Unterdrückung einer öffentlichen oder Privaturkunde, begangen in der Absicht, einem andern zu schaden;

25) wegen Fälschung oder Verfälschung von Stempeln, Stempelzeichen, Marken oder Siegeln in der Absicht, sie als echte zu verwenden, oder wegen wissentlichen Gebrauchs falscher oder gefälschter Stempel, Stempelzeichen, Marken oder Siegel;

26) wegen Falschmünzerei, nämlich wegen Nachmachens und Veränderns von Metall- und Papiergeld, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens von nachgemachtem oder verfälschtem Metall- oder Papiergelde;

27) wegen Nachmachens und Verfälschens von Bankbillets und andern vom Staate oder unter Autorität des Staates von Korporationen, Gesellschaften oder Privatpersonen ausgegebenen Schuldverschreibungen und sonstigen Wertpapieren, sowie wegen wissentlichen Ausgebens und Inumlaufsetzens solcher nachgemachten oder gefälschten Bankbillets, Schuldverschreibungen und anderer Wertpapiere;

28) wegen vorsätzlicher Brandstiftung;

29) wegen Unterschlagung und Erpressung seitens öffentlicher Beamten;

30) wegen Bestechung öffentlicher Beamten zum Zwecke einer Verletzung ihrer Amtspflicht;

31) wegen folgender strafbarer Handlungen der Schiffsführer und Schiffsmannschaften auf Seeschiffen:

a. vorsätzliche und rechtswidrige Zerstörung eines Schiffes;

b. vorsätzlich bewirkte Strandung eines Schiffes;

c. Widerstand mit Thätlichkeiten gegen den Schiffsführer, wenn dieser Widerstand von mehreren Schiff sleuten auf Verabredung gemeinschaftlich geleistet ist;

32) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger gänzlicher oder teilweiser Zerstörung von Eisenbahnen, Dampfmaschinen oder Telegraphenanstalten;

wegen vorsätzlicher Störung eines Eisenbahnzugs auf der Fahrbahn durch Aufstellen, Hinlegen oder Hinwerfen von Gegenständen, durch Verrückung von Schienen oder ihrer Unterlagen, durch Wegnahme von Weichen oder Bolzen, oder durch Bereitung von Hindernissen anderer Art, welche dazu geeignet sind, den Zug aufzuhalten oder aus den Schienen zu bringen;

33) wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung oder Beschädigung von Gräbern, öffentlichen Denkmälern oder öffentlich ausgestellten Kunstgegenständen, von baulichen Anlagen, Lebensmitteln, Waren oder anderen beweglichen Sachen, von Feldfrüchten, Pflanzen aller Art, Bäumen oder Pfropfreisern, von landwirtschaftlichen Gerätschaften, von Haus- oder andern Tieren, — in denjenigen Fällen, in welchen diese Handlungen nach der Gesetzgebung beider vertragenden Teile als Verbrechen oder Vergehen strafbar sind;



34) wegen Verhehlung von Sachen, welche durch eines der im gegenwärtigen Verträge vorgesehenen Verbrechen oder Vergehen erlangt worden sind, wofern diese Handlung nach der Gesetzgebung der beiden vertragsschliessenden Teile strafbar ist.

Es kann indessen, wenn das Verbrechen oder Vergehen, wegen dessen ein Antrag auf Auslieferung gestellt wird, ausserhalb des Gebiets des ersuchenden Teils begangen worden ist, diesem Antrage alsdann stattgegeben werden, wenn nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates wegen derselben, ausserhalb seines Gebiets begangenen Handlungen eine gerichtliche Verfolgung statthaft ist.

#### Art. 2.

Die Auslieferung kann auch wegen Versuchs einer der im Art. 1 aufgeführten strafbaren Handlungen stattfinden, wenn der Versuch derselben nach der Gesetzgebung der beiden vertragenden Teile mit Strafe bedroht ist.

#### Art. 3.

Kein Deutscher wird vonseiten der Regierungen des Deutschen Reichs an die Regierung von Uruguay und vonseiten dieser kein Staatsangehöriger von Uruguay an eine Regierung des Deutschen Reichs ausgeliefert werden.

Ist die reklamierte Person weder ein Deutscher noch ein Staatsangehöriger von Uruguay, so kann der Staat, an welchen der Auslieferungsantrag gerichtet wird, von dem gestellten Antrage diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen, und wenn diese Regierung ihrerseits den Angeeschuldigten beansprucht, um ihn vor ihre Gerichte zu stellen, so kann diejenige Regierung, an welche der Auslieferungsantrag gerichtet ist, den Angeeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder der andern Regierung ausliefern.

#### Art. 4.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Uruguay, die seitens der Regierung von Uruguay reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen derselben strafbaren Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, in Untersuchung gewesen und ausser Verfolgung gesetzt worden, oder sich noch in Untersuchung befindet oder bereits bestraft worden ist.

Wenn die von einer Regierung des Deutschen Reichs reklamierte Person in Uruguay oder wenn die seitens der Regierung von Uruguay reklamierte Person in einem der Staaten des Deutschen Reichs wegen einer andern strafbaren Handlung in Untersuchung ist, so soll ihre Auslieferung bis zur Beendigung dieser Untersuchung und vollendeter Vollstreckung der etwa gegen sie erkannten Strafe aufgeschoben werden.

#### Art. 5.

Wenn eine reklamierte Person Verbindlichkeiten gegen Privatpersonen eingegangen ist, an deren Erfüllung sie durch die Auslieferung verhindert



wird, so soll dieselbe dennoch ausgeliefert werden, und es bleibt dem dadurch beeinträchtigten Teile überlassen, seine Rechte bei der zuständigen Behörde geltend zu machen.

#### Art. 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags finden auf solche Personen, die sich irgend eines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung. Die Person, welche wegen eines der in Art. 1 und 2 angeführten gemeinen Verbrechen oder Vergehen ausgeliefert worden ist, darf demgemäss in demjenigen Staate, an welchen die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines von ihr vor der Auslieferung verübten politischen Verbrechens oder Vergehens, noch wegen einer Handlung, welche mit einem solchen politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang steht, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches in dem gegenwärtigen Vertrage nicht vorgesehen ist, zur Untersuchung gezogen und bestraft werden; es sei denn, dass dieselbe, nachdem sie wegen des Verbrechens oder Vergehens, welches zur Auslieferung Anlass gegeben hat, bestraft oder endgültig freigesprochen ist, während dreier Monate im Lande bleibt oder nach Verlassen desselben wieder in dasselbe zurückkehrt.

Der Angriff gegen das Oberhaupt einer fremden Regierung oder gegen Mitglieder seiner Familie soll weder als politisches Vergehen, noch mit einem solchen im Zusammenhang stehend angesehen werden, wenn dieser Angriff den Thatbestand des Totschlags, Mordes oder Giftmordes bildet.

#### Art. 7.

Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn nach den Gesetzen desjenigen Staates, in welchem der Verfolgte zur Zeit, wo die Auslieferung beantragt wird, sich aufhält, Verjährung der strafgerichtlichen Verfolgung oder der erkannten Strafe eingetreten ist.

#### Art. 8.

Die Auslieferung eines der in Artikel 1 und 2 aufgeführten strafbaren Handlungen Beschuldigten soll bewilligt werden auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses oder auf Grund eines förmlichen Beschlusses des zuständigen Gerichts auf Versetzung in den Anklagestand oder Eröffnung des Hauptverfahrens oder auch auf Grund eines Haftbefehls oder eines andern von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat und worin der Thatbestand sowie die darauf anwendbare strafgesetzliche Bestimmung genau angegeben ist, insofern diese Schriftstücke in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift und zwar in denjenigen Formen beigebracht sind, welche die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorschreibt.

Auch sollen, sofern dies möglich ist, das Signalement der reklamierten Person und alle andern zur Feststellung ihrer Identität geeigneten Angaben beigebracht werden.



Die Auslieferung erfolgt infolge von Anträgen, welche in diplomatischem oder konsularischem Wege bei der Regierung desjenigen vertragenden Teils oder Landes, von welchem die Auslieferung erfolgen soll, gestellt sind.

#### Art. 9.

In dringenden Fällen und insbesondere, wenn Gefahr der Flucht vorhanden ist, kann jede der respektiven Regierungen unter Berufung auf das Vorhandensein eines verurteilenden Erkenntnisses oder eines Haftbefehls oder irgend eines andern von der zuständigen Behörde erlassenen Dokuments, welches die gleiche Geltung hat, in kürzester Weise, selbst auf telegraphischem Wege, die Verhaftung des Verbrechers beantragen und erwirken, unter der Bedingung, dass innerhalb neunzig Tagen das Dokument, auf dessen Vorhandensein man sich berufen hat, beigebracht wird. Wird diese Bedingung innerhalb der genannten Frist nicht erfüllt, so wird der Gefangene freigelassen werden.

#### Art. 10.

Alle in Beschlag genommenen Gegenstände, welche sich zur Zeit der Festnahme im Besitz des Auszuliefernden befinden, sollen, wenn die zuständige Behörde des um die Auslieferung ersuchten Staates die Ausantwortung derselben angeordnet hat, dem ersuchenden Staate mitübergeben werden und es soll sich diese Überlieferung nicht bloss auf die entfremdeten Gegenstände, sondern auf alles erstrecken, was zum Beweise der strafbaren Handlung dienen könnte.

Jedoch werden die Rechte dritter Personen an den oben erwähnten Gegenständen vorbehalten und es sollen ihnen dieselben nach dem Schlusse des gerichtlichen Verfahrens kostenfrei zurückgegeben werden.

#### Art. 11.

Die vertragenden Teile gestatten ausdrücklich die Auslieferung mittelst Durchführung Auszuliefernder durch ihr Landesgebiet auf Grund einfacher Beibringung eines der in Artikel 8 dieses Vertrags näher bezeichneten gerichtlichen Dokumente, in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, vorausgesetzt, dass die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung beantragt wird, in dem gegenwärtigen Verträge inbegriffen ist und nicht unter die Bestimmungen der vorangehenden Artikel 6 und 7 fällt.

#### Art. 12.

Die Kosten, welche aus der Festnahme, Bewachung, dem Unterhalte und Transporte der Personen, deren Auslieferung bewilligt worden, sowie aus dem Transporte der im Artikel 10 bezeichneten Gegenstände erwachsen, sollen jedem der vertragenden Teile innerhalb der Grenzen ihrer respektiven Gebiete zur Last fallen.

Die Kosten des Unterhalts und Seetransports zwischen den beiden Ländern kommen auf Rechnung desjenigen Landes, welches die Auslieferung beantragte.



## Art. 13.

Wenn in einem Strafverfahren wegen Handlungen, welche nicht zu den politischen Verbrechen und Vergehen gehören, einer der vertragenden Teile die Vernehmung von Zeugen, welche sich im Gebiete des andern Teils aufhalten oder irgend eine andere Untersuchungshandlung für notwendig erachten sollte, so wird ein entsprechendes Ersuchschreiben auf diplomatischem oder konsularischem Wege der betreffenden Regierung mitgeteilt und demselben nach Massgabe der Gesetzgebung des Landes, wo der Zeuge vernommen oder der Akt vorgenommen werden soll, Folge gegeben werden. Die Ausführung des Antrags kann verweigert werden, wenn die Untersuchung eine Handlung zum Gegenstand hat, welche nach den Gesetzen des Staates, an welchen das Ersuchschreiben gerichtet ist, nicht strafbar ist.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf alle Ersatzansprüche wegen der aus der Ausführung der Requisition entspringenden Kosten, sofern es sich nicht um Gutachten in Straf- oder Handelssachen oder Sachen der gerichtlichen Medizin handelt, welche mehrere Termine erfordern.

## Art. 14.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstande hat, das persönliche Erscheinen eines Zeugen für notwendig erachtet wird, so wird die Regierung des Landes, in welchem er sich aufhält, ihn befragen, ob er bereit ist, der Aufforderung Folge zu leisten, welche zu diesem Ende die andere Regierung erlassen hat.

Wenn die requirierten Zeugen sich zu der Reise verstehen, so werden die respektiven Regierungen sich gegenseitig verständigen, um die Entschädigung, welche ihnen nach Entfernung und Aufenthaltszeit durch die ersuchende Regierung zu gewähren ist, sowie die Summe, welche letztere ihnen vorzuschliessen haben wird, festzusetzen.

In keinem Falle dürfen die Zeugen während ihres Aufenthalts in dem Lande, wo sie vernommen werden sollen, noch während der Hin- oder Rückreise wegen einer vor der an sie ergangenen Ladung begangenen strafbaren Handlung in Haft genommen oder belästigt werden.

## Art. 15.

Wenn in einer Strafsache, welche nichtpolitische Verbrechen oder Vergehen zum Gegenstand hat, die Mitteilung von Beweisstücken oder von Urkunden, die in den Händen der Behörden des andern Landes sind, für notwendig oder nützlich erachtet wird, so soll deshalb das Ersuchen auf diplomatischem oder konsularischem Wege bei der betreffenden Regierung gestellt und demselben, wenn nicht besondere Bedenken entgegenstehen, stattgegeben werden, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Beweisstücke und Urkunden zurückgesandt werden.

Die vertragenden Teile verzichten gegenseitig auf Ersatz der Kosten, welche aus der Ausantwortung und Rücksendung der Beweisstücke und Urkunden bis zur Grenze entstehen.



## XXIII. Südafrikanische Republik.

### 1) Auslieferung von Verbrechern.

### 2) Zutritt zu den Gerichten. — Aktiengesellschaften.

Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Südafrikanischen Republik vom 22. Januar 1885 (Reichsges.-Bl. 1886 S. 209.)

#### Art. 3.

Die Deutschen in der Südafrikanischen Republik und die Angehörigen der Südafrikanischen Republik in Deutschland sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben und hinsichtlich der Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte alle Befreiungen und Vorrechte der Inländer geniessen.

#### Art. 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche im Gebiete des einen der vertragschliessenden Teile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des andern Teils alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

#### Art. 31.

Über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den vertragschliessenden Teilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. \*) Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem Deutschen Reiche in der Südafrikanischen Republik dieselben Rechte und Vergünstigungen, welche seitens dieser Republik einem andern Staate in diesen Beziehungen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden, insoweit zustehen, als seitens des Deutschen Reichs bei Stellung des Antrags für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit an die Südafrikanische Republik zugesichert wird.

## XXIV. Zanzibar.

Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Sultan von Zanzibar vom 20. Dezember 1885 (Reichsges.-Bl. 1886 S. 261).

#### Art. XVI.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs geniessen innerhalb des Gebiets Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar das Recht der Exterritorialität.

Wenn Zwistigkeiten zwischen einem Unterthan Seiner Hoheit des Sultans oder einer durch Konsuln bei Seiner Hoheit nichtvertretenen, nichtchristlichen Nation und einem Angehörigen des Deutschen Reichs entstehen, so soll, falls der deutsche Unterthan der Kläger ist, die Angelegenheit von der höchsten

---

\*) Eine solche ist noch nicht erschienen.



Behörde Seiner Hoheit des Sultans oder einer von derselben besonders dazu ernannten Person verhört und entschieden werden. Die desfallsigen Verhandlungen und die Entscheidung sollen jedoch nur dann als rechtsgültig erachtet werden, wenn dem Deutschen Konsul oder seinem Stellvertreter von denselben Anzeige gemacht und Gelegenheit gegeben worden ist, selbst oder durch eine von ihm dazu abgeordnete Person denselben beizuwohnen. \*)

Auf Requisition der deutschen Konsulatsbehörde soll die Regierung Seiner Hoheit derselben für Vornahme von Verhaftungen oder andern Amtshandlungen Polizeihilfe zur Verfügung stellen.

---

## Nachtrag.

(Während des Drucks erschienen.)

---

### XXV. Guatemala.

Freundschafts- und Handelsvertrag des Deutschen Reiches mit der Republik Guatemala  
vom 20. Sept. 1887 (Reichsges.-Bl. 1888 S. 238).

#### Art. 5.

Den Angehörigen des einen und des andern der vertragenden Teile soll in beiden Ländern vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Person und ihres Eigentums zuteil werden. Sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zwecke können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen.

Auch sollen sie die Befugnis haben, bei den Beschlüssen und Urteilsprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie beteiligt sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen gestatten.

Sie werden im übrigen in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vorteile genießen, wie die Landesangehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letztern auferlegt sind oder sein werden.

### XXVI. Honduras.

Freundschafts- und Handelsvertrag des Deutschen Reiches und der Republik Honduras  
vom 12. Dezember 1887 (Reichsges.-Bl. 1888 S. 262).

#### Art. 5.

Den Angehörigen des einen und des andern der vertragenden Teile soll in beiden Ländern vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Person und

---

\*) Es ist gegenüber den Angehörigen des Deutschen Reiches als Beklagte die Konsulargerichtsbarkeit zugelassen.



ihres Eigentums zuteil werden. Sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen.

Auch sollen sie die Befugnis haben, bei den Beschlüssen und Urteilsprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie beteiligt sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen gestatten.

Sie werden im übrigen in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vorteile geniessen, wie die Landesangehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letztern auferlegt sind oder sein werden.

---



# Anhang.

## I.

### Bad. Verordnung vom 13. Februar 1888, die im Auslande zu erledigenden Ersuch- schreiben betr.

Die Vorschriften, welche die Justizbehörden bei der Stellung von solchen Anträgen zu beobachten haben, welche im Auslande \*) zu erledigen sind, werden, soweit diese Anträge nicht die Festnahme oder Auslieferung verfolgter Personen bezwecken, nachstehend zusammengestellt und den Justizbehörden zur genauen Beachtung empfohlen.

#### I. Rechtshilfe.

##### A. Allgemeine Bemerkungen.

1) Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf die Ersuchen um Vornahme gerichtlicher Amtshandlungen im Auslande (Rechtshilfe), gleichviel, ob dieselben Angelegenheiten der freiwilligen oder der streitigen Gerichtsbarkeit betreffen.

2) Das Ersuchen um Rechtshilfe erfolgt mittelst eines in deutscher Sprache an die ersuchte Behörde gerichteten Schreibens, welches von der ersuchenden Behörde zu unterzeichnen ist. Unstatthaft ist hierbei die Form eines Randschreibens.

Namens des Gerichts hat der Vorsitzende oder der Untersuchungsrichter mit Angabe seines Amtscharakters zu unterzeichnen.

Der Unterschrift ist das Amtssiegel beizudrucken.

3) Das Ersuchschreiben muss den Gegenstand des Ersuchens vollständig und deutlich bezeichnen.

Bei Ersuchen um Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen, oder um Abnahme von Eiden ist in dem Schreiben hervorzuheben, welche Personen nach den inländischen Vorschriften das Recht haben, der Vernehmung beziehungsweise der

---

\*) D. i. ein nicht zum Deutschen Reiche gehöriges Gebiet.



Eidesabnahme beizuwohnen. Damit ist, falls solche Personen bezeichnet sind, und nicht mit Rücksicht auf den Aufenthaltsort dieser Personen die Benachrichtigung derselben von dem Termine in anderer Weise zweckmässig erscheint, die Bitte zu verbinden, die ersuchende Behörde von dem anberaumten Termine rechtzeitig zu benachrichtigen. Die letztere hat dann die Beteiligten von dem Termine in Kenntnis zu setzen (vergl. jedoch für Norwegen Ziffer 36).

Die Übersendung von Akten zur Erläuterung des Ersuchens ist unstatthaft. Ist zur Erledigung des Ersuchens die Kenntnis des Akteninhalts erforderlich, so ist eine gedrängte Darstellung des Sachverhältnisses in das Ersuchschreiben aufzunehmen oder demselben als Anlage beizufügen. Bedarf es der Mitteilung von Urkunden, so ist eine beglaubigte Abschrift derselben beizufügen, das Original aber nur dann, wenn dessen Einsicht unentbehrlich erscheint.

4) Den Gerichten und Staatsanwaltschaften wird empfohlen, alle im Auslande zu erledigenden Ersuchschreiben, insoweit nicht unmittelbarer Schriftwechsel mit den Behörden des betreffenden fremden Staates zulässig ist (vergl. Ziffer 33: Österreich, Ziffer 37: Schweiz), dem Grossherzoglichen Staatsministerium mit dem Ersuchen um weitere Beförderung vorzulegen. Bei Ersuchen um Zustellungen ist den zuzustellenden Schriftstücken bei deren Vorlage an das Staatsministerium kein an die zustellende Behörde gerichtetes Ersuchschreiben, sondern nur der Vorlagebericht beizulegen.

5) Alle im unmittelbaren Geschäftsverkehr beförderten Ersuchschreiben, insbesondere alle Sendungen, welche die Justizbehörden aus besondern Gründen nicht durch Vermittelung des Grossherzoglichen Staatsministeriums, sondern unmittelbar diplomatischen Vertretern des Reichs und den Konsuln zugehen lassen, sind von der absendenden Behörde zu frankieren. Zur Erleichterung der postalischen Behandlung dieser Schreiben empfiehlt sich für die äussere Adresse derselben die Anwendung lateinischer Schriftzeichen, soweit in dem betreffenden fremden Lande die deutsche Sprache nicht als Landessprache gilt.

6) Das Ersuchen um eine im Auslande zu bewirkende Zustellung ist zu richten:

- a. an die zuständige Behörde des fremden Staates in denjenigen Fällen, in welchen nach den bestehenden Vereinbarungen ein unmittelbarer Schriftwechsel mit den Behörden des betreffenden fremden Staates zulässig ist (vergl. Ziffer 33: Österreich-Ungarn, jedoch Ausnahme Absatz 3 daselbst, und 37: Schweiz); in andern Fällen
- b. an denjenigen deutschen Konsul, in dessen Amtsbezirk die Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, sich befindet, falls anzunehmen ist, dass die Zustellung ohne diplomatische Verwendung bei der fremden Regierung bewirkt werden kann; sonst



c. an den bei dem fremden Staat beglaubigten diplomatischen Vertreter des Reichs.

In den unter a erwähnten Fällen sind die Ersuchschreiben unmittelbar an ihre Adressen zu übersenden. In allen andern Fällen (b und c) empfiehlt sich die Vorlage der zuzustellenden Schriftstücke an Grossherzogliches Staatsministerium (vergl. Ziffer 4), sofern nicht eine ungewöhnliche Beschleunigung der Zustellung geboten und durch unmittelbaren Verkehr mit dem betreffenden diplomatischen Vertreter oder Konsul erreichbar erscheint.

Die unter b angegebene Voraussetzung trifft ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der Person, welcher zugestellt werden soll, allgemein zu, sobald es sich um eine Zustellung in den Bezirken der mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsuln (vergl. Ziffer 13), in Grossbritannien und Irland oder in den britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen (vergl. Ziffer 29) oder in den Vereinigten Staaten von Amerika (vergl. Ziffer 42) handelt, in den übrigen Ländern aber nur dann, wenn die Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, erweislich oder mutmasslich die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Handelt es sich um die Zustellung einer Ladung, so können in der Ladung zwar die prozessualischen Nachteile herhorgehoben werden, welche für den Geladenen durch sein Ausbleiben in dem Termin entstehen würden, dagegen ist von der Androhung von Strafen und Nachteilen anderer Art für den Fall der Nichtbefolgung der Ladung, z. B. von Geldstrafen bei der Ladung von Zeugen, von der Androhung der Vorführung und Verhaftung bei der Ladung von Angeschuldigten oder Angeklagten, abzusehen, da die Verwirklichung solcher Androhungen, so lange der Geladene sich im Auslande befindet, in der Regel nicht ausführbar ist und die ausländischen Behörden aus solchen Androhungen Anlass nehmen können, die Zustellung abzulehnen. Es ist deshalb für die hier in Rede stehenden Ladungen das für Ladungen im Inlande übliche Formular nicht zu benutzen. Die vorstehende Bestimmung findet jedoch nicht Anwendung, wenn die Ladung im Bezirk eines mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsuls einer dieser Gerichtsbarkeit unterworfenen Person zugestellt werden soll.

Für alle Ladungen, welche im Auslande zugestellt werden müssen, ist bei der Anberaumung des Termins nach Massgabe der örtlichen und Verkehrsverhältnisse und unter Berücksichtigung des durch die Inanspruchnahme ausländischer Behörden entstehenden Zeitverlustes eine geräumige Frist offen zu lassen (vergl. für Russland Ziffer 35).

Den diplomatischen Vertretern und Konsuln des Reichs, mit Ausnahme der zur Ausübung der Gerichtsbarkeit befugten Konsuln, ist nicht gestattet, im Auslande die Zustellung eines zum Zwecke der Pfändung erlassenen gerichtlichen Zahlungs- oder Leistungs-



verbots an den im Auslande befindlichen Drittschuldner auszuführen. Ersuchen an die diplomatischen Vertreter oder an die nicht mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsuln um solche Zustellungen sind deshalb zu unterlassen; vielmehr ist zur Bewirkung von Zustellungen der in Rede stehenden Art die Rechtshilfe der zuständigen auswärtigen Behörde auf dem Ziffer 20 angegebenen Wege in Anspruch zu nehmen.

Hinsichtlich der Ersuchen um Zustellungen in den deutschen Schutzgebieten ist Ziffer 9 zu vergleichen.

#### B. Ersuchen an die Gerichtsbehörden in den deutschen Schutzgebieten.

7) Ersuchschreiben, welche in den Schutzgebieten zur Erledigung gebracht werden sollen, sind ausnahmslos dem Grossherzoglichen Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen.

8) Die amtliche Zuständigkeit der Gerichtsbehörden in den Schutzgebieten ergibt sich aus dem Gesetz vom 17. April 1886, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete (Reichsgesetzblatt Seite 75) und den auf Grund desselben erlassenen Anordnungen. Vergl. die Kaiserliche Verordnung vom 5. Juni 1886, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie (Reichsgesetzblatt Seite 187), sowie die Dienst-anweisung, betreffend die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie vom 1. November 1886 (Central-Blatt für das Deutsche Reich Seite 371); die Kaiserliche Verordnung vom 11. Januar 1887, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse auf den zum Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie gehörigen Salomonsinseln (Reichsgesetzblatt Seite 4), und den Erlass des Reichskanzlers vom 24. Januar 1887, betreffend die Ausdehnung von Verfügungen des Reichskanzlers auf die zu dem Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie gehörigen Inseln der Salomonsgruppe (Central-Blatt für das Deutsche Reich Seite 28); die Kaiserliche Verordnung vom 13. September 1886, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Marschall-, Brown- und Providence-Inseln (Reichsgesetzblatt S. 291); die Dienst-anweisung, betreffend die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Schutzgebiete der Marschall-, Brown- und Providence-Inseln vom 2. Dezember 1886 (Central-Blatt für das Deutsche Reich Seite 397); die Kaiserliche Verordnung vom 18. November 1887, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiet der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (Reichsgesetzblatt S. 527).

9) Zustellungen an Personen, welche sich in einem Schutzgebiet befinden, sind mittels Ersuchens der Gerichtsbehörde zu bewirken; bei Ladungen ist der Termin unter Offenlassung einer besonders geräumigen Frist zu bemessen.

10) Die Ersuchschreiben an die Gerichtsbehörden der Schutz-



gebiete um Zwangsvollstreckungen in bürgerlichen Sachen sind in entsprechender Anwendung des § 700 der Civilprozessordnung von dem Prozessgericht zu erlassen. Der Beifügung einer vollstreckbaren Ausfertigung bedarf es nicht.

#### C. Ersuchen an diplomatische Vertreter des Reiches.

11) Mit den im Auslande beglaubigten diplomatischen Vertretern des Reichs dürfen die Justizbehörden nur in Zustellungsangelegenheiten in Schriftwechsel treten und ist nur für diese der unmittelbare Geschäftsverkehr gestattet. Den Gerichtsbehörden wird jedoch derselbe nur für den Fall empfohlen, dass eine ungewöhnliche Beschleunigung der Zustellung geboten erscheint (Vergl. Ziffer 6.)

Soll in andern Rechtshilfesachen die Thätigkeit eines diplomatischen Beamten in Anspruch genommen werden, wie insbesondere dann, wenn es sich um die Beförderung von Ersuchschreiben an ausländische Behörden im diplomatischen Wege handelt, so ist ausnahmslos dem Grossherzoglichen Staatsministerium Vorlage zu erstatten.

#### D. Ersuchen an deutsche Konsuln.

12) Ersuchschreiben an einen deutschen Konsul, welche durch Vermittelung des Grossherzoglichen Staatsministeriums weiter befördert werden sollen (vergl. Ziffer 6), sind dem letztern unverschlossen mit Bericht vorzulegen.

13) Die amtliche Zuständigkeit der Konsuln im allgemeinen ergibt sich aus dem Gesetze vom 8. November 1867 (Beilage zum Gesetzes- und Verordnungsblatt von 1870 Seite 10 ff.), die der Konsuln mit Gerichtsbarkeit insbesondere aus dem Gesetze vom 10. Juli 1879 (Reichsgesetzblatt Seite 197).

Die im Auslande bestehenden Konsulate, sowie die Abgrenzung ihrer Amts- bzw. Jurisdiktionsbezirke weist das alljährlich durch das Auswärtige Amt veröffentlichte, im Buchhandel erscheinende „Verzeichnis der Kaiserlich deutschen Konsulate“ nach.

Konsulargerichtsbarkeit wird zur Zeit thatsächlich ausgeübt in China, Japan, Korea, Rumänien, Siam, auf den Inseln der Südsee, in der Türkei, einschliesslich Bulgariens und Ägyptens, und in Zanzibar.

14) Soll die Rechtshilfe in einem Lande geleistet werden, in welchem Konsulargerichtsbarkeit geübt wird (vergl. Ziffer 13), so ist, selbst wenn der Konsul zur eigenen Erledigung des Ersuchens nicht zuständig ist, doch das Ersuchschreiben an denselben mit der Bitte um amtliche Verwendung zu richten. In der Regel wird der Konsul durch Verwendung bei der zuständigen Landesbehörde oder bei dem zuständigen Richterkonsul einer andern Macht die Leistung der Rechtshilfe herbeiführen können. Reicht die konsularische Verwendung nicht aus, oder erscheint von vornherein aus



besondern Gründen diplomatische Vermittelung angemessen, so ist die hierauf gerichtete Bitte an Grossherzogliches Staatsministerium zu richten. Der Beifügung eines an die fremde Behörde gerichteten Ersuchschreibens bedarf es nicht.

Wegen Ersuchen um Zustellungen vergl. Ziffer 6.

15) Die Befugnis zur Vernehmung von Angeklagten, welche gerichtsseitig von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden sind und sich im Auslande aufhalten, haben nur die zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Konsuln (vergl. Ziffer 13), da nur sie als ersuchte „Richter“ im Sinne des § 232 der Strafprozessordnung zu betrachten sind. Den übrigen Konsuln steht eine gleiche Befugnis nicht zu. Ersuchen um Rechtshilfe in dieser Richtung sind deshalb, falls die Vernehmung in einem Lande stattfinden soll, in welchem Konsulargerichtsbarkeit nicht geübt wird, selbst dann, wenn der Angeklagte Reichsangehöriger ist, nicht an den betreffenden Konsul, sondern an das zuständige ausländische Gericht zu richten und auf dem Ziffer 20 angegebenen Wege zu befördern.

16) Ausser den mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsuln sind zur Abnahme von Eiden und zur Vernehmung von Zeugen nur diejenigen Konsuln befugt, denen hierzu die Ermächtigung von dem Herrn Reichskanzler auf Grund des § 20 des Gesetzes vom 8. November 1867 (Beilage zum Gesetzes- und Verordnungsblatt von 1870 Seite 10 ff.) ausdrücklich erteilt ist. Die allgemein hierzu ermächtigten Konsuln sind in dem Konsulatsverzeichnis (vergl. Ziffer 13) besonders ersichtlich gemacht; auch wird ein Verzeichnis der betreffenden Konsuln alljährlich durch den Staatsanzeiger (zuletzt Staatsanzeiger 1887 Seite 231 ff.) veröffentlicht.

Für den einzelnen Fall können die Justizbehörden die Erteilung dieser Ermächtigung an einen nicht allgemein mit der entsprechenden Befugnis ausgestatteten Konsul durch Vermittelung des Grossherzoglichen Staatsministeriums unter gleichzeitiger Einreichung des an den Konsul gerichteten offenen Ersuchschreibens nachsuchen.

Regelmässig sind Ersuchen wegen Abnahme eines Eides oder Abhörung eines Zeugen nur dann an einen nicht mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsul zu richten, wenn

- a) die Justizbehörden sich zuvor versichert haben, dass derjenige, um dessen Beeidigung oder Vernehmung es sich handelt, an dem Amtssitz des Konsuls selbst oder in dessen unmittelbarer Nähe sich aufhält, und dass derselbe Reichsangehöriger ist, sowie wenn
- b) nach Lage der Sache anzunehmen ist, dass er bereit sein wird, sich vernehmen zu lassen,

weil der Konsul nur unter dieser Voraussetzung in der Lage ist, dem Ersuchen Folge zu geben (vergl. jedoch für Grossbritannien Ziffer 29).



17) Zur Vollstreckung inländischer Strafurteile sind nur die Konsuln mit Gerichtsbarkeit befugt, und auch diese nur, wenn das Urteil gegen eine Person ergangen ist, welche der Gerichtsbarkeit des Konsuls unterliegt, und insoweit es sich um Geldstrafen oder um Freiheitsstrafen handelt, welche die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen. Um höhere Freiheitsstrafen durch einen mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Konsul vollstrecken zu lassen, bedarf es einer von Reichs wegen zu erteilenden Weisung an den Konsul, welche in einem von der Strafvollstreckungsbehörde an Grossherzogliches Staatsministerium zu richtenden Gesuche zu erbitten ist.

Auch zur Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Sachen sind ausschliesslich die Konsuln mit Gerichtsbarkeit, und nur gegen die ihrer Gerichtsbarkeit unterliegenden Personen befugt. Das betreffende Ersuchschreiben ist in Gemässheit des § 700 der Civilprozessordnung von dem Prozessgerichte zu erlassen. Dem Ersuchschreiben ist die vollstreckbare Ausfertigung beizufügen.

18) Die Erstattung der durch die Erledigung des Ersuchens bei dem ersuchten Konsul nach Massgabe des Gesetzes vom 1. Juli 1872 (Reichsgesetzblatt Seite 245) erwachsenen Auslagen und Gebühren hat nicht an den ersuchten Konsul selbst, auch nicht an die Legationskasse in Berlin, sondern regelmässig mittelst Posteingahlung unter Angabe von Nummer und Betreff des Erlasses, durch welchen die Zahlung in Anforderung gebracht wurde, an die Konsulatsfondsverrechnung des Grossherzoglichen Staatsministeriums zu erfolgen.

Wegen Erhebung eines Kostenvorschusses wird auf § 84 Gerichtskostengesetz verwiesen.

#### E. Ersuchen an ausländische Behörden.

19) Rechtshilfe durch fremde Behörden ist dem Deutschen Reiche bezw. Baden durch den Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich — Ziffer 21 — über die wechselseitige Vollstreckbarkeit der Urteile in bürgerlichen Rechtssachen, sowie die Zustellung gerichtlicher Akte und Ersuchschreiben vom 16. April 1846, Regierungsblatt Seite 133, und den Vertrag zwischen Baden und dem Kanton Aargau, betreffend die gegenseitige Vollstreckbarkeit der Urteile vom <sup>23. August</sup> 28. September 1867, Regierungsblatt Seite 426, sowie für Rheinschiffahrtssachen durch die revidierte Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1869 Seite 183 ff.), im übrigen nur mit Bezug auf Strafsachen in den bestehenden Auslieferungsverträgen gewährleistet.

Die Mehrzahl dieser Verträge enthält ausser den auf die Auslieferung bezüglichen Vereinbarungen auch Bestimmungen über die gegenseitige Bewirkung von Zeugenvernehmungen und andern



Untersuchungsbehandlungen in Strafsachen. (Siehe das Nähere unter F. bei den einzelnen Ländern).

Hiervon abgesehen gewähren die Behörden der fremden Kulturstaaen den diesseitigen Justizbehörden auch ohne Vertrag nach internationalem Herkommen und auf Grund bestehender Gegenseitigkeit Rechtshilfe sowohl in Strafsachen, als in bürgerlichen Sachen, indessen nur mit denjenigen Beschränkungen, welche sich aus internationalem Gebrauch und den betreffenden Landesgesetzen ergeben.

20) Die an fremde Behörden gerichteten Ersuchschreiben sind in der Regel, d. h. soweit der direkte Verkehr nicht durch die bestehenden Vereinbarungen ausdrücklich gestattet ist (vergl. Ziffer 33: Österreich-Ungarn und 37: Schweiz; siehe auch die Rheinschiffahrtsangelegenheiten Ziffer 32: Niederlande, Absatz 3) auf diplomatischem Wege zu befördern und sind zu diesem Zweck dem Grossherzoglichen Staatsministerium unverschlossen vorzulegen. Ist die Adresse der ausländischen Behörde dem Gerichte nicht bekannt, so kann dieselbe behufs Ausfüllung durch den Gesandten offen gelassen werden. Auch wenn das ersuchte Gericht bekannt ist, empfiehlt es sich, der Adresse hinzuzufügen: „oder an die sonst zuständige Behörde“, damit, wenn die Unzuständigkeit der ersuchten Behörde sich nachträglich ergibt, das Ersuchschreiben ohne weiteres an die zuständige anderweitige Behörde des fremden Staates abgegeben werden kann.

Soll die Rechtshilfe in einem Lande geleistet werden, in welchem von den Konsuln Gerichtsbarkeit geübt wird, so kommt die Vorschrift unter Ziffer 14 zur Anwendung.

21) Wegen Sprache und Abfassung der Ersuchschreiben und der sonst dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten vergl. Ziffer 2, 3 und 4.

Die Beifügung einer Übersetzung in die fremde Landessprache ist im allgemeinen nicht erforderlich, vielmehr zu unterlassen. Vergl. jedoch Ziffer 32: Niederlande, 34: Portugal und 35: Russland.

Die Bezugnahme auf Bestimmungen der deutschen Prozessgesetze ist zu vermeiden, da hierdurch der Schein erweckt wird, als sollten die ausländischen Behörden bei der Ausführung des Ersuchens das für sie nicht verbindliche deutsche Recht zur Anwendung bringen.

22) In vielen ausländischen Staaten stösst die Erledigung von Anträgen auf Beweisaufnahme nicht selten auf Schwierigkeiten, wenn diese Anträge unmittelbar von der Partei bei den ausländischen Behörden gestellt werden. Zur Vermeidung von Weiterungen werden deshalb die Gerichte von der ihnen nach § 329 der Civilprozessordnung zustehenden Befugnis, dem Beweisführer die Besorgung des Ersuchschreibens, sowie die Betreibung der Erledigung desselben aufzugeben, oder anzuordnen, dass der Beweisführer eine



den Gesetzen des fremden Staates entsprechende öffentliche Urkunde über die Beweisaufnahme beizubringen habe, zweckmässigerweise nur dann Gebrauch machen, wenn sie, z. B. auf Grund früherer Fälle, Ursache haben, anzunehmen, dass die Gerichte des betreffenden fremden Staates sich der Gewährung der durch die Partei unmittelbar nachgesuchten Rechtshilfe unterziehen, ohne dass hieraus für die Partei besondere Schwierigkeiten und Belästigungen erwachsen. Bei dieser Prüfung wird auch auf den Umstand Gewicht gelegt werden können, ob der Beweisführer selbst Angehöriger des fremden Staates ist oder nicht. Besteht keine Ursache zu jener Annahme, so ist die Regel festzuhalten, dass das Gericht selbst das Ersuchschreiben erlässt und auf dem Ziffer 20 angegebenen Wege befördert.

Die Beobachtung dieser Regel erweist sich insbesondere auch im Rechtshilfeverkehr mit Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Russland förderlich, da in diesen Ländern die Erledigung von Beweisbeschlüssen auf Antrag einer Partei, soweit sie überhaupt zu ermöglichen ist, doch nur durch Aufwendung besonderer Kosten, z. B. für die Bestellung eines Anwalts in dem fremden Lande, sich bewirken lässt. Im Interesse der beweispflichtigen Partei, namentlich wenn dieselbe nicht dem betreffenden fremden Staate angehört, empfiehlt es sich daher, dass das Ersuchschreiben um Gewährung der Rechtshilfe vom Gericht erlassen wird (vergleiche jedoch für Portugal Ziffer 34).

Zu einer diplomatischen Vermittelung behufs Herbeiführung einer Beweisaufnahme, deren Betreibung gerichtsseitig der Privatthätigkeit einer Partei überlassen ist, liegt ein Anlass in der Regel nicht vor; das Grossherzogliche Staatsministerium pflegt deshalb von seiner amtlichen Mitwirkung zur Beförderung von Anträgen einer Partei, welche die Vornahme von Beweishandlungen durch ein ausländisches Gericht bezwecken, abzusehen.

23) In Belgien, Frankreich, Luxemburg und Spanien ist nur das nach dem Erlass des Anklagebeschlusses (*arrêt d'accusation*) wissentlich falsch abgegebene eidliche Zeugnis strafbar. Ersuchen um eidliche Vernehmung von Zeugen, welche in jenen Ländern erledigt werden sollen, sind deshalb, wenn thunlich, erst nach der Eröffnung des Hauptverfahrens zu erlassen.

24) Zur Vollstreckung diesseitiger Urteile in Strafsachen wird von keinem fremden Staate Rechtshilfe geleistet.

Dasselbe gilt im allgemeinen auch von der Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Sachen. Nach den Gesetzen fast aller fremden Staaten kann eine solche nur in einem von der Partei vor dem fremden Gericht zu betreibenden Verfahren erwirkt werden. Die Vorschrift des § 700 Absatz 1 der Civilprozessordnung hat deshalb zur Zeit nur geringe praktische Bedeutung.

Im Verhältnis zu Frankreich besteht der oben (Ziffer 19) an-



geführte Vertrag vom 16. April 1846, im Verhältnis zum Kanton Aargau der ebendasselbst angeführte Vertrag vom <sup>23. August</sup> 28. September 1867.

Die Vollstreckung von Entscheidungen der Rheinschiffahrtsgerichte in Strafsachen wie in bürgerlichen Sachen ist jedoch durch Artikel 40 der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1869 S. 183 ff.) auch in den Niederlanden gewährleistet.

#### F. Besondere Bemerkungen über den Rechtshilfeverkehr mit einzelnen fremden Ländern.

Belgien.

25) Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach Artikel 13, 14 und 15 des Auslieferungsvertrags zwischen dem Reich und Belgien vom 24. Dezember 1874 (Reichsgesetzblatt für 1875 Seite 73 ff.).

Für Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen berechnen die belgischen Justizbehörden Gebühren und Auslagen, einschliesslich der Übersetzungskosten und der durch die Bestellung eines Anwalts zum Betriebe der Sache vor dem belgischen Gericht erwachsenen Kosten.

Seitens der belgischen Justizbehörden werden Ersuchschreiben deutscher Gerichte in Streitsachen, für welche im Reich der betreffenden Partei das Armenrecht bewilligt ist, derart erledigt, dass die Kosten bis zum Ausgange des Rechtsstreites gestundet werden und ihre Berichtigung nur für den Fall beansprucht wird, dass die in die Kosten verurteilte Partei zahlungsfähig ist. In diesen Fällen ist von dem Ausgange des Rechtsstreites (§§ 93 ff. des Gerichtskostengesetzes) und davon, ob die in die Kosten verurteilte Partei zahlungsfähig ist oder nicht, dem Grossherzoglichen Staatsministerium alsbald Anzeige zu erstatten.

Wegen Betreibung der Erledigung von Beweisbeschlüssen durch die Partei ist Ziffer 22, wegen der Ersuchen um eidliche Vernehmung von Zeugen in Strafsachen Ziffer 23 zu vergleichen.

Brasilien.

26) Wegen der Rechtshilfe in Strafsachen vergleiche Artikel 14, 15 und 16 des Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und Brasilien vom 17. September 1877 (Reichsgesetzblatt für 1878 Seite 293 ff.)

Dänemark.

27) Für Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen berechnen die dänischen Justizbehörden Gebühren und Auslagen in gleicher Weise wie die belgischen (vergl. Ziffer 25 Absatz 2); dänischerseits ist jedoch im Wege der Gegenseitigkeit kostenfreie Erledigung von Ersuchschreiben in Streitsachen zugesagt, in welchen die betreffende Partei im Reiche zum Armenrechte zugelassen ist.

Frankreich.

28) Die Rechtshilfe in Strafsachen und in bürgerlichen Sachen regelt sich nach dem Vertrage zwischen Baden und Frankreich über die wechselseitige Vollstreckbarkeit der Urteile in bürgerlichen Rechtssachen, sowie die Zustellung gerichtlicher Akte und Ersuch-



schreiben vom 16. April 1846 (Regierungsblatt Seite 133). Die Gewährung der Rechtshilfe geschieht kostenfrei (vergleiche Regierungsblatt 1854 Seite 440). Wegen Betreibung der Erledigung von Beweisbeschlüssen durch die Partei ist Ziffer 22, wegen der Ersuchen um eidliche Vernehmung von Zeugen in Strafsachen Ziffer 23 zu vergleichen.

29) Der Erlass von Ersuchschreiben an britische Justizbehörden Grossbritannien. empfiehlt sich wegen der dabei zu beobachtenden Förmlichkeiten und der daraus sich leicht ergebenden Weiterungen im allgemeinen nicht und ist überdies entbehrlich, da die im vereinigten Königreich und in den Kolonien bestellten deutschen Konsuln vorkommenden Falls die Rechtshilfe selbst gewähren oder deren Gewährung bei den Landesbehörden erwirken können. Insbesondere gilt dies von Zeugenvernehmungen und Eidesabnahmen.

Die bezeichneten Konsuln sind, wenn sie von einem deutschen Gericht um Herbeiführung eines solchen Aktes der Rechtshilfe ersucht werden, in der Lage, sich selbst oder einer dritten Person, insbesondere einem andern deutschen Konsularbeamten, die Ermächtigung zur Vernehmung des Zeugen, beziehentlich zur Abnahme des Eides seitens des zuständigen britischen Gerichtshofes selbst dann erteilen zu lassen, wenn es sich um die Vernehmung von Personen handelt, welche nicht Reichsangehörige sind.

Soll die Rechtshilfe in Grossbritannien selbst oder in Irland geleistet werden, so ist das Ersuchschreiben stets an den Generalkonsul in London zu richten, welcher die Erledigung desselben auch dann veranlassen bzw. vermitteln wird, wenn diese im vereinigten Königreich ausserhalb Londons stattzufinden hat.

Handelt es sich um Leistung von Rechtshilfe in einer britischen Kolonie oder auswärtigen Besetzung, so ist das Ersuchen an den für den Bezirk zuständigen Konsul zu richten.

Für die Gewährung der Rechtshilfe, soweit sie durch die Konsuln erfolgt, werden Gebühren und Auslagen berechnet. Der Betrag derselben ist (vergl. Ziffer 18) behufs Bewirkung des Rückersatzes an die Konsulatsfondsverrechnung des Grossherzoglichen Staatsministeriums einzusenden.

30. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und Italien vom 31. Oktober 1871 (Reichsgesetzblatt Seite 446 ff.) Artikel 12, 13 und 14.

Italien.

Für Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen berechnen die italienischen Gerichte Gebühren und Auslagen.

31. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage des Reichs mit Luxemburg vom 9. März 1876 (Reichsgesetzblatt Seite 223 ff.), Artikel 13, 14 und 15.

Luxemburg.

Wegen der Ersuchen um eidliche Vernehmung von Zeugen in Strafsachen ist Ziffer 23 zu vergleichen.



Für die Gewährung der Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen berechnen die luxemburgischen Gerichte Gebühren und Auslagen.

Die Ersuchen um Rechtshilfe in Streitsachen, für welche im Deutschen Reich das Armenrecht bewilligt ist, werden seitens der luxemburgischen Gerichte nur unter folgenden Voraussetzungen als Armenrechtssachen erledigt:

- a. dem Ersuchen des Gerichts um Rechtshilfe ist ein besonderer Antrag des Gerichts um Gewährung des Armenrechts für die Erledigung des Ersuchens, sowie eine beglaubigte Abschrift desjenigen gerichtlichen Beschlusses beizufügen, durch welchen für die vorliegende Streitsache das Armenrecht bewilligt worden ist.
- b. Die durch die Erledigung des Ersuchens entstehenden baren Auslagen, namentlich die an Zeugen und Sachverständige gezahlten Gebühren und die Portokosten sind unbedingt seitens des ersuchenden Gerichts zu erstatten.
- c. Die Generalstaatsanwaltschaft in Luxemburg ist von dem Ausgange des Rechtsstreits, in welchem das Ersuchen notwendig geworden (§§ 93 ff. des Gerichtskostengesetzes) in Kenntnis zu setzen.

Die unter a. bezeichneten Schriftstücke sind gleichzeitig mit dem Ersuchschreiben, die unter c. gedachte Mitteilung alsbald nach Beendigung des Rechtsstreites gemäss Ziffer 20 dem Grossherzoglichen Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen.

Niederlande.

32. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen Baden und den Niederlanden vom 8. November 1864 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1865 Seite 25 ff., Artikel 9, 10 und 11).

Bei allen an die niederländischen Gerichte ergehenden Ersuchschreiben und deren Anlagen ist lateinische Schrift anzuwenden.

Hinsichtlich der Rechtshilfe in Rheinschiffahrtsangelegenheiten ist der Artikel 40 der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1869 Seite 204) \*) massgebend. In derartigen Angelegenheiten findet zwischen den Rheinschiffahrtsgerichten und den niederländischen Behörden unmittelbarer Schriftwechsel statt. (Vergl. Ziffer 19 und 24.)

Für die Erledigung von Ersuchschreiben in bürgerlichen Sachen berechnen die niederländischen Gerichtsbehörden Gebühren und Auslagen.

Wegen Betreibung der Erledigung von Beweisbeschlüssen durch die Partei vergl. Ziffer 22.

Österreich-  
Ungarn.

33. Zwischen den badischen Justizbehörden und den Justizbehörden Österreich-Ungarns ist unmittelbarer Schriftwechsel

\*) S. Seite 60.



zulässig, und diplomatische Vermittlung findet nur dann statt, wenn besondere Verhältnisse, wie z. B. sprachliche Schwierigkeiten, eine solche Vermittlung unvermeidlich oder wünschenswert erscheinen lassen.

Ersuchen um Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen, sind dem Grossherzoglichen Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen.

Ersuchen um Zustellungen werden seitens der ungarischen Justizbehörden nur in der Weise erledigt, dass diejenige Person, welcher das betreffende Schriftstück ausgehändigt werden soll, aufgefordert wird, dasselbe binnen acht Tagen persönlich oder durch einen Bevollmächtigten an der Gerichtsstelle abzuholen, widrigenfalls angenommen werde, dass sie die Empfangnahme des Schriftstücks ablehne und dessen Rücksendung an die ersuchende Gerichtsbehörde erfolgen würde. Wenn die Partei zur Abholung des Schriftstücks erscheint, so wird ihr von der ungarischen Gerichtsbehörde der Inhalt desselben mitgeteilt und sie darauf aufmerksam gemacht, dass sie das Schriftstück annehmen oder dessen Übernahme ablehnen könne.

Die österreichischen und die ungarischen Gerichte berechnen für die Erledigung von Ersuchen um Rechtshilfe sowohl bare Auslagen, wie auch, falls die ersatzpflichtige Partei zahlungsfähig ist, Gebühren, die ungarischen Gerichte insbesondere auch die Kosten, welche für die Übersetzung des Ersuchschreibens in die ungarische Sprache erwachsen. Jedoch wird die Erstattung derjenigen Gebühren und Auslagen nicht verlangt, welche bei der Zustellung oder Aushändigung gerichtlicher Verfügungen und Urteile entstehen.

Für die Behandlung der portopflichtigen Korrespondenz zwischen den diesseitigen und den Behörden Österreich-Ungarns gelten folgende Grundsätze (vergl. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober 1873, Reichsgesetzblatt Seite 366.)

- a. Portopflichtige Sendungen sind stets von der absendenden Behörde zu frankieren.
- b. Bei Korrespondenz zwischen Behörden in Parteisachen entrichtet die absendende Stelle das Porto auch in solchen Fällen, in welchen die Pflicht zur Portozahlung einer im Gebiete der empfangenden Stelle befindlichen Partei obliegt.
- c. Die empfangende Stelle ist zwar befugt, den Portobetrag von der Partei einzuziehen, jedoch soll von einer Erstattung desselben an die absendende Behörde des andern Staates bis auf weiteres Abstand genommen werden (vergl. Reichsgesetzblatt für 1873 Seite 366).

Ein Verzeichnis der Gerichte in den im österreichischen



Reichsräte vertretenen Königreichen und Ländern ist in der Anlage A. abgedruckt.

Portugal.

34. Den Ersuchschreiben an portugiesische Justizbehörden sind Übersetzungen in die portugiesische Sprache beizugeben, welche, gleich den Ersuchschreiben selbst, von einem portugiesischen Konsul zu beglaubigen sind. Das Grossherzogliche Staatsministerium wird die Beschaffung der Beglaubigung und erforderlichen Falls der Übersetzung vermitteln.

Beweisbeschlüsse in bürgerlichen Sachen lassen sich in Portugal nicht im Wege des Ersuchschreibens, sondern nur durch Privatthätigkeit der Partei, welche einen in Portugal fungierenden Anwalt zu bestellen hat, der Erledigung zuführen.

Russland.

35. Den nach Russland ergehenden Ersuchschreiben sind Übersetzungen in die russische Sprache beizufügen. Diese letztern werden, falls sie nicht gleichzeitig mit dem Ersuchschreiben eingereicht worden sind, auf Veranlassung des Grossherzoglichen Staatsministeriums durch die Kaiserliche Botschaft in St. Petersburg gegen Erstattung der Übersetzungskosten besorgt werden.

Betrifft das Ersuchen die Zustellung einer Ladung an eine im europäischen Russland befindliche Person, so ist bis zum Termin eine Frist von mindestens drei Monaten vom Abgang des Ersuchschreibens ab frei zu lassen, und zwar auch dann, wenn die Zustellung durch einen Konsul bewirkt werden kann.

Für die Gewährung der Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen werden von den russischen Gerichten der Ostseeprovinzen Gebühren und Auslagen berechnet; im übrigen erfolgt die Leistung der Rechtshilfe seitens der russischen Gerichte sowohl in bürgerlichen Sachen wie in Strafsachen in der Regel kostenfrei.

Wegen Betreibung der Erledigung von Beweisbeschlüssen durch die Partei vergl. Ziffer 22.

Schweden u.  
Norwegen.

36. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und Schweden und Norwegen vom 19. Januar 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 110 ff.), Artikel 12, 13 und 14. Ausserhalb des so geordneten Rechtshilfeverkehrs ist bei Ersuchen um Abnahme von Eiden und um Vernehmung von Zeugen, welche in Norwegen erledigt werden sollen zu beachten, dass das norwegische Gesetz dem Richter nicht gestattet, im Lauf eines Prozesses einen Parteieid abzunehmen; die Abnahme eines solchen kann vielmehr nur auf Grund eines den Eid festsetzenden Urteils erfolgen. Die Ladung von Zeugen findet nicht durch das Gericht, sondern lediglich durch die Parteien, beziehungsweise deren Anwälte statt. Ebensowenig befasst sich das Gericht damit, den Parteien oder dem ersuchenden Gericht von dem anberaumten Termin Kenntnis zu geben. Bei dem Erlass des Ersuchschreibens ist deshalb zu berücksichtigen, dass um eine Benachrichtigung von der Anberaumung des Termins nicht ge-



beten werden kann. Eine solche Benachrichtigung kann vielmehr nur in der Weise herbeigeführt werden, dass die Parteien an dem Ort, an welchem die Vernehmung stattfinden soll, Anwälte bevollmächtigen, welche ihnen privatim von dem Termin Kenntniss geben, ein Verfahren, welches erhebliche Weiterungen und Kosten verursacht.

Für die Erledigung von Ersuchschreiben in bürgerlichen Sachen berechnen die schwedischen und die norwegischen Justizbehörden Gebühren und Auslagen.

37. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und der Schweiz vom 24. Januar 1874 (Reichsgesetzblatt Seite 113 ff.), Artikel 12, 13 und 14.

Schweiz.

Zwischen den deutschen und den schweizerischen Justizbehörden findet unmittelbarer Schriftwechsel statt, nach Massgabe des Abkommens vom 1./10. Dezember 1878 (Centralblatt für das Deutsche Reich 1879 Nr. I), d. h. in allen Fällen, in welchen nicht der diplomatische Verkehr durch Staatsverträge vorgeschrieben ist oder infolge besonderer Verhältnisse rätlich erscheint.

Für die Behandlung der portopflichtigen Korrespondenz zwischen den diesseitigen und den Behörden der Schweiz gelten die oben für Österreich-Ungarn angegebenen Grundsätze (vergl. Ziffer 33 Absatz 5 und Bekanntmachung des Grossherzoglichen Staatsministeriums vom 18. März 1878, Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 60).

Nach dem Übereinkommen zwischen dem Grossherzogtum Baden und dem Kanton Aargau vom <sup>23 August</sup><sub>28. September</sub> 1867, Artikel 6 (Regierungsblatt Seite 427) werden für die Besorgung der Zustellungen und Ersuchschreiben gegenseitig keine Kosten berechnet. Abgesehen hievon berechnen die schweizerischen Justizbehörden für die Erledigung der Ersuchen um Rechtshilfe in bürgerlichen Sachen Gebühren und Auslagen.

Ein Verzeichnis der schweizerischen Justizbehörden ist in der Anlage B. abgedruckt.

38. Die Rechtshilfe in Strafsachen erfolgt bis auf weiteres in Gemässheit des Artikels XXV des Konsularvertrages zwischen dem Reich und Serbien vom 6. Januar 1883 (Reichsgesetzblatt Seite 62 ff) seitens der serbischen Behörden unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit nach denjenigen Grundsätzen, welche seitens Serbiens mit andern Staaten in dieser Hinsicht vereinbart sind. Nach Inhalt dieser letztern Abreden sollen in Strafsachen nicht-politischer Natur alle auf diplomatischem Wege beförderten Ersuchen um Rechtshilfe im wesentlichen unter denselben Voraussetzungen erledigt werden, unter denen solche nach Massgabe der in neuerer Zeit seitens des Reiches abgeschlossenen Auslieferungs-

Serbien.



verträge zur Ausführung zu bringen sind. Die Erledigung geschieht in der Regel kostenfrei, jedoch werden die für die Gutachten Sachverständiger entstehenden Kosten berechnet, falls dieselben mehr als einen Termin erfordern.

Spanien.

39. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und Spanien vom 2. Mai 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 213 ff.), Artikel 13, 14 und 15.

Hinsichtlich der Ersuchen um eidliche Vernehmung von Zeugen in Strafsachen ist Ziffer 23 zu vergleichen.

Gebühren und Auslagen werden von den spanischen Justizbehörden für die Erledigung von Ersuchschreiben auch in bürgerlichen Sachen in der Regel nicht berechnet.

Südafrikanische  
Republik  
(Transval).

40. In Gemässheit des Artikels 31 des Freundschafts- und Handelsvertrags zwischen dem Reich und der Südafrikanischen Republik vom 22. Januar 1885 (Reichsgesetzblatt für 1886 Seite 209) erfolgt die Gewährung der Rechtshilfe in Strafsachen seitens der Behörden der genannten Republik bis auf weiteres unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit nach denjenigen Grundsätzen, welche seitens der Republik andern Staaten gegenüber in dieser Beziehung beobachtet werden.

Bei Stellung etwaiger Anträge sind seitens der diesseitigen Justizbehörden die aus den Vereinbarungen des Reichs mit andern Staaten sich ergebenden Voraussetzungen zu berücksichtigen.

Uruguay.

41. Die Rechtshilfe in Strafsachen regelt sich nach dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reich und Uruguay vom 12. Februar 1880 (Reichsgesetzblatt für 1883 Seite 287 ff.), Artikel 13, 14 und 15.

Wenngleich hiernach vereinbart ist, dass das Ersuchschreiben auf diplomatischem oder „konsularischem“ Wege der fremden Regierung mitgeteilt werden soll, so haben doch die diesseitigen Behörden dasselbe ausnahmslos dem Grossherzoglichen Staatsministerium behufs Weiterbeförderung auf diplomatischem Wege vorzulegen.

Amerika.

42. Wegen Zustellungen vergleiche Ziffer 4 und 6.

Soll die Vernehmung von Zeugen oder die Abnahme eines Eides in den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen, und kann die Gewährung dieser Rechtshilfe nach Ziffer 16 nicht durch einen Konsul bewirkt werden, welchem die Ermächtigung hierzu von dem Herrn Reichskanzler erteilt ist, so ist das Ersuchen entsprechend der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten in die nachstehend angegebene Form einer *Commission* zu kleiden und unter Offenlassung der Adresse dem Grossherzoglichen Staatsministerium zur weiteren Vermittelung vorzulegen.

Die *Commission* ist in folgender Form auszufertigen:

Das Grossherzoglich Badische Landgericht (Amtsgericht) N.  
an Herrn . . . . . zu . . . . .



Sie werden hierdurch benachrichtigt, dass das oben genannte Gericht Sie zum Commissioner bestellt hat und durch Gegenwärtiges ermächtigt, den zu . . . . . in dem Bezirk . . . . . im Staate . . . . . wohnenden A. in der vor dem genannten Landgericht (Amtsgericht) schwebenden Prozesssache des . . . . . Klägers wider den . . . . . Beklagten als Zeugen in Gemässheit der beigeschlossenen beglaubigten Abschrift des Beweisbeschlusses vom . . . . . und der nachfolgenden Instruktion eidlich zu vernehmen (beziehungsweise den in der beigefügten beglaubigten Abschrift des Beweisbeschlusses [Urteils] vom . . . . . enthaltenen und darin dem . . . . . zu . . . . . vom genannten Gericht auferlegten Eid in der vor diesem Gericht schwebenden Prozesssache des . . . . . Klägers wider den . . . . . Beklagten in Übereinstimmung mit den hier beigefügten Instruktionen dem genannten A. abzunehmen.)

Urkundlich unter der Unterschrift des Vorsitzenden des genannten Gerichts zu . . . . . unter Beidrückung des Gerichtssiegels ausgefertigt am . . . . .

Siegel.

Unterschrift.

Amtscharakter.

Ausser einer beglaubigten Abschrift des betreffenden Beweisbeschlusses beziehungsweise Urteils ist eine gleichfalls beglaubigte Abschrift der gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren bei Zeugenvernehmungen beziehungsweise bei der Abnahme von Eiden, soweit dies erforderlich erscheint, dem Ersuchen beizufügen.

Neben dem Wohnort der zu vernehmenden Person oder der schwurpflichtigen Partei ist auch der Staat und der Bezirk (County), in welchen dieser belegen ist, genau anzugeben.

Das in die obige Form gekleidete Ersuchen wird von dem Grossherzoglichen Staatsministerium dem zuständigen Konsul und von diesem unter Ausfüllung der Adresse einer nach dem Rechte des betreffenden Unionsstaates zur Erledigung desselben zuständigen und befugten Person übermittelt, welche alsdann das Ersuchen ausführt.

Auch in Strafsachen kann ein in obiger Form ausgefertigtes Ersuchen zur Erledigung gebracht werden, sobald dasselbe nicht von der Staatsanwaltschaft, sondern von der mit der Untersuchung befassten Gerichtsbehörde ausgeht.

Die durch die Erledigung der Ersuchen entstehenden Kosten werden zur Erstattung liquidiert (vergl. Ziffer 18).

Es ist nicht ratsam, das Ersuchen um Rechtshilfe in der Weise zu stellen, dass ein förmliches Ersuchschreiben an ein Gericht in den Vereinigten Staaten gerichtet wird, da die Erledigung eines solchen Schreibens nur nach vielen Weiterungen und mit erheb-



lichen Kosten würde herbeigeführt werden können. Sollte jedoch trotzdem ausnahmsweise aus besonders in der Sache liegenden Gründen diese Form gewählt werden, so ist bei Vorlage des betreffenden Ersuchschreibens an das Grossherzogliche Staatsministerium über diese besonderen Umstände zu berichten.

## II. Gesuche ausserhalb des Gebietes der Rechtshilfe.

43. Ausserhalb des Gebiets der im Auslande zu erwirkenden Rechtshilfe hat eine Korrespondenz inländischer Justizbehörden mit Behörden des Auslandes regelmässig nicht stattzufinden. Vielmehr ist in allen Fällen, in welchen für eine inländische Justizbehörde die Anregung einer ausserhalb des Gebiets der Rechtshilfe liegenden Thätigkeit der Behörden eines ausserdeutschen Staates in Frage kommt, deshalb unter Beobachtung der in Ziffer 4 gegebenen Vorschriften an das Grossherzogliche Staatsministerium zu berichten.

Da die an das Grossherzogliche Staatsministerium erstatteten Berichte sich zur Mitteilung an eine fremde Regierung nicht eignen, so empfiehlt es sich, zur Vereinfachung der geschäftlichen Behandlung derartiger Anträge dem Berichte eine zur Übermittlung an die fremde Regierung bestimmte kurze Darstellung desjenigen Sachverhalts beizufügen, welcher zu der erbetenen Hilfeleistung der ausländischen Behörde Anlass giebt, und in derselben diejenigen Punkte anzugeben, über welche Auskunft gewünscht wird. Diese Sachdarstellung ist, ebenso wie die im folgenden Absatz erwähnte, in deutscher Sprache abzufassen, mit Datum und Unterschrift zu versehen und, wenn die Thätigkeit einer niederländischen Behörde in Anspruch genommen werden soll, mit lateinischen Schriftzeichen zu schreiben; in dem Vorlagebericht bedarf es dann des Eingehens auf die Sache selbst nicht.

An das Grossherzogliche Staatsministerium ist auch zu berichten für den Fall, dass eine inländische Justizbehörde eine amtliche Auskunft über fremdes Recht zu erhalten wünscht, und zwar selbst dann, wenn nach Ansicht der inländischen Behörde die Auskunft von einem Gerichte des andern Staates zu erteilen ist. Zu diesem Zweck hat die inländische Justizbehörde ihrem Antrage eine kurze Darstellung des Thatbestandes, um dessen rechtliche Beurteilung es sich handelt, in Strafsachen zugleich den Wortlaut der nach inländischem Recht zur Anwendung kommenden Bestimmungen beizufügen.

Wenn es sich jedoch zur Entscheidung der Frage, ob ein Ausländer, welcher im Inlande als Kläger auftritt, dem Beklagten wegen der Prozesskosten Sicherheit zu leisten (§ 102 der Zivilprozessordnung, § 419 der Strafprozessordnung) oder den in § 85 des Gerichtskostengesetzes bestimmten Kostenvorschuss zu zahlen



hat, um Erlangung einer Auskunft darüber handelt, ob nach den Gesetzen des betreffenden fremden Staates ein Deutscher in gleichen Fällen zur Sicherheitsleistung, beziehungsweise zu einer besondern Vorauszahlung oder zur Sicherstellung der Gerichtskosten verpflichtet ist, so ist die Beibringung dieses Nachweises regelmässig der ausländischen Partei aufzugeben, da das Grossherzogliche Staatsministerium es ablehnt, im Interesse der ausländischen Partei nach dieser Richtung hin seine Vermittelung eintreten zu lassen.

Eine Korrespondenz der inländischen Behörden mit den im Auslande beglaubigten diplomatischen Vertretern des Reichs ist in allen diesen Angelegenheiten ausgeschlossen.

44. In Strafsachen können Gerichte und Staatsanwälte, soweit ein unmittelbarer Schriftwechsel mit ausländischen Behörden statthaft ist (vergl. Ziffer 33: Österreich-Ungarn, und 37: Schweiz) mit auswärtigen Staatsanwälten und Polizeibehörden insofern in unmittelbarem Schriftwechsel treten, als bei der Untersuchung oder der Strafvollstreckung Handlungen in Frage kommen, die nicht in das Gebiet der Rechtshilfe fallen, z. B. polizeiliche Ermittlungen, Auskunftserteilung und dergleichen.

Den Staatsanwälten bleibt auch in denjenigen Grenzgebieten, in welchen bisher ein die gedachten Angelegenheiten betreffender unmittelbarer Geschäftsverkehr mit ausserdeutschen Staatsanwälten und Polizeibehörden ohne einen denselben regelnden Staatsvertrag in Übung gewesen ist, die Fortsetzung dieses Verkehrs in der durch den vorhergehenden Absatz bestimmten Begrenzung gestattet.

45. Bedarf es in Bezug auf Kostenersatz und dergl. einer Anfrage bei einem Konsul oder bei einer ausländischen Behörde, so hat die betreffende Amtskasse oder Obereinnehmerei sich hierwegen an das Gericht zu wenden, bei welchem die Kosten erwachsen sind, und wird dieses geeigneten Falls dem Grossherzoglichen Staatsministerium Vorlage erstatten.

46. Mit keinem ausländischen Staat sind Verträge abgeschlossen, welche die Beitreibung von im Inlande entstandenen Gerichtskosten im Auslande gewährleisten; auch lehnen es erfahrungsgemäss die ausländischen Regierungen ab, zu diesem Zweck ihre Mitwirkung eintreten zu lassen. Anträge um zwangsweise Einziehung solcher Kosten von Personen, welche in ausserdeutschen Staaten sich aufhalten, können deshalb, abgesehen von den Ländern, in welchen Konsulargerichtsbarkeit geübt wird (vergl. Ziffer 13) keinen Erfolg haben und sind zu unterlassen.

Die Einziehung von Gerichtskosten im Auslande ist vielmehr nur im Wege einer vor dem zuständigen ausländischen Gericht gegen den Kostenschuldner anzustellenden Klage möglich; von der Erhebung einer solchen ist aber in der Regel Abstand zu nehmen,



da dieselbe meist unverhältnismässig hohe Aufwendungen erfordern wird und im Erfolg sehr zweifelhaft ist.

Sollten ausnahmsweise besondere Umstände die Einklagung von Gerichtskosten im Auslande angezeigt erscheinen lassen, so ist vorher unter Darlegung der Gründe für die Zweckmässigkeit dieses Vorgehens an das Grossherzogliche Staatsministerium zu berichten.

Es bleibt jedoch den Amtskassen und Obereinnehmereien und den diesen vorgesetzten Behörden in den dazu geeigneten Fällen unbenommen, zu versuchen, ob durch Vermittelung des Grossherzoglichen Staatsministeriums (Ziffer 45) der Kostenschuldner zur freiwilligen Berichtigung seiner Schuld bestimmt werden kann



## Verzeichnis

der Gerichtsbehörden in den im Österreichischen Reichsrat vertretenen  
Königreichen und Ländern.

### 1. Oberlandesgericht in Wien.

#### A. Nieder-Österreich.

##### a. Landesgericht in Wien.

α. für Civilsachen,

β. für Strafsachen,

mit den städtisch-delegierten Bezirksgerichten: Alsergrund, Favoriten, Josefstadt, Landstrasse, Leopoldstadt, Margarethen, Mariahilf, Neubau, Wieden, Wien innere Stadt

Bemerkung. Das Bezirksgericht Alsergrund fungiert als Strafgericht auch für den Bereich der Bezirksgerichte Josefstadt und Wien innere Stadt, welche nur die Gerichtsbarkeit ausüben.

Das Bezirksgericht Wieden fungiert, da die Bezirksgerichte Favoriten und Margarethen nur die Civilgerichtsbarkeit ausüben, als Strafgericht auch für den Bereich dieser beiden Gerichte.

und den Bezirksgerichten ausserhalb Wiens zu Bruck a. Leitha, Hainburg, Hernals, Hietzing, Klosterneuburg, Mödling, Ottakring, Purkersdorf, Schwechat, Sechshaus, Unter-Meidling, Währing.

Ausserdem besteht in Wien ein Handelsgericht mit besonderem Bagatellgericht in Handelssachen.

##### b. Kreisgericht in Korneuburg

mit den Bezirksgerichten zu Feldsberg, Gross-Enzersdorf, Haugsdorf, Kirchberg am Wagram, Korneuburg städt. deleg., Laa, Marchegg, Matzen, Mistelbach, Ober-Hollabrunn, Ravelsbach, Retz, Stockerau, Wolkersdorf, Zistersdorf.

##### c. Kreisgericht in Krems

mit den Bezirksgerichten zu Allentsteig, Dobersberg, Eggenburg, Geras, Gföhl, Gross-Gerungs, Horn, Krems städt. deleg., Langenlois, Littschau, Ottenschlag, Persenbeug, Pöggstall, Raabs, Schrems, Spitz, Waidhofen a. d. Thaya, Weitra, Zwettl.



#### d. Kreisgericht in St. Pölten<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Amstetten, Atzenbrugg, Gaming, Haag, Hainfeld, Herzogenburg, Kirchberg a. d. Pielach, Lilienfeld, Mank, Mautern, Melk, Neulengbach, Scheibbs, St. Peter in der Au, St. Pölten städt. deleg., Tulln, Waidhofen a. d. Ybbs, Ybbs.

#### e. Kreisgericht in Wiener-Neustadt

mit den Bezirksgerichten zu Aspang, Baden, Ebreichsdorf, Gloggnitz, Gutenstein, Kirchschlag, Neunkirchen, Pottenstein, Wiener-Neustadt städt. deleg.

### B. Ober-Österreich.

#### a. Landesgericht in Linz

mit den Bezirksgerichten zu Aigen, Freistadt, Grein, Haslach, Lembach, Leonfelden, Linz städt. deleg., Mauthausen, Neufelden, Ottensheim, Perg, Prägarten, Rohrbach, St. Florian, Urfahr, Weissenbach.

#### b. Kreisgericht in Ried

mit den Bezirksgerichten zu Braunau, Engelszell, Mattighofen, Mauerkirchen, Obernberg, Raab, Ried städt. deleg., Schärding, Wildshut.

#### c. Kreisgericht in Steyr<sup>2)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Enns, Grünburg, Kirchdorf, Kremsmünster, Neuhofen, Steyr städt. deleg., Weyer, Windisch-Garsten.

#### d. Kreisgericht in Wels

mit den Bezirksgerichten zu Efferding, Frankenmarkt, Gmunden, Grieskirchen, Haag, Ischl, Lambach, Mondsee, Peuerbach, Schwanenstadt, Vöklabruck, Weizenkirchen, Wels städt. deleg.

### C. Salzburg.

#### Landesgericht in Salzburg<sup>3)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Abtenau, Gastein, Golling, Hallein, Lofer, Mattsee, Mittersill, Neumarkt, Oberndorf, Radstadt, Saalfelden, Salzburg städt. deleg., St. Gilgen, St. Johann, St. Michael, Tamsweg, Taxenbach, Thalgau, Werfen, Zell am See.

## 2. Oberlandesgericht in Graz.

### A. Steiermark.

#### a. Kreisgericht in Cilli<sup>4)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Cilli städt. deleg., Drachenburg, Franz, Friedau, Gonobitz, Lichtenwald, Luttenberg, Mahrenberg, Marburg linkes Draufufer, Mar-

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für Niederösterreich.

<sup>2)</sup> Zugleich Berggericht für Oberösterreich.

<sup>3)</sup> Zugleich Berggericht für Salzburg.

<sup>4)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel.



burg rechtes Draufer, Oberburg, Ober-Radkersburg, Pettau, Rann, Rohitsch, St. Leonhard, St. Mareien, Schönstein, Tüffer, Windisch-Feistritz, Windischgraz.

b. Landesgericht in Graz\*)

mit den Bezirksgerichten zu Arnfels, Birkfeld, Deutsch-Landsberg, Eibiswald, Fehring, Feldbach, Friedberg, Frohnleiten, Fürstenfeld, Gleisdorf, Graz 2 städt. deleg., Hartberg, Kirchbach, Leibnitz, Mureck, Pöllau, Radkersburg, Stainz, Voitsberg, Vorau, Weitz, Wildon.

c. Kreisgericht in Leoben\*)

mit den Bezirksgerichten zu Aflenz, Aussee, Bruck a. d. Mur, Eisenerz, Gröbming, Irdning, Judenburg, Kindberg, Knittelfeld, Leoben städt. deleg., Liezen, Mariazell, Mautern, Murau, Mürzzuschlag, Neumarkt, Obdach, Oberwölz, Oberzeiring, Rottenmann, Schladming, St. Gallen.

## B. Kärnten.

Landesgericht in Klagenfurt<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Althofen, Arnoldstein, Bleiburg, Eberndorf, Eberstein, Feldkirchen, Ferlach, Friesach, Gmünd, Greifenburg, Gurk, Hermagor, Kappel, Klagenfurt städt. deleg., Kötschach, Millstatt, Ober-Vellach, Paternion, Rosegg, Spittal, St. Leonhard, St. Paul, St. Veit, Tarvis, Villach, Völkermarkt, Winklern, Wolfsberg.

## C. Krain.

a. Landesgericht in Laibach<sup>2)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Adelsberg, Egg ob Podpetsch, Feistritz, Idria, Krainburg, Kronau, Laas, Lack (auch Bischof-Lack), Laibach städt. deleg., Littai, Loitsch, Neumarktl, Ober-Laibach, Radmannsdorf, Senosetsch, Stein, Wippach.

b. Kreisgericht in Rudolfswerth

mit den Bezirksgerichten zu Gotschee, Gross-Laschitz, Gurkfeld, Landstrass, Möttling, Nassenfuss, Ratschach, Reifnitz, Rudolfswerth städt. deleg., Seisenberg, Treffen, Tschernembl, Sittich zu Weixelburg.

## 3. Oberlandesgericht in Triest.

a. Kreisgericht in Görz

mit den Bezirksgerichten zu Canale, Cervignano, Cormons, Flitsch, Görz städt. deleg., Gradisca, Haidenschaft, Kirchheim, Monfalcone, Tolmein.

b. Kreisgericht in Rovigno

mit den Bezirksgerichten zu Albona, Buje, Cherso, Dignano, Lussin piccolo, Montona, Parenzo, Pinguente, Pisino (Mitterburg), Pola, Rovigno städt. deleg., Veglia.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel.

<sup>2)</sup> Desgleichen.

<sup>3)</sup> Desgleichen.

<sup>4)</sup> Desgleichen für Krain und den Sprengel des Oberlandesgerichts Triest.



### c. Landesgericht in Triest

mit den Bezirksgerichten zu Capo d'Istria, Castelnuevo, Comen, Pirano, Sesana, Triest 2 städt. deleg., Volosca.

Ausserdem besteht in Triest ein Handels- und Seegericht mit einem besondern Bagatellgericht in Handelssachen.

## 4. Oberlandesgericht in Zara.

### a. Kreisgericht in Cattaro

mit den Bezirksgerichten zu Budua, Castelnuevo, Cattaro städt. deleg., Risano.

### b. Kreisgericht in Ragusa

mit den Bezirksgerichten zu Curzola, Ragusa städt. deleg., Ragusa vecchia, Sabbioncello (Orebic), Stagno.

### c. Kreisgericht in Spalato

mit den Bezirksgerichten zu Almissa, Citta vecchia, Imoski, Lesina, Lissa, Makarska, Metkovic, Sign, Spalato städt. deleg., St. Pietro della Brazza, Traù, Vergorac, Verlika.

### d. Landesgericht in Zara

mit den Bezirksgerichten zu Arbe, Benkovac, Dernis, Kistanje, Knin, Obbrovazzo, Pago, Scardona, Sebenico, Zara städt. deleg., Zara vecchia.

## 5. Oberlandesgericht in Innsbruck.

### A. Tirol.

### a. Kreisgericht in Bozen

mit den Bezirksgerichten zu Ampezzo, Bozen städt. deleg., Brixen, Brunek, Buchenstein (Livinalongo), Enneberg, Glurns, Kaltern, Kastelruth, Klausen, Lana, Lienz, Meran, Neumarkt, Passeier, Sarnthal, Schlanders, Sillian, Sterzing, Taufers, Welsberg, Windisch-Matrei.

### b. Landesgericht in Innsbruck<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Fügen, Hall, Hopfgarten, Imst, Innsbruck städt. deleg., Kitzbichl, Kufstein, Landek, Mieders, Nauders, Rattenberg, Reutte, Ried, Schwaz, Silz, Steinach, Telfs, Zell am Ziller.

### c. Kreisgericht in Rovereto

mit den Bezirksgerichten zu Ala, Arco, Condino, Mori, Nogaredo, Riva, Rovereto städt. deleg., Stenico, Tione, Val di Ledro (Pieve).

### d. Kreisgericht in Trient<sup>2)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Borgo, Cavalese, Cembra, Civezzano, Cles, Fassa, Fondo, Lavis, Levico, Malé, Mezzolombardo, Pergine, Primiero, Strigno, Trient städt. deleg., Vezzano.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel und jenen der Kreisgerichte Bozen und Feldkirchen.

<sup>2)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel und jenen des Kreisgerichts Rovereto.



## B. Vorarlberg.

### Kreisgericht in Feldkirch

mit den Bezirksgerichten zu Bezau (Bregenzerwald), Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, städt. deleg., Montafon (Schruns).

## 6. Oberlandesgericht in Prag.

### a. Kreisgericht in Böhmisches-Leipa

mit den Bezirksgerichten zu Böhmisches-Kamenitz, Böhmisches-Leipa städt. deleg., Dauba, Haida, Hainspach, Niemes, Rumburg, Schluckenau, Warnsdorf, Zwikau.

### b. Kreisgericht in Brüx<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Bilin, Brüx städt. deleg., Duppau, Dux, Görkau, Jechnitz, Kaaden, Katharinaberg, Komotau, Laun, Podersam, Postelberg, Pressnitz bei Komotau, Saaz, Sebastiansberg.

### c. Kreisgericht in Budweis

mit den Bezirksgerichten zu Budweis städt. deleg., Frauenberg, Gratzen, Hohenfurth, Kalsching, Kaplitz, Krumau, Lischau, Lomnitz, Moldauthein, Neu-Bistritz, Neuhaus, Ober-Plan, Schweinitz, Wittingau.

### d. Kreisgericht in Chrudim

mit den Bezirksgerichten zu Chrudim städt. deleg., Hlinsko, Hohenmauth, Holitz, Landskron, Leitomischl, Nassaberg, Pardubitz, Policka, Prelouc, Skuc, Wildenschwert.

### e. Kreisgericht in Eger

mit den Bezirksgerichten zu Asch, Buchau, Eger städt. deleg., Elbogen, Falkenau, Graslitz, Joachimsthal, Karlsbad, Königswart, Luditz, Neudeck, Petschau, Pfraumberg, Plan, Platten, Tachan, Tepl, Weseritz, Wildstein.

### f. Kreisgericht in Jicin

mit den Bezirksgerichten zu Arnau, Chlumetz, Hochstadt, Hohenelbe, Horic, Jicin städt. deleg., Königstadt, Liban, Lomnitz, Marschendorf, Neu-Bydzov, Neu-Paka, Rochlitz a. d. Iser, Schatzlar, Semil, Starkenbach, Trautenau.

### g. Kreisgericht in Jungbunzlau

mit den Bezirksgerichten zu Benatek, Böhmisches-Aicha, Eisenbrod, Jungbunzlau städt. deleg., Münchengrätz, Nimburg, Sobotka, Turnau, Weisswasser.

### h. Kreisgericht in Königgrätz

mit den Bezirksgerichten zu Adler-Kosteletz, Böhmisches-Skalitz, Braunau, Eipel, Grulich, Jaromer, Königgrätz städt. deleg., Königinhof, Nachod, Nechanitz, Neustadt a. d. Mettau, Opocno, Politz, Reichenau, Rokitz, Senftenberg.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel und jenen der Kreisgerichte Eger, Leitmeritz und Böhm. Leipa.



i. Kreisgericht in Kuttenberg<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Caslau, Chotebor, Deutsch-Brod, Habern, Humpoletz, Kaurim, Koljanowitz, Kolin, Kuttenberg städt. deleg., Ledec, Podebrad, Polna, Pribislau, Stecken, Unter-Kralowitz.

## k. Kreisgericht in Leitmeritz

mit den Bezirksgerichten zu Auscha, Aussig, Bensen, Karbitz, Leitmeritz städt. deleg., Libochowitz, Lobositz, Raudnitz, Teplitz, Tetschen, Wegstädtl.

l. Kreisgericht in Pilsen<sup>2)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Bischofteinitz, Blowitz, Hostau, Klattau, Kralowitz, Manetin, Mies, Neopmuk, Neuern, Neugedein, Pilsen städt. deleg., Planitz, Prestic, Rokitzan, Ronsperg, Staab, Taus, Tuskau.

## m. Kreisgericht in Pisek

mit den Bezirksgerichten zu Bergreichenstein, Blatna, Bresnitz bei Blatna, Hartmanitz, Horazdowitz, Mirowitz, Netolitz, Pirek städt. deleg., Prachatitz, Schüttenhofen, Strakonitz, Wallern, Winterberg, Wodnan, Wollin.

## n. Landesgericht in Prag

mit den Bezirksgerichten zu Beraun, Böhmisches-Brod, Brandeis, Dobris, Eule, Horovic, Karolinenthal, Kladno, Königsaal, Melnik, Neustraschitz, Prag 3 städt. deleg., Pribram, Pürlitz, Rakonitz, Rican, Schlan, Schwarz-Kosteletz, Smichow, Unhost, Weinberge königl., Welwarn, Zbirov.

Ausserdem besteht in Prag ein Handelsgericht mit einem besondern Bagatellgericht in Handelssachen.

## o. Kreisgericht in Reichenberg

mit den Bezirksgerichten zu Friedland, Gabel, Gablonz, Kratzau, Reichenberg städt. deleg., Tannwald.

## p. Kreisgericht in Tabor

mit den Bezirksgerichten zu Bechin, Beneschau, Jungwoitz, Kamenitz a. d. Linde, Mühlhausen, Neweklau, Patzau, Pilgram, Pocatek, Sedletz, Selcan, Sobeslau, Tabor städt. deleg., Wessely, Wlasim, Wotic.

**7. Oberlandesgericht in Brünn.****A. Mähren.**

## a. Landesgericht in Brünn

mit den Bezirksgerichten zu Auspitz, Austerlitz, Blansko, Boskowitz, Brünn 2 städt. deleg., Butschowitz, Eibenschitz, Gewitsch, Klobouk, Kunstadt, Lundenburg, Mähr. Trübau, Seelowitz, Steinitz, Tischnowitz, Wischau, Zwittau.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel und jenen der Kreisgerichte Budweis, Chrudim, Jicin, Jungbunzlau, Königgrätz, Reichenberg und Tabor.

<sup>2)</sup> Zugleich Berggericht für seinen Sprengel und jene des Landesgerichts Prag und Kreisgerichts Pisek.



### b. Kreisgericht in Iglau

mit den Bezirksgerichten zu Bistritz, Datschitz, Gross-Meseritsch, Iglau städt. deleg., Neustadtl, Saar, Teltsch, Trebitsch.

### c. Kreisgericht in Neutitschein

mit den Bezirksgerichten zu Bistritz am Hostein, Frankstadt, Freiberg, Fulnek, Leipnik, Liebau, Mährisch-Ostrau, Mistek, Neutitschein städt. deleg., Roznau, Wallach.-Meseritsch, Weisskirchen, Wsetin.

### d. Kreisgericht in Olmütz<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Altstadt, Hof, Hohenstadt, Kojetein, Konitz, Littau, Mähr. Neustadt, Müglitz, Olmütz städt. deleg., Prerau, Plumenau, Prossnitz, Römerstadt, Schildberg, Schönberg, Sternberg, Wiesenberg.

### e. Kreisgericht in Ungarisch-Hradisch

mit den Bezirksgerichten zu Gaya, Göding, Holleschau, Hradisch städt. deleg., Klobouk, Kremsier, Napagedl, Straznitz, Ungar. Brod, Ungar. Ostra, Wisowitz, Zdounek.

### f. Kreisgericht in Znaim

mit den Bezirksgerichten zu Frain, Hrotowitz, Jamnitz, Joslowitz, Kromau, Mähr. Budwitz, Namiest, Nikolsburg, Znaim städt. deleg.

## B. Schlesien.

### a. Kreisgericht in Teschen

mit den Bezirksgerichten zu Bielitz, Freistadt, Friedek, Jablunkau, Oderberg, Schwarzwasser, Skotschau, Teschen städt. deleg.

### b. Landesgericht in Troppau

mit den Bezirksgerichten zu Benisch, Freiwaldau, Freudenthal, Hennersdorf, Hotzenplotz, Jauernig, Jägerndorf, Königsberg, Odrau, Olbersdorf, Troppau städt. deleg., Wagstadt, Weidenau, Wigstadt, Würbenthal, Zuckmantel.

## 8. Oberlandesgericht in Lemberg.

### A. Ostgalizien.

#### a. Kreisgericht in Brzezom

mit den Bezirksgerichten zu Brzezom städt. deleg., Bursztyn, Chodorow, Kozowa, Podhajce, Przemyslany, Rohatyn, Wisniowczyk.

#### b. Kreisgericht in Kolomea

mit den Bezirksgerichten zu Gwozdziec, Horodenka, Kolomea städt. deleg., Kossow, Kutty, Obertyn, Peczenizyn, Zniatyn, Zablotow.

#### c. Landesgericht in Lemberg

mit den Bezirksgerichten zu Belz, Bobrka, Cieszanow, Grodek, Janow, Kulikow, Lemberg 3 städt. deleg., Lubaczow, Mostiwielkie, Niemirow, Rawa, Sokal, Szczerzec, Uhnów, Winniki, Zolkiew.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für Mähren und Schlesien.



#### d. Kreisgericht in Przemyśl

mit den Bezirksgerichten zu Dobromil, Dubuecko, Dukla, Jaroslau, Jaworow, Krakowiec, Krosno, Mosciska, Nizankowice, Przemyśl städt. deleg., Radymno, Sadowa Wisznia, Sieniawa, Zmigrod.

#### e. Kreisgericht in Sambor<sup>1)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Bolechow, Borynia, Dolina, Drohobycz, Komarno, Laka, Medenice, Mikolajow, Podbuz, Rozniatow, Rudki, Sambor städt. deleg., Skole, Starasol, Staremiasto, Stryi, Turka, Zurawno, Zydaczow.

#### f. Kreisgericht in Sanok

mit den Bezirksgerichten zu Baligrod, Bircza, Brzozow, Bukowsko, Dynow, Lisko, Lutowiska, Rymanow, Sanok städt. deleg., Ustrzyki.

#### g. Kreisgericht in Stanislaw

mit den Bezirksgerichten zu Bohorodczany, Buczacz, Delatyn, Halicz, Kalusz, Monasterzyska, Nadworna, Solotwina, Stanislaw städt. deleg., Tlumacz, Tysmienica, Wojnilow, Zloty-Potok.

#### h. Kreisgericht in Tarnopol

mit den Bezirksgerichten zu Borszczow, Budzanow, Czortkow, Grzymalow, Husiatyn, Kopeczynce, Mielnica, Mikulince, Nowesiolo, Skalat, Tarnopol städt. deleg., Tluste, Trembowla, Zaleszczyk, Zbaraz.

#### i. Kreisgericht in Zloczow

mit den Bezirksgerichten zu Brody, Busk, Gliniany, Kamionka, Lopatyn, Olesko, Radziechow, Zalosce, Zborow, Zloczow städt. deleg.

### B. Buckowina.

#### a. Landesgericht in Czernowitz<sup>2)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Czernowitz städt. deleg., Kotzmann, Putilla (Storonetz), Sadagora, Sereth, Stanestie, Storozynec, Wiznitz, Zastawna.

#### b. Kreisgericht in Suczawa<sup>3)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Dorna Watra, Gurahumora, Kimpolung, Radautz, Solka, Suczawa städt. deleg.

## 9. Oberlandesgericht in Krakau.

### Westgalizien.

#### a. Landesgericht in Krakau<sup>4)</sup>

mit den Bezirksgerichten zu Bochnia, Brzesko, Chrzanow, Dobczyce, Krakau 2 städt. deleg., Krzeszowice, Liszki, Niepolomice, Podgorze, Radlow, Skawina, Wieliczka, Wisnicz, Wojnicz.

<sup>1)</sup> Zugleich Berggericht für Ostgalizien.

<sup>2)</sup> Zugleich Berggericht für die Bukowina.

<sup>3)</sup> Bis zur Aktivierung dieses Gerichtshofes verbleiben die in seinem künftigen Sprengel gelegenen Bezirksgerichte im Bereiche des Landesgerichts Czernowitz.

<sup>4)</sup> Zugleich Berggericht für Westgalizien.



## b. Kreisgericht in Neu-Sandec

mit den Bezirksgerichten zu Alt-Sandec, Biecz, Ciekowice, Czarny-Dunajec, Gorlice, Grybow, Kroscienko, Krynica, Limanowa, Neumarkt, Neu-Sandec städt. deleg., Mczana Dolna.

## c. Kreisgericht in Rzeszow

mit den Bezirksgerichten zu Glogow, Kolbuszow, Lancut, Lezajsk, Nisko, Przeworsk, Rozwadow, Rzeszow städt. deleg., Sokolow, Stryzow, Tarnobrzeg, Tyczyn, Ullanow.

## d. Kreisgericht in Tarnow

mit den Bezirksgerichten zu Brzostek, Dabrowa, Debica, Frysztak, Jaslo, Mielec, Pilzno, Radomysl, Ropczyce, Tarnow städt. deleg., Tuchow, Zabno.

## e. Kreisgericht in Wadowice

mit den Bezirksgerichten zu Andrychau, Biala, Jordanow, Kalwarya, Kety, Makow, Milowka, Myslenice, Oswiecim, Slemien, Wadowice städt. deleg., Zywiek.

---



Verzeichnis  
der schweizerischen Gerichtsbehörden.

Kanton Aargau.

Das Obergericht des Kantons Aargau in Aarau.

Das Kriminalgericht des Kantons Aargau in Aarau.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau in Aarau.

Das Bezirksgericht und das Bezirksamt in:

Aarau, Baden, Bremgarten, Brugg, Kulm, Laufenburg, Lenzburg, Muri,  
Rheinfelden, Zofingen, Zurzach.

Kanton Appenzell, Ausserrhoden.

Das Obergericht des Kantons, Präsident in Gais.

Das Kriminalgericht des Kantons, Präsident in Gais.

Das Bezirksgericht des Hinterlandes, Präsident in Herisau.

„ „ „ Mittellandes, Präsident in Bühler,

„ „ „ Vorderlandes, Präsident in Rehtobel.

Kanton Appenzell, Innerrhoden.

Das Kantonsgericht in Appenzell.

Die Bezirksgerichte in:

Appenzell, Oberegg.

Kanton Basel-Landschaft.

Das Obergericht des Kantons in Liestal.

Das Kriminalgericht des Kantons in Liestal.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons in Liestal.

Die Bezirksgerichte in:

Arlesheim, Liestal, Sissach, Gelterkinden, Waldenburg.

Das Statthalteramt in:

Arlesheim, Liestal, Sissach, Waldenburg.

Kanton Basel-Stadt.

Das Appellationsgericht des Kantons in Basel.

Das Civilgericht in Basel.

Die Staatsanwaltschaft in Basel.



## Kanton Bern.

Der Appellations- und Kassationshof des Kantons in Bern.

Der Generalprokurator des Kantons in Bern.

Der Gerichtspräsident, das Amtsgericht und der Regierungsstatthalter in:

Aarberg, Aarwangen, Bern, Biel, Büren, Burgdorf, Courtelary, Delsberg (Delémont), Erlach, Fraubrunnen, Saignelégier, Frutigen, Interlaken, Schlosswil, Laufen, Laupen, Münster (Moutier), Neuenstadt (Neuveville), Wimmis, Nidau, Meiringen, Blankenburg, Pruntrut (Porrentruy), Saanen, Schwarzenburg, Belp, Langnau, Thun, Trachselwald, Wangen (an der Aare).

## Kanton Freiburg.

Das Kantonsgericht (tribunal cantonal) in Freiburg.

Der Präsident des Bezirksgerichts in:

Freiburg, Tavel, Bulle, Murten, Estavayer, Romont, Châtel St. Denis.

## Kanton Genf.

Le Président de la Cour de Justice du Canton de Genève.

Le Président du Tribunal civil du Canton de Genève.

Le Président du Tribunal de commerce du Canton de Genève.

Le Procureur général du Canton à Geneve.

Le Juge d'instruction du Canton à Geneve.

## Kanton Glarus.

Das Obergericht in Glarus.

Das Kriminalgericht in Glarus.

Das Civilgericht in Glarus.

## Kanton Graubünden.

Das Kantonsgericht in Chur.

Die Bezirksgerichte:

Plessur in Chur; Im Boden in Reichenau; Unterlandquart in Malans; Oberlandquart in Klosters; Albula in Tiefenkasten; Heinzenberg in Thusis; Hinterrhein in Andeer; Moësa in Grono; Vorderrhein in Truns; Glenner in Ilanz; Majola in Silvaplana; Bernina in Poschiavo; Inn in Schuls; Münsterthal in St. Maria.

## Kanton Luzern.

Das Obergericht in Luzern.

Die Staatsanwaltschaft in Luzern.

Die Statthalterämter in:

Luzern, Hochdorf, Sursee, Willisau, Entlebuch.

Die Bezirksgerichte von:

Luzern, Habsburg, Kriens und Malters, Weggis, Hochdorf, Hitzkirch, Rothenburg, Münster, Ruswil, Sempach, Sursee, Triengen, Altishofen, Reiden und Pfaffnau, Willisau, Zell, Entlebuch, Eschholzmatt, Schüpfheim.



## Kanton Neuenburg.

Das Kantonsgericht des Kantons Neuenburg in Neuenburg. (Le Tribunaal cantonal du Canton à Neuchâtel.)

Der Präsident des Kriminalgerichts des Kantons Neuenburg in Neuenburg. (Le Président du Tribunal criminel du Canton à Neuchâtel.)

Der Staatsanwalt des Kantons Neuenburg in Neuenburg (Le Procureur général du Canton à Neuchâtel.)

Der Präsident des Bezirksgerichts:

Neuenburg, Boudry, Val de Travers, Val de Ruz, Locle, Chaux-de-fonds.

(Le Président du Tribunal du District:

de Neuchâtel, de Boudry, du Val de Travers, du Val de Ruz, du Locle, de la Chaux-de-fonds.)

## Kanton Schaffhausen.

Das Obergericht des Kantons in Schaffhausen.

Das Kantonsgericht in Schaffhausen.

Das Verhöramt des Kantons in Schaffhausen.

Die Justiz- und Polizeidirektion des Kantons in Schaffhausen.

Die Bezirksgerichte in:

Neunkirch, Thayingen, Schaffhausen, Schleithelm, Stein, Unterhallau.

## Kanton Schwyz.

Das Kantonsgericht in Schwyz.

Das Kriminalgericht in Schwyz.

Das Verhöramt in Schwyz.

Die Bezirksgerichte in:

Schwyz, Gersau, Lachen, Einsiedeln, Küssnacht, Wollerau.

## Kanton Solothurn.

Das Obergericht des Kantons in Solothurn.

Die Anklagekammer des Kantons in Solothurn.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons in Solothurn.

Die Amtsgerichte:

Solothurn-Lebern in Solothurn; Bucheggberg-Kriegstetten in Solothurn; in Balsthal; Olten-Gösgen in Olten; Dorneck-Thierstein in Dorneck.

## Kanton St. Gallen.

Das Kantonsgericht in St. Gallen.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons in St. Gallen.

Das Landjägerkommando in St. Gallen.

Das Bezirksgericht und der Bezirksammann der Bezirke:

St. Gallen in St. Gallen; Tablat in Wittenbach; Rorschach in Rorschach; Unterrheinthal in Rheineck; Oberrheinthal in Altstätten; Werdenberg in Räfis; Sargans in Mels; Gaster in Benken; Seebezirk in Uznach; Ober-



toggenburg in Neu-St. Johann; Neutoggenburg in Wattwil; Altoggenburg in Kirchberg; Untertoggenburg in Flawyl; Wyl in Wyl; Gossau in Gossau.

#### Kanton Tessin.

Das Appellationsgericht des Kantons Tessin, Präsident in Lugano. (Tribunale d'Appello del Cantone del Ticino, Presidente in Lugano.)

Der Staatsanwalt des Kantons Tessin in Lugano. (Procuratore pubblico del Cantone del Ticino in Lugano.)

Der Verhörriechter des Kantons Tessin in Locarno. (Istruttore Giudiziario del Cantone del Ticino in Locarno.)

Das Bezirksgericht (Tribunale distrettuale) in:

Mendrisio, Lugano, Locarno, Cevio, Bellinzona, Lottigna, Faido.

#### Kanton Thurgau.

Das Obergericht des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Die Kriminalkammer des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Die Anklagekammer des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Das Verhörriechteramt des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Das Bezirksgericht und das Bezirksamt in:

Arbon, Bischofszell, Diessenhofen, Frauenfeld, Kreuzlingen, Münchweilen, Steckborn, Weinfelden.

#### Kanton Unterwalden, ob dem Wald.

Das Landammann-Amt in Sarnen.

#### Kanton Unterwalden, nid dem Wald.

Das Obergericht in Stans.

Das Kantonsgericht in Stans.

#### Kanton Uri.

Das Kantonsgericht in Altdorf.

Das Kriminalgericht in Altdorf.

Die Bezirksgerichte in:

Altdorf, Andermatt.

#### Kanton Waadt.

Das Kantonsgericht in Lausanne (Tribunal cantonal à Lausanne).

Der Generalprokurator (Procureur général) des Kantons Waadt in Lausanne.

Der Untersuchungsriechter (Juge d'instruction) des Kantons Waadt in Lausanne.

Der Präsident des Bezirksgerichtes in (Le Président du Tribunal du District à):

Aigle, Aubonne, Avenches, Cossonay, Echallens, Grandson, Lausanne, La Vallée, Lavaux, Morges, Moudon, Nyon, Orbe, Oron, Payerne, Pays-d'Enhaut, Rolle, Vevey, Yverdon.



## Kanton Wallis.

Der Appellation- und Kassationshof des Kantons Wallis in Sitten. (La Cour d'Appel et de Cassation.)

Der Einleitungsrichter des Bezirkes (Juge d'instruction du District):

Conches zu Münster, Rarogne-Oriental in Moerel, Brigue, Viège (Visp), Rarogne-Occidental in Rarogne, Loèche (Leuk), Sierre (Siders), Herens zu Sitten (Sion), Sitten, Conthey, Martigny-Ville, Entremont in Bagnes, St. Maurice, Monthey.

## Kanton Zug.

Das Kantonsgericht in Zug.

Das Obergericht in Zug.

## Kanton Zürich.

Das Obergericht in Zürich.

Die Staatsanwaltschaft in Zürich.

Die Bezirksgerichte in:

Zürich, Affoltern, Horgen, Meilen, Hinweil, Uster, Pfäffikon, Winterthur, Grossandelfingen, Bülach, Dielsdorf.



## II.

### Verzeichnis

derjenigen obersten Verwaltungsbehörden und höhern Verwaltungsbehörden im Deutschen Reich und in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, deren Urkunden nach Artikel 4 des Vertrages vom 25. Februar 1880\*) einer Beglaubigung nicht bedürfen.\*\*)

#### Deutsches Reich.

##### A. Civilbehörden.

###### a. Reichsbehörden.

1. Der Reichskanzler.
2. Das Auswärtige Amt.
3. Das Reichsamt des Innern.
4. Der Reichskommissarius für das Auswanderungswesen.
5. Das statistische Amt.
6. Die Normaleichungskommission.
7. Das Gesundheitsamt.
8. Die auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 gebildete Reichskommission.
9. Das Reichsjustizamt.
10. Das Reichsschatzamt.
11. Die Verwaltung des Reichskriegsschatzes.
12. Die Reichsschuldenverwaltung.
13. Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern.
14. Die Reichsrayonkommission.
15. Das Reichseisenbahnamt.
16. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches.
17. Die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds.
18. Das Reichspostamt.
19. Die Oberpostdirektionen.
20. Das Postzeitungsamt.
21. Das deutsche Postamt zu Konstantinopel.
22. Das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.
23. Die Generaldirektion der Eisenbahnen in Elsass-Lothringen.

---

\*) S. Seite 69.

\*\*) Bekanntmachung des Reichskanzleramtes vom 2. Februar 1881 (Reichsges.-Bl. 1881 S. 8.)



24. Das Reichsbankdirektorium.
25. Die Reichsbankhauptstellen.
26. Die Reichsschuldenkommission.

#### b. Behörden der einzelnen Bundesstaaten.

##### I. Königreich Preussen.

1. Das Präsidium des Staatsministeriums.
2. Das Staatsministerium.
3. Das Centraldirektorium der Vermessungen im Preussischen Staate.
4. Die Generalkommission in Angelegenheiten der Königlichen Orden.
5. Das Direktorium der Staatsarchive.
6. Das Ministerium des Innern.
7. Die Oberpräsidien.
8. Die Regierungspräsidien.
9. Die Bezirksregierungen.
10. Die Landdrosteien.
11. Das Polizeipräsidium zu Berlin.
12. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten.
13. Die Eisenbahnkommissariate.
14. Die Königlichen Eisenbahndirektionen und die Königlichen Eisenbahnbetriebsämter.
15. Die Akademie des Bauwesens zu Berlin, die technischen Prüfungskommissionen in Berlin, Hannover und Aachen, sowie die technische Oberprüfungskommission zu Berlin.
16. Die Oberbergämter zu Bonn, Dortmund, Halle a. d. Saale, Breslau und Clausthal.
17. Die vereinigte geologische Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin, sowie die Bergakademie zu Clausthal.
18. Das Finanzministerium.
19. Die Finanzdirektion zu Hannover.
20. Die Generaldirektion der Seehandlungssocietät.
21. Die Hauptverwaltung des Staatsschulden.
22. Die Generallotteriedirektion.
23. Die Münzdirektion.
24. Die Generaldirektion der allgemeinen Witwenverpflegungsanstalt.
25. Die Direktionen der Rentenbanken.
26. Die Ministerial-Militär- und Baukommission zu Berlin.
27. Die Provinzialsteuerdirektoren.
28. Der Generalinspektor des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins zu Erfurt — zugleich als Beamter der übrigen zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine vereinigten Staaten.
29. Die Erbschaftssteuerämter.
30. Die Stempelfiskalate.
31. Die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern zu Berlin.
32. Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.



33. Der evangelische Oberkirchenrat zu Berlin.
34. Die Provinzialkonsistorien.
35. Die Generalsuperintendenten in den Provinzen Ost- und Westpreussen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz.
36. Das Landeskonsistorium zu Hannover, sowie die Konsistorien in der Provinz Hannover, nämlich die Konsistorien zu Hannover, Stade, Osnabrück, Aurich, Otterndorf, die katholischen Konsistorien zu Hildesheim und Osnabrück und der evangelische Oberkirchenrat zu Nordhorn.
37. Der evangelische Feldprobst der Armee.
38. Die bischöflichen Ordinariate, sowie die Staatskommissarien für die bischöflichen Vermögensverwaltungen in den erledigten Diözesen.
39. Die Universitätskuratorien.
40. Die Königliche Bibliothek zu Berlin.
41. Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
42. Die Generaldirektion der Königlichen Museen zu Berlin.
43. Der Rektor der Königlichen technischen Hochschule zu Berlin.
44. Die Direktionen der Königlichen technischen Hochschulen zu Aachen und Hannover.
45. Die Provinzialschulkollegien.
46. Die wissenschaftlichen Prüfungskommissionen.
47. Die Medizinalkollegien.
48. Die Direktion der Königlichen Porzellanmanufaktur zu Berlin.
49. Die Klosterkammer zu Hannover.
50. Die Direktion der Königlichen Turnlehrerbildungsanstalt zu Berlin.
51. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
52. Die Direktionen der landwirtschaftlichen Akademien bzw. höhern landwirtschaftlichen Lehrinstitute zu Poppelsdorf, Proskau und Berlin.
53. Die höhern Forstlehranstalten zu Eberswalde und zu Hannoversch-Münden.
54. Die Direktionen der Haupt- und Landgestüte.
55. Die Direktionen der Tierarzneischulen zu Berlin und zu Hannover.
56. Das Justizministerium.
57. Die Präsidenten der Oberlandesgerichte.
58. Die Oberstaatsanwälte bei den Oberlandesgerichten.
59. Das Ministerium für Handel und Gewerbe.
60. Die Eichungsinspektoren.
61. Die Oberrechnungskammer.

## II. Königreich Bayern.

1. Das Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äusseren.
2. Der Reichsherold.
3. Das Geheime Hausarchiv.
4. Das Geheime Staatsarchiv.
5. Die Generaldirektion der Königlichen Verkehrsanstalten.
6. Die Oberpostämter.
7. Die Oberbahnämter.



8. Das Staatsministerium der Justiz.
9. Die Oberstaatsanwälte an den Oberlandesgerichten.
10. Die Verwaltungen der Zuchthäuser und der Gefangenanstalten.
11. Das Staatsministerium des Innern.
12. Die Normaleichungskommission.
13. Das allgemeine Reichsarchiv.
14. Das Oberbergamt.
15. Die Brandversicherungskammer.
16. Die Regierungspräsidien.
17. Die Kreisregierungen.
18. Das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.
19. Die erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate.
20. Das protestantische Oberkonsistorium und die protestantischen Konsistorien.
21. Die Akademie der Wissenschaften.
22. Das Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.
23. Die Direktion der Hof- und Staatsbibliothek.
24. Das Direktorium der Akademie der bildenden Künste.
25. Die Centralgemäldegalerie-Direktion.
26. Die Direktion des Bayerischen Nationalmuseums.
27. Die Senate der Landesuniversitäten (München, Würzburg, Erlangen).
28. Das Direktorium der technischen Hochschule in München.
29. Die Direktion der Centraitierarzneischule in München.
30. Die Direktion der landwirtschaftlichen Centralschule in Weißenstephan.
31. Das Staatsministerium der Finanzen.
32. Der oberste Rechnungshof.
33. Die Centralstaatskassa.
34. Die Generaldirektion der Zölle und indirekten Steuern.
35. Die Generalbergwerks- und Salinenadministration.
36. Die Staatsschuldentilgungskommission.
37. Die Rechnungskammer.
38. Das Katasterbureau.
39. Das Hauptmünzamt.
40. Das Hauptstempelverlagsamt.
41. Die Baudirektion in Nürnberg.
42. Die Centralforstlehranstalt in Aschaffenburg.

### III. Königreich Sachsen.

1. Das Gesamtministerium.
2. Die Oberrechnungskammer.
3. Die Direktion des Hauptstaatsarchivs.
4. Das Ministerium des Innern.
5. Die Kreishauptmannschaften.
6. Die Brandversicherungskommission.
7. Die Obereichungskommission.
8. Das Landesmedizinalkollegium.



9. Die Kommission für das Veterinärwesen.
10. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
11. Das Justizministerium.
12. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.
13. Das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium.
14. Das apostolische Vikariat in Dresden.
15. Das katholisch-geistliche Konsistorium in Dresden.
16. Das domstiftliche Konsistorium zu Bautzen.
17. Das Finanzministerium.
18. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen.
19. Die Zoll- und Steuereverwaltung.
20. Die Landrentenbankverwaltung.
21. Die Altersrentenbankverwaltung.
22. Die Landeskulturrentenbank-Verwaltung.
23. Die Lotteriedirektion.
24. Die Kreissteuerräte.
25. Die Blaufarbenwerkskommission.
26. Das Bergamt.
27. Das Oberhüttenamt.
28. Das Münzamt.
29. Die Direktionen der Berg- und der Forstakademie.
30. Die Forsteinrichtungsanstalt.
31. Das Finanzvermessungsbüreau.

#### IV. Königreich Württemberg.

1. Das Justizministerium.
2. Das Strafanstaltenkollegium.
3. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (politische Abteilung und Abteilung für die Verkehrsanstalten).
4. Die Archivdirektion.
5. Die Generaldirektion der Verkehrsanstalten.
6. Die Eisenbahnbaukommission.
7. Die Eisenbahndirektion.
8. Die Postdirektion.
9. Die Telegraphendirektion.
10. Das Ministerium des Innern.
11. Die Ministerialabteilung des Innern für den Strassen- und Wasserbau.
12. Die Ministerialabteilung des Innern für das Hochbauwesen.
13. Das Oberbergamt.
14. Die Regierungen des Neckarkreises, des Schwarzwaldkreises, des Jagstkreises und des Donaukreises.
15. Das Kommando des Königlichen Landjägerscorps.
16. Das Medizinalkollegium.
17. Die Centralstelle für Gewerbe und Handel.
18. Die Centralstelle für die Landwirtschaft.



19. Die Centralstelle für die Landeskultursachen.
20. Der Verwaltungsrat der Gebäudebrandversicherungsanstalt.
21. Die Landgestütskommission.
22. Die Stadtdirektion Stuttgart und die Oberämter.
23. Das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens.
24. Die Kultministerialabteilung für Gelehrten- und Realschulen.
25. Das evangelische Konsistorium.
26. Die Generalsuperintendenten.
27. Der evangelische Feldpropst.
28. Der katholische Kirchenrat.
29. Das bischöfliche Ordinariat in Rottenburg.
30. Die israelitische Oberkirchenbehörde.
31. Der akademische Senat, das akademische Rektoramt und das akademische Kanzleramt der Universität Tübingen.
32. Die Direktion der land- und forstwirtschaftlichen Anstalt in Hohenheim.
33. Die Direktion der Tierarzneischule.
34. Die Direktion des Polytechnikums.
35. Die Direktion der Baugewerbeschule.
36. Die Kommission für die gewerblichen Fortbildungsschulen.
37. Die Kommission für die höheren Mädchenschulen.
38. Die Kommission für die Erziehungshäuser (Waisenhäuser, Taubstummen- und Blindenanstalten.)
39. Die Direktion der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.
40. Die Direktion der Kunstschule.
41. Die Direktion der Kunstsammlungen des Staates.
42. Das Konservatorium der vaterländischen Kunst- und Altertumsdenkmale.
43. Die Direktion der Staatssammlung vaterländischer Kunst- und Altertumsdenkmale.
44. Das Finanzministerium.
45. Die Domänenendirektion.
46. Die Forstdirektion.
47. Der Bergrat.
48. Die Oberrechnungskammer.
49. Die Staatskassenverwaltung.
50. Das Steuerkollegium.
51. Die Katasterkommission.
52. Das statistisch-topographische Bureau.

#### V. Grossherzogtum Baden.

1. Das Staatsministerium.
2. Das Ministerium des Grossherzoglichen Hauses und der Justiz.
3. Das Ministerium des Innern.
4. Die vier Landeskommissäre.
5. Der Oberschulrat.
6. Der engere Senat der Universität Heidelberg.



7. Der Senat der Universität Freiburg.
8. Die Direktion der polytechnischen Schule.
9. Das Generallandesarchiv.
10. Der Verwaltungshof.
11. Der Oberrat der Israeliten.
12. Der Verwaltungsrat der Generalwitwen- und Brandkasse.
13. Die Hof- und Landesbibliothek.
14. Die Direktion der Grossherzoglichen Kunstschule.
15. Das Ministerium des Handels.
16. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen.
17. Die Oberdirektion des Wasser- und Strassenbaues.
18. Das Ministerium der Finanzen.
19. Die Domänen-, Steuer-, Zoll- und Baudirektion.
20. Die Münzverwaltung.
21. Der Verwaltungsrat der Witwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung.
22. Die Verwaltungskommission der Militärwitwenkasse.
23. Die Generalstaatskasse.
24. Die Amortisations- und Eisenbahnschuldentilgungskasse.
25. Die Oberrechnungskammer.

#### VI. Grossherzogtum Hessen.

1. Das Staatsministerium.
2. Das Ministerium des Innern und der Justiz.
3. Das Ministerium der Finanzen.
4. Die Oberrechnungskammer.
5. Die Haus- und Staatsarchivdirektion.
6. Die Ministerialabteilung für Schulwesen.
7. Die Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege.
8. Die Provinzialdirektionen.
9. Die Kreisämter.
10. Das Oberkonsistorium.
11. Das bischöfliche Ordinariat in Mainz.
12. Der Oberstaatsanwalt am Oberlandesgerichte.
13. Die ersten Staatsanwälte bezw. die Staatsanwälte an den Landgerichten.
14. Die Ministerialabteilung für Steuerwesen.
15. Die Ministerialabteilung für Forst- und Kameralverwaltung.
16. Die Ministerialabteilung für Bauwesen.
17. Die Prüfungskommission für das Finanz- und für das technische Fach.
18. Die Hauptstaatskasse.
19. Die Staatsschuldenkommission.
20. Das Münzamt.
21. Die Direktion der Main-Neckarbahn.
22. Die Direktion der oberhessischen Eisenbahnen.
23. Die Hauptsteuerämter.



## VII. Grossherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

1. Die Ministerien.
2. Die oberste Verwaltungsbehörde des Grossherzoglichen Haushalts.
3. Der Oberkirchenrat.
4. Die Relutionskommission.
5. Das Kammerkollegium.
6. Das Forstkollegium.
7. Die Landesrezeptur zu Rostock.
8. Die Steuer- und Zolldirektion.
9. Die Hauptsteuerämter.
10. Die Medizinalkommission zu Rostock.

## VIII. Grossherzogtum Sachsen.

1. Das Staatsministerium:
  - a) Departement der Finanzen;
  - b) Departement des Grossherzoglichen Hauses und des Kultus;
  - c) Departement der Justiz;
  - d) Departement des Äussern und Innern.
2. Der Grossherzogliche Generalinspektor zu Erfurt.
3. Der Direktor der Forstlehranstalt zu Eisenach.
4. Die Hauptstaatskasse.
5. Der Kirchenrat.
6. Die Immediatkommission für das katholische Kirchen- und Schulwesen.
7. Der Kurator der Gesamtuniversität zu Jena.
8. Die Bezirksdirektoren.

## IX. Grossherzogtum Mecklenburg-Strelitz.

1. Das Staatsministerium.
2. Die Landesregierung.
3. Das Konsistorium.

## X. Grossherzogtum Oldenburg.

1. Das Staatsministerium bzw. dessen einzelne Departements als:
  - Departement der auswärtigen Angelegenheiten,
  - Departement des Grossherzoglichen Hauses,
  - Departement des Innern,
  - Departement der Finanzen,
  - Departement der Justiz,
  - Departement der Kirchen und Schulen.
2. Die Regierungen zu Eutin und Birkenfeld.
3. Die Zolldirektion.
4. Die Eisenbahndirektion.
5. Das evangelische Oberschulkollegium zu Oldenburg.
6. Das katholische Oberschulkollegium zu Vechta.
7. Der Oberkirchenrat zu Oldenburg.
8. Das Konsistorium zu Birkenfeld.



9. Das bischöflich Münstersche Offizialat zu Vechta.
10. Die Kommission für die katholischen Kirchenangelegenheiten zu Birkenfeld.

#### XI. Herzogtum Braunschweig.

1. Das Staatsministerium.
2. Das Konsistorium.

#### XII. Herzogtum Sachsen-Meiningen.

1. Das Staatsministerium und dessen Abteilungen:
  - a) des Herzoglichen Hauses und des Äussern (mit der Unterschrift: Herzogliches Staatsministerium),
  - b) des Innern,
  - c) der Justiz,
  - d) für Kirchen- und Schulensachen,
  - e) der Finanzen.
2. der Oberkirchenrat.
3. Die Direktion der Herzoglichen Landeskreditanstalt.

#### XIII. Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Das Ministerium.

#### XIV. Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha.

Das Staatsministerium.

#### XV. Herzogtum Anhalt.

1. Das Staatsministerium.
2. Das Konsistorium.
3. Die Regierung, Abteilung des Innern.
4. Die Regierung, Abteilung für das Schulwesen.
5. Die Finanzdirektion.
6. Die Staatsschuldenverwaltung.
7. Die Landarmendirektion.
8. Die Landeswaisenfondsverwaltung.
9. Die Hofkammer.
10. Die Herzogliche Zolldirektion in Magdeburg.

#### XVI. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

1. Das Ministerium und dessen Abteilungen: für die Finanzen und für Kirchen- und Schulensachen.
2. Die Landratsämter.
3. Die Kirchen- und Schuleninspektionen.

#### XVII. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

1. Das Ministerium (Gesamtministerium).
2. Das Ministerium, Erste Abteilung (Departement für Hof-, Militär- und auswärtige Angelegenheiten).



3. Das Ministerium, Abteilung des Innern (Departement für die innere Verwaltung).
4. Das Ministerium, Finanzabteilung.
5. Das Ministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen.
6. Der Kirchenrat für rein geistliche und kirchliche Angelegenheiten.
7. Das Ministerium, Justizabteilung (Departement für die Justiz mit Einschluss der im Gebiete derselben vorkommenden Gnadensachen).

#### XVIII. Fürstentümer Waldeck und Pyrmont.

1. Der Landesdirektor.
2. Die Kreisamtmänner.
3. Das Konsistorium zu Arolsen.

#### XIX. Fürstentum Reuss älterer Linie.

1. Die Landesregierung.
2. Die Kommission zur Verwaltung der Staatsschulden.
3. Das Konsistorium.

#### XX. Fürstentum Reuss jüngerer Linie.

1. Das Ministerium.
2. Die Abteilungen des Ministeriums: für das Innere, für die Justiz, für Kirchen- und Schulsachen, für die Finanzen.

#### XXI. Fürstentum Schaumburg-Lippe.

Die Regierung.

#### XXII. Fürstentum Lippe.

1. Das Kabinettsministerium.
2. Die Regierung.
3. Das Konsistorium.

#### XXIII. Freie und Hansestadt Lübeck.

1. Der Senat.
2. Das Stadt- und Landamt.
3. Das Polizeiamt.

#### XXIV. Freie Hansestadt Bremen.

1. Der Senat bzw. dessen Kanzlei (Regierungskanzlei).
2. Die Senatskommissionen für die einzelnen Verwaltungszweige.
3. Die Polizeidirektion.
4. Der Landherr.

#### XXV. Freie und Hansestadt Hamburg.

1. Der Senat.
2. Die Senatskanzlei.
3. Der Chef der Polizeibehörde in Hamburg.



4. Die Landherrenschaften der Geestlande, der Marschlande, Ritzebüttel und zu Bergedorf.
5. Der Amtsverwalter des Amtes Ritzebüttel.

## XXVI. Elsass-Lothringen.

1. Der Kaiserliche Statthalter.
2. Das Ministerium für Elsass-Lothringen.
3. Die Bezirkspräsidenten.
4. Der Generaldirektor der Zölle und indirekten Steuern.
5. Die Forstdirektionen.
6. Die Steuerdirektoren.
7. Die Hauptzoll- und Hauptsteuerämter.
8. Der Kurator der Universität zu Strassburg.
9. Die Bischöfe.
10. Das Direktorium der Kirche Augsburgischer Konfession.
11. Die Präsidenten der reformierten Konsistorien.
12. Die Präsidenten der israelitischen Konsistorien.

## B. Militärbehörden.

### a. Für das Landheer.

#### I. Preussen.

1. Das Kriegsministerium.
2. Die Generalkommandos.
3. Der Chef des Generalstabes der Armee.
4. Die Generalinspektion der Artillerie.
5. Die Generalinspektion des Ingenieurcorps und der Festungen.
6. Die Generalinspektion des Militärerziehungs- und Bildungswesens.
7. Die Inspektion der Jäger und Schützen.
8. Die Inspektion der Infanterieschulen.
9. Die Inspektion der Kriegsschulen.
10. Die Traininspektion.
11. Die Inspektion der militärischen Strafanstalten.
12. Die Inspektion des Militärveterinärwesens.
13. Der Chef des Militärreitinstituts.
14. Die Inspektion der Gewehrfabriken.
15. Die Artilleriedepot-Inspektionen.
16. Die Militärintendanturen.

#### II. Bayern.

17. Das Kriegsministerium.
18. Die Generalkommandos.
19. Der Generalstab.
20. Die Inspektion der Artillerie und des Trains.
21. Die Inspektion des Ingenieurcorps und der Festungen.
22. Die Inspektion der Militär-Bildungsanstalten.



- 23. Die Remonteinspektion.
- 24. Die Militärfondsverwaltung.
- 25. Die Militärintendanturen.

### III. Sachsen.

- 26. Das Kriegsministerium.

### IV. Württemberg.

- 27. Das Kriegsministerium.
- 28. Das Generalkommando.
- 29. Die Militärintendanturen.

#### b. für die Marine.

- 1. Die Admiralität.
- 2. Die Marinestationskommandos.
- 3. Die Marinestationsintendanturen.
- 4. Die Seewarte.

## Österreichisch-Ungarische Monarchie.

### A. Gemeinsame Behörden der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

I. K. und K. Ministerium des Kaiserlichen Hauses und des Äussern.

II. K. und K. Reichsfinanzministerium,

III. K. und K. Reichskriegsministerium.

Demselben unterstehen:

- a) die Generalkommanden zu Wien, Brünn, Graz, Prag, Lemberg, Budapest, Agram und Serajevo.
- b) die Militärkommanden zu Triest, Innsbruck, Krakau, Zara, Pressburg, Kaschau, Temesvár und Hermannstadt;
- c) das Hafenadmiralat in Pola.
- IV. K. und K. gemeinsamer oberster Rechnungshof.

### B. Österreichische Behörden.

I. K. K. Ministerium des Innern.

Demselben unterstehen:

die K. K. politischen Landesbehörden (Statthaltereien, Landesregierungen),  
die Präsidien der K. K. Polizeidirektionen.

II. K. K. Ministerium für Kultus und Unterricht.

Demselben unterstehen:

1. staatliche Behörden:

die K. K. Landesschulräte,  
die K. K. Akademien der Wissenschaften in Wien und Krakau,  
die K. K. Statistische Centralkommission,  
die K. K. Geologische Reichsanstalt,  
die K. K. Centralanstalt für Meteorologie und Erdmagnetismus,



die K. K. Centralkommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale,  
 die Rektorate und akademischen Senate der K. K. Universitäten in Wien, Prag, Graz, Innsbruck, Krakau, Lemberg und Czernowitz,  
 die Rektorate der K. K. technischen Hochschulen in Wien, Graz, Prag, Brünn und Lemberg,  
 die K. K. Hochschule für Bodenkultur in Wien,  
 die K. K. Akademie der bildenden Künste in Wien und die Kunstschule in Krakau,  
 das K. K. österreichische Museum für Kunst und Industrie,  
 die Direktion der K. K. Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie,  
 die K. K. Handels- und nautische Akademie in Triest;

#### 2. kirchliche Behörden:

die katholischen erzbischöflichen, fürstbischöflichen und bischöflichen Ordinariate und Konsistorien,  
 der evangelische Oberkirchenrat augsburg- und helvetischer Konfession,  
 die Superintenden ten der evangelischen augsburg- und helvetischen Konfession,  
 der griechisch-orientalische Erzbischof und Metropolit in Czernowitz,  
 die griechisch-orientalischen Bischöfe und Konsistorien in Zara und Cattaro.

### III. K. K. Justizministerium.

Dems elben unterstehen:

die K. K. Generalprokuratur,  
 die K. K. Oberstaatsanwaltschaften.

### IV. K. K. Ministerium der Finanzen.

Dems elben unterstehen:

das K. K. Hauptmünzamt,  
 das K. K. Generalprobieramt,  
 das K. K. Hauptpunzierungsamt,  
 die K. K. Finanzlandesdirektionen,  
 die K. K. Finanzdirektionen,  
 die K. K. Generaldirektion der Tabakregie,  
 die K. K. Lottodirektion,  
 die K. K. Direktion der Staatsschuld.

### V. K. K. Handelsministerium.

Dems elben unterstehen:

die K. K. Seebehörde in Triest,  
 die K. K. Telegraphendirektionen,  
 die K. K. Postdirektionen,  
 die K. K. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen,  
 die Direktion für Staatseisenbahnbauten,  
 die K. K. Betriebsdirektion der Dalmatiner Staatseisenbahn,



die K. K. Ministerialkommission für die Verwaltung der niederösterreichischen Staatsbahnen,  
 die K. K. Betriebsverwaltung der Kronprinz-Rudolf-Bahn,  
 die K. K. Normaleichungskommission,  
 die K. K. Eichinspektorate.

#### VI. K. K. Ackerbauministerium.

Demselben unterstehen:

die K. K. Berghauptmannschaften in Wien, Prag, Klagenfurt und Krakau.  
 die Direktionen der K. K. Bergakademien zu Leoben und Pibram.

#### VII. K. K. Ministerium für Landesverteidigung.

Demselben unterstehen:

das K. K. Landwehr-Oberkommando in Wien,  
 die K. K. Landesverteidigungs-Oberbehörde für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck,  
 die K. K. Landwehrkommanden in Wien, Brünn, Graz, Prag, Lemberg, und Zara,  
 das K. K. Landesverteidigungskommando in Innsbruck,  
 die K. K. Landesgendarmarie-Kommanden in Wien, Prag, Innsbruck, Brünn, Lemberg, Graz, Triest, Linz, Zara, Troppau, Salzburg, Laibach, Czernowitz und Klagenfurt.

#### VIII. K. K. Oberster Rechnungshof.

### C. Ungarische Behörden.

#### I. Oberste und Landesbehörden.

1. Sämtliche Ministerien.
2. Der Staatsrechnungshof.
3. Die Landesregierung für Kroatien und Slavonien.
4. Das Generalkommando in Agram als Grenz-Landesverwaltungsbehörde.
5. Das Gubernium für Fiume.

#### II. Militärbehörden.

6. Das Honvédoberkommando.
7. Die Honvéddistriktskommanden.

#### III. Verwaltungs- und Polizeibehörden.

8. Die Vicegespansämter in den Komitaten, die Bürgermeisterämter in den Städten mit Jurisdiktionsrecht.
9. Das Bürgermeisteramt der freien Stadt Fiume und deren Gebietes.
10. Die Budapester Polizeioberhauptmannschaft.



#### IV. Kirchliche, Unterrichts- und Fundationalbehörden, wissenschaftliche und Kunstinstitute.

11. Die römisch- und griechisch-katholischen erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate und Konsistorien.
12. Die Benediktinererzabtei in Martinsberg.
13. Die Superintendenzen der evangelisch-augsburgischen und helvetischen Konfession.
14. Die griechisch-orientalisch-serbischen und romanischen erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate.
15. Die Superintendenz der Unitarier in Siebenbürgen.
16. Die Durchführungskommission der autonomen orthodoxen israelitischen Glaubensgenossen in Ungarn und Siebenbürgen.
17. Die Landeskanzlei der Israeliten.
18. Die Rektorate und akademischen Senate der Universitäten zu Budapest, Klausenburg und Agram und des Josephpolytechnikums in Budapest.
19. Die Rechtsakademien.
20. Die Prüfungskommissionen für Mittelschullehrer zu Budapest und Klausenburg.
21. Die Maturitäts-Prüfungskommissionen.
22. Die Distrikts-Oberstudiendirektorate.
23. Das Direktorat der Landesmusterzeichenschule und Zeichenlehrerpräparandie.
24. Das Direktorat der Landesmusikakademie zu Budapest.
25. Die Berg- und Forstakademie zu Schemnitz, die Bergwerksschulen zu Windschacht und Felső-Bánya.
26. Die landwirtschaftliche Akademie zu Ungarisch-Altenburg.
27. Die Direktorate der landwirtschaftlichen Lehranstalten zu Keszthely-Debreczin, Kolos-Monoster, Kaschau und Kreuz.
28. Die Königliche Lehranstalt für Tierärzte in Budapest.
29. Die Direktorate der Königlichen Landesblindenanstalt zu Budapest und der Königlichen Taubstummenanstalt zu Waitzen.
30. Das Fundationalfonds-Direktorat.
31. Die Fundationalgüter-Distriktspräfektoren.
32. Die ungarische Akademie der Wissenschaften zu Budapest und die süd-slavische Akademie der Wissenschaften und Künste zu Agram.
33. Der ungarische Landesrat für bildende Künste.
34. Die Landeskommission zur Erhaltung der Baudenkmale.
35. Der Generalinspektor der öffentlichen Sammlungen und Bibliotheken zu Budapest.
36. Das ungarische Nationalmuseum.
37. Das Königliche geologische Institut.

#### V. Kommunikationsbehörden.

38. Die Generalinspektion für Eisenbahnen und Schiffahrt.
39. Die Postdirektionen.

K a h, Staatsverträge u. Vereinbarungen.



40. Die Telegraphendirektionen.

41. Die Kontumazanstalten.

#### VI. Finanz-, Bergwerks- und Staatsgüterverwaltungsbehörden.

42. Die Centralstaatskassa zu Budapest.

43. Die Staatskassa zu Agram.

44. Die Finanzdirektionen.

45. Die kroatisch-slavonische Finanzlandesdirektion zu Agram.

46. Die Königliche Lottodirektion zu Budapest.

47. Die Direktion des Königlichen Versatzamtes zu Budapest.

48. Die Königlichen Bergwerksdirektionen.

49. Die Königlichen Berghauptmannschaften.

50. Das Hauptpunzierungsamt zu Budapest.

51. Das Münzamt zu Kremnitz.

52. Die Königliche Bergproduktenfaktorei zu Budapest.

53. Die Königlichen Bergproduktenverschleissfaktoreien.

54. Die Goldeinlösungsämter.

55. Die Königlichen Bergverwaltungen.

56. Die Königlichen Hüttenverwaltungen.

57. Das Kupferhammeramt zu Neusohl.

58. Die Hütten- und Probierämter.

59. Das Berg- und Probieramt zu Felső-Bánya.

60. Das Hauptprobieramt zu Nagy-Bánya und das Probieramt zu Arany-Idka.

61. Die Königliche Berg- und Hüttenverwaltung zu Rodna.

62. Das chemisch-analytische Probieramt zu Zalatna.

63. Die Königlichen Eisenwerksämter.

64. Die Salinenämter.

65. Die Staatsdruckerei zu Budapest.

66. Das Staatsgebäudeinspektorat zu Budapest.

67. Die Staatsgüterdirektionen, die Staatsoberforstämter.

68. Die Katastraldirektionen.

69. Die Königliche Centraleichungskommission.

70. Das Königliche Privilegienarchiv.

71. Die Königlichen Steuerinspektorate.

#### VII. Landwirtschaftliche Staatsanstalten.

72. Die Seidenzuchtversuchsstation zu Szegszárd.

73. Die Kommandanten und Wirtschaftsverwalter der Staatsgestüte zu Kisbér, Bábolna, Mezöhegyes und Fogaras.

74. Die Kommandanten der Staatshengstdepots zu Stuhlweissenburg, Gross-Körös, Debreczin, Sepsi-Szent-György und Varasdin.



### III. M u s t e r

für die Mitteilung von Straferkenntnissen an die auswärtigen Heimatsbehörden  
der Verurteilten.

Verordnung des Bundesrates vom 16. Juni 1882 (Central-Bl. für das Deutsche Reich S. 309,  
Bad. Ges.- u. V.-O.-Bl. 1882 S. 227.)\*)

|                                                                                            |                                                                                                                                                             |                                                                            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| 1.<br>Mitteilende Behörde:<br><b>Gr. Amtsgericht<br/>Heidelberg.</b>                       | 2.<br>Strafnachricht (A) für das Strafregister<br>zu                                                                                                        | 3.<br>Jahrgang<br>des Urteils:                                             |
| Familienname des<br>Verurteilten:<br><br>Vorname:                                          | 4.                                                                                                                                                          | 5.<br>Aktenzeichen der<br>Strafsache, in der die<br>Verurteilung erfolgte: |
| Vor- und Zuname<br>der Eltern:                                                             | 6.                                                                                                                                                          | 7.<br>schon früher bestraft?<br>ja. nein.                                  |
| 8.<br>Datum und Ort der Geburt } Tag und Monat, Jahr, Gemeinde, Landgerichtsbezirk, Staat: | 13.<br>Auszug aus dem Urteil:<br><br>verurteilt durch _____<br><br>vom _____<br><br>wegen _____<br><br>auf Grund d § _____<br><br>zu einer strafe von _____ |                                                                            |
| 9.<br>Familienstand:           verheiratet<br>event.<br>Vor- und Zuname<br>des Ehegatten:  | 10.<br>Letzter Wohnort:                                                                                                                                     |                                                                            |
| 11.<br>Alter:<br>Beruf:                                                                    | 12.<br>Bemerkungen:                                                                                                                                         |                                                                            |
| Die Richtigkeit bescheinigt:<br>Gr. Amtsgericht.                                           |                                                                                                                                                             |                                                                            |
| Heidelberg, den _____                                                                      |                                                                                                                                                             |                                                                            |

\*) Die für Behörden der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und der Schweiz bestimmten Auszüge sind diesen Behörden unmittelbar zu übersenden.

Die für Behörden anderer ausserdeutschen Staaten bestimmten Auszüge sind dem Grossh. Staatsministerium zur Weiterbeförderung vorzulegen.

Eine vertragsmässige Verpflichtung zur Mitteilung der Straferkenntnisse an die Heimatsbehörde besteht dormalen gegenüber von Belgien, Brasilien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Spanien und der Schweiz. Vergl. die Verordn. vom 22. Okt. 1874 (Ges.- und V.-O.-Bl. S. 496).











**Verlag von Moritz Schauenburg in Frankfurt a. M. und Lahr.**

Einführung in das französische Civilrecht (Code Napoléon) und das badische Landrecht (sowie in das rheinische Recht überhaupt). Mit einer Beilage: der **Code de la Convention**, von Dr. juris Caesar Barazetti, Dozent an der Universität Heidelberg. Preis 10 *M.* Erscheint demnächst.

Civilprozessordnung für das Deutsche Reich nebst Einführungsgesetz. Erläutert von Julius Petersen, Senatspräsident am k. Oberlandesgericht in Kolmar. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. 77 Bogen. 1883. Preis geheftet 22 *M.* 50 *g.*, in eleg. Halbfranzband 24 *M.* 50 *g.*

Konkursordnung für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz und dem Reichsgesetz vom 21. Juli 1879 betr. die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners ausserhalb des Konkursverfahrens. Für den praktischen Gebrauch erläutert von Dr. Julius Petersen, Reichsgerichtsrat in Leipzig, und Dr. Georg Kleinfeller, Privatdozent an der Universität München. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage. Preis 12 *M.*

Strafprozessordnung für das Deutsche Reich. Erläutert von Adolf Keller, Oberlandesgerichtsrat in Kolmar. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. 44 Bogen. 1882. Preis geheftet 13 *M.*, in eleg. Halbfranzband 15 *M.*

Gerichtsverfassungsgesetz für das Deutsche Reich. Erläutert von Adolf Keller, Oberlandesgerichtsrat in Kolmar. 19 Bogen. 1878. Preis geheftet 5 *M.* 60 *g.*, in eleg. Halbfranzband 6 *M.* 90 *g.*

In gleichem Format und gleicher Ausstattung sind auch die Textausgaben mit sorgfältig bearbeitetem Sachregister erschienen:  
Civilprozessordnung. Preis 1 *M.* 50 *g.*

Konkursordnung. Preis 1 *M.*

Strafprozessordnung. Preis 1 *M.*

Gerichtsverfassungsgesetz. Preis 1 *M.*

Dieselben zusammen in einen eleg. Halbfranzband gebunden, Preis 6 *M.*

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der mit Gemeindebürgerschaft versehenen Sparkassen vom 9. April 1880. Erläutert von N. Näf, Rechtsanwalt. 3 Bogen. 1880. Preis 1 *M.* 20 *g.*

Das Wasserrecht im Grossherzogtum Baden. Bearbeitet von N. Näf, Rechtsanwalt. Neue Ausgabe. 23<sup>1/2</sup> Bogen. 1888. Preis 3 *M.*

Die Sachmiete nach dem Code civil von Dr. Alfred Seng, Amtsrichter a. D. 8 Bogen. 1887. Preis geheftet 3 *M.*





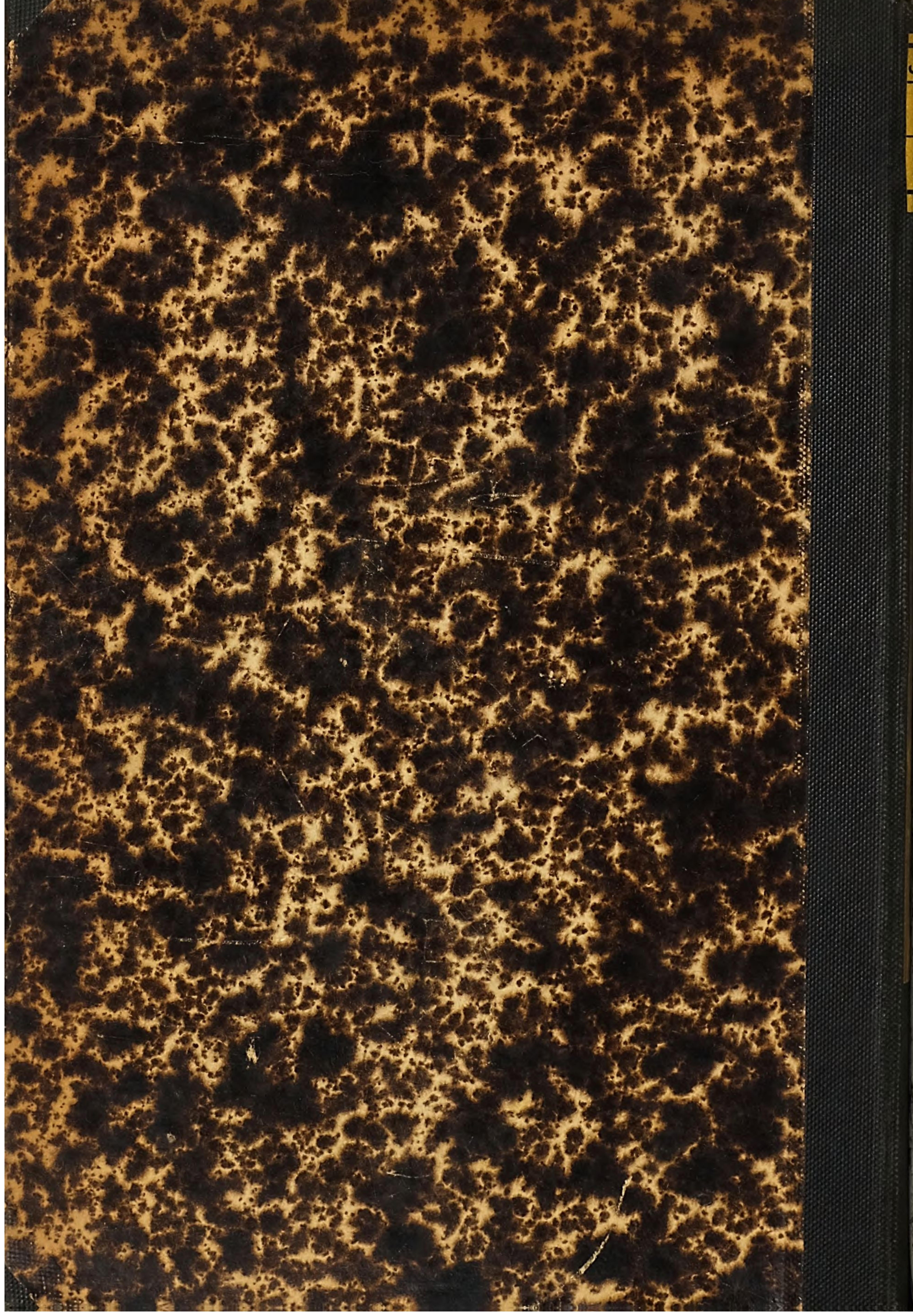














Kah, Karl

Die Staatsverträge und Vereinbarungen des Deutschen Reichs und des  
Grossherzogtums Baden mit ausländischen Staaten zum Zwecke der Rechtshilfe  
in gerichtlichen Angelegenheiten mit den einschlägigen  
Vollzugsverordnungen des Reichskanzleramtes etc. (Konsularverträge

Frankfurt a/M. 1889

J.pract. 129 Im

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11634155-5